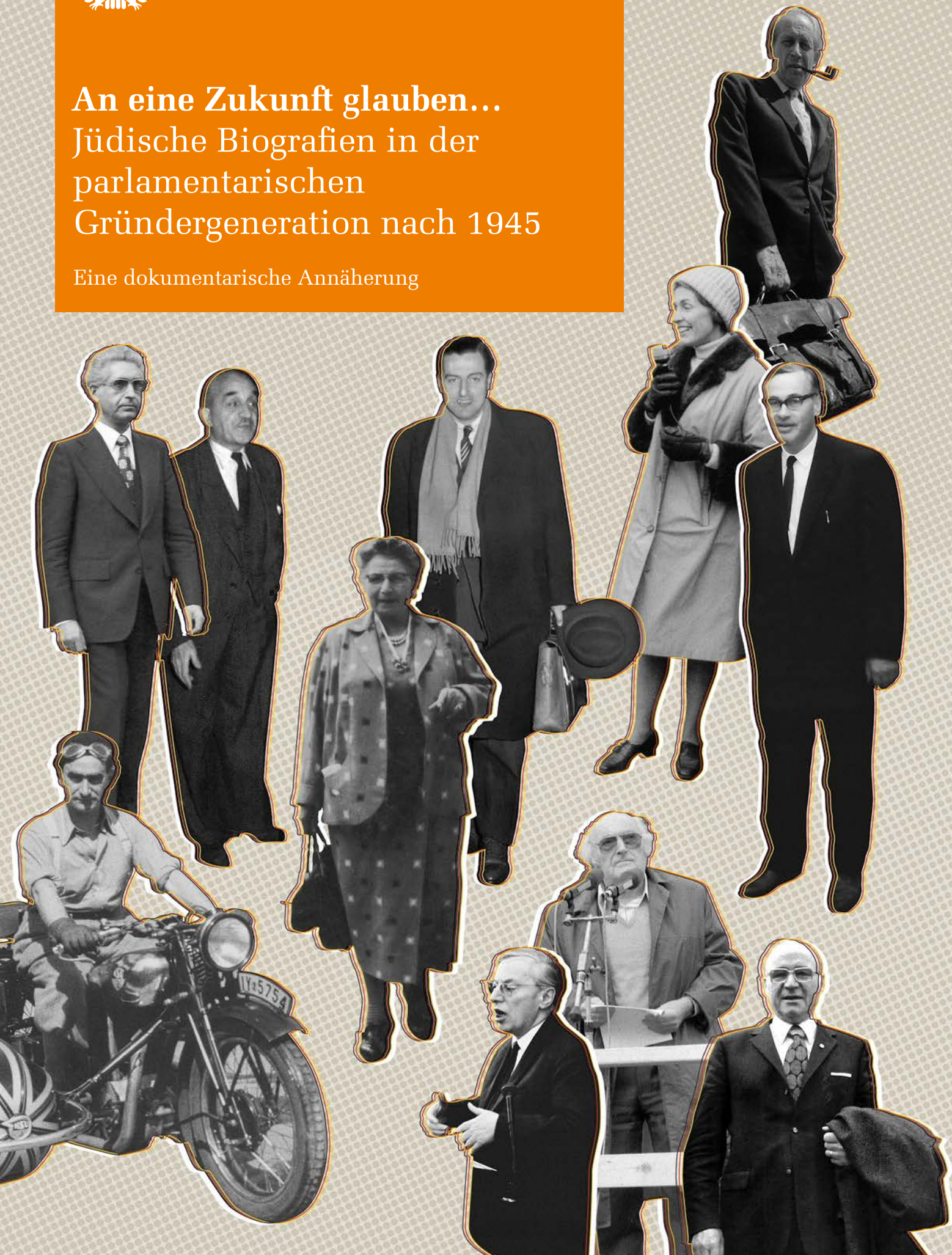




Deutscher Bundestag

An eine Zukunft glauben... Jüdische Biografien in der parlamentarischen Gründergeneration nach 1945

Eine dokumentarische Annäherung



An eine Zukunft glauben...

Jüdische Biografien in der parlamentarischen Gründergeneration nach 1945

Eine dokumentarische Annäherung

– Katalog –

Dokumentation der Ausstellung des Fachbereichs Geschichte, Politik und Kultur (WD 1)
in den Wissenschaftlichen Diensten des Deutschen Bundestages

9	Einführung
19	1848/49–1867/71–1919/20 Jüdische Biografien in den parlamentarischen Gründergenerationen
43	„Meine Härte habe ich in Auschwitz verbraucht“ Ausgrenzung und Verfolgung 1933–1945
71	„Eine Art gläserne Wand steht immer dazwischen“: Der schwierige Umgang mit dem Erlebten
99	„... eine andere Welt schaffen“: Aufarbeiten der Vergangenheit – das Parlament als ein Sprech- und ein Schweigeraum
129	Epilog
139	Anhang

Inhaltsverzeichnis

Was bedeutet es, als Jüdinnen und Juden nach dem Holocaust in diesem Land an eine gute Zukunft zu glauben und im Parlament mitzugestalten? Die Ausstellung im Deutschen Bundestag geht dieser Frage nach. Sie erzählt von Abgeordneten, die wegen ihrer jüdischen Herkunft verfolgt wurden, den nationalsozialistischen Terror überlebten und sich nach 1945 entschieden, in Deutschland Verantwortung zu übernehmen.

Es waren nur wenige. Gerade das macht eine schmerzhaft leere Stelle sichtbar. Im 19. Jahrhundert und in der Weimarer Republik prägten viele jüdische Deutsche den Parlamentarismus und setzten sich für Freiheitsrechte und Rechtsstaatlichkeit ein. Nach 1945 fehlten diese Stimmen weitgehend. Sie waren ermordet worden, vertrieben, zum Schweigen gebracht. Umso eindrücklicher sind die wenigen Stimmen, die im Deutschen Bundestag nach 1949 zu hören waren.

„Für uns, die wir selber in den Konzentrationslagern waren [...], gab es nur eins: Nie wieder darf Stacheldraht die Menschen umzingeln; nie wieder darf ein System des Terrors die Welt ins Unglück stürzen!“

Worte von Jeanette Wolff im Deutschen Bundestag am 24. April 1952, in einer Debatte über Jugendliche, die in der sowjetischen Besatzungszone aus politischen Gründen inhaftiert waren.

Geleitwort von Julia Klöckner, Präsidentin des Deutschen Bundestages

„Ich sage das als einer der wenigen, die heute noch diesem Hause als Abgeordnete angehören und die die NS-Zeit als Verfolgte überlebt haben, [...] als einer, der das Inferno Auschwitz durch Glück und Zufall überlebt hat. [...] Ich stehe mit Ihnen allen in derselben Verantwortung unserer Geschichte und stehle mich nicht aus dieser Verantwortung hinaus.“

Sätze von Erik Blumenfeld im Deutschen Bundestag am 29. März 1979 in der Debatte zur Verjährung von Mord.

Jeanette Wolff und Erik Blumenfeld stehen beispielhaft für jüdische Biografien in der Gründergeneration des Deutschen Bundestages. Sie bilden den Mittelpunkt unserer Ausstellung, in der wir an Abgeordnete erinnern, die auf unterschiedliche Weise unter der NS-Rassenideologie litten. Im Parlament saßen sie dabei zum Teil neben ehemaligen nationalsozialistischen Funktionären.

Von hier aus weitet die Ausstellung den Blick. Sie erzählt konsequent biografisch: von Abgeordneten, die sich als jüdisch verstanden, und von solchen, denen Jüdischsein von außen zugeschrieben wurde; sei es durch die rassistische NS-Gesetzgebung oder durch spätere Deutungen. Ihre Lebenswege sind sehr unterschiedlich, der Grad der Verfolgung ebenso. Gemeinsam ist ihnen, dass sie mit ihren Erfahrungen in den frühen Jahrzehnten der Bundesrepublik und mit anderen Vorzeichen auch in der DDR politisch wirksam wurden.

Die Ausstellung nimmt dabei ausdrücklich die deutsch-deutsche Perspektive ein. Sie fragt, wie in beiden Staaten über Verfolgung, Schuld und Verantwortung gesprochen und wo geschwiegen wurde. Welche Spielräume hatten Abgeordnete mit jüdischen Biografien, um Erinnerung einzufordern?

„An eine Zukunft glauben“, wie es Erik Blumenfeld formulierte, war nicht lediglich eine optimistische Floskel, sondern eine Zumutung. Die porträtierten Abgeordneten mussten einen Weg finden zwischen persönlicher Verletzung und politischer Verantwortung, zwischen der Notwendigkeit zu erinnern und dem Anspruch, demokratische Normalität aufzubauen.

Ich lade Sie ein, diese Lebensgeschichten zu entdecken. Die Ausstellung, der begleitende Katalog und die Hör- und Filmangebote eröffnen vielfältige Zugänge: zum Nachlesen, zum Zuhören, zum Nachvollziehen.

Ein ausstellungsbegleitendes interdisziplinäres Symposium hier im Deutschen Bundestag wird unsere parlamentarische Gründergeneration genauer unter die Lupe nehmen. Ich lade Sie alle zum weiteren Recherchieren ein, in den Schulen wie in der Wissenschaft.

Die Beschäftigung mit diesen Biografien kann dazu beitragen, das Fundament unserer Demokratie klarer zu sehen. Die Anerkennung der Opfer, die Übernahme von Verantwortung und die entschiedene Absage an Antisemitismus – heute und in Zukunft.

Ihre
Julia Klöckner
Präsidentin des Deutschen Bundestages



© Deutscher Bundestag / Tobias Koch

Liebe Besucherinnen und Besucher,
liebe Leserinnen und Leser,

„An eine Zukunft glauben“. Die Kraft und die Tragweite dieser Worte hallen nach, wenn man sich ihrer vergegenwärtigt. Sie zeugen von der Kraft und dem Idealismus, die es benötigte, um nach 1945 und dem Menschheitsverbrechen der Schoa – geplant und begangen von Deutschen – an einer jüdischen Perspektive in Deutschland festzuhalten.

Diese Ausstellung begleitet Menschen, die diese Kraft und diesen Idealismus, diese Liebe zu den Werten des Grundgesetzes als Lehre aus und Gegenentwurf zum Nationalsozialismus aufgebracht haben. Sie wirft ein Licht auf Biographien, die nicht oder längst nicht mehr die Würdigung erfahren, die ihnen zusteht.

Im Zentrum der Ausstellung stehen mit Jeanette Wolff und Erik Blumenfeld zwei Persönlichkeiten, die sich auch weit über die Parteipolitik hinaus verdient gemacht haben: Um den Charakter der Bundesrepublik und um den Erhalt und die Stärkung der jüdischen Perspektive in ihr.

Beide sind beeindruckende Personen, die außerordentlich wirkmächtig waren. Blumenfeld als Mitgründer der Atlantik-Brücke und als langjähriger Vorsitzender der Deutsch-Israelischen Gesellschaft. Wolff als eine der entscheidenden Stimmen, die das Bundesentschädigungsgesetz ermöglichten – und über zehn Jahre lang auch als stellvertretende Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland.

Grußwort von Dr. Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden

Es ist heute schwer vorstellbar, wie es sich angefühlt haben muss, in den 50er, 60er, auch den 70er Jahren noch, durch den Deutschen Bundestag zu gehen, im Wissen, dass man sich dieses Hohe Haus mit Mitläufern, Kollaborateuren und NS-Funktionären teilt – ja, dass diese über eine lange Zeit die deutliche Mehrheit gebildet haben.

Es ist ausdrücklich begrüßenswert, dass diese Ausstellung zu keinem Zeitpunkt versucht, hierunter nun einen „Schlussstrich“ zu ziehen. Im Gegenteil: Durch das parallele interdisziplinäre Symposium wird die weiter- und tiefergehende Beschäftigung mit den dargestellten Themenkomplexen explizit angeregt und gefördert.

Ebenso wenig kommt durch die Darstellung der eigenen Geschichte das Gefühl von Selbstlob auf. Der Umgang ist – berechtigterweise – kritisch und stellt sich der eigenen Verantwortung. Diese kritische Haltung schlägt in besonderem Maße in der Beschäftigung mit dem Phänomen durch, das Hermann Lübke als „kommunikatives Beschweigen“ beschrieben hat. Der Bundestag, eigentlich Ort der Debatte, wird bewusst auch als der Ort des Schweigens und des Verschweigens dargestellt, der er für die jüdischen Abgeordneten der Gründergeneration zu lange war.

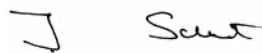
Doch es wurde nicht nur geschwiegen, und zurecht werden daher auch die Stimmen dieser jüdischen Mitglieder der Gründergeneration des Deutschen Bundestages in den Mittelpunkt gestellt.

Mit der sogenannten „Wiedergutmachung“ und der Debatte um die Verjährung des NS-Terrors sind die zentralen Themen herausgearbeitet worden. Bald 50 Jahre später darf man sagen: Wir haben uns gegen den teils erheblichen Widerstand einstiger Nationalsozialisten durchsetzen können.

Es ist heute bundesrepublikanischer Konsens, lediglich von Randerscheinungen in Frage gestellt, dass es keine Verjährung und keinen Schlussstrich gibt. Ich bin den jüdischen und jüdischstämmigen Abgeordneten rund um Jeanette Wolff und Erik Blumenfeld dankbar, dass sie so entscheidend dazu beigetragen haben. Die Zukunft, an die sie glaubten, haben sie durch ihr Handeln Wirklichkeit werden lassen.

Mein Dank gilt deshalb all jenen, die diese Ausstellung ermöglicht haben und die dadurch diesen jüdischen Persönlichkeiten der Gründergeneration nun die Würdigung zukommen lassen, die sie so redlich verdient haben.

Herzlich, Ihr



Dr. Josef Schuster
Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland



© Zentralrat der Juden



Einführung

Reiseschreibmaschine von Jeanette Wolff,
Jüdisches Museum Westfalen/
Foto: Moritz Brilo

Sie überlebten die nationalsozialistische Terrorherrschaft und glaubten an eine Zukunft in Deutschland – entschlossen, Verantwortung zu übernehmen: im Parlament.

Diese Ausstellung dokumentiert die vielfältigen, heute weitgehend vergessenen jüdischen Biografien in der Gründergeneration des Deutschen Bundestages. Sie erinnert an die Schicksale der Abgeordneten, die als Jüdinnen und Juden oder wegen ihrer jüdischen Herkunft verfolgt wurden, und würdigt ihr Wirken in den kontroversen Debatten um deutsche Schuld und bleibende Verantwortung.

Ein besseres Deutschland schaffen: Dieses Motiv trieb sie an – in Ost und West. Der politische Neuanfang vollzog sich in einem geteilten Land. Deutsch-jüdische Geschichte ist nach 1945 deshalb auch als eine deutsch-deutsche Geschichte zu erzählen, geprägt von politischen Wechselwirkungen und persönlichen Beziehungen.

Im parlamentarischen Engagement dieser Frauen und Männer spiegeln sich Optimismus, Hoffnungen, Gestaltungswille. Deutlich werden aber auch Zweifel und Enttäuschungen, politische Rückschläge und politisches Scheitern – die Widerstände einer Gesellschaft, die viel vom Krieg redete, aber wenig über persönliche Verstrickungen in die Diktatur.

Es ist eine Geschichte von gesellschaftlichen Kontinuitäten und persönlichen Brüchen, von Widersprüchen und Gegensätzen – und gerade in dieser Ambivalenz ist sie aufschlussreich für den herausfordernden Weg einer Gesellschaft aus Täufern, Mitläufern und Opfern in die neue demokratische Ordnung.

Jeanette Wolff und Erik Blumenfeld

Die Sozialdemokratin Jeanette Wolff und der Christdemokrat Erik Blumenfeld gehörten verschiedenen Generationen und unterschiedlichen politischen Lagern an. Sie: Gläubige Jüdin. Er: Protestant, Sohn eines konvertierten Juden.

Beide überlebten die Qualen deutscher Konzentrationslager. Über ihre Erfahrungen legte Jeanette Wolff bereits 1947 publizistisch Zeugnis ab – in betont sachlicher Nüchternheit. Im Deutschen Bundestag kämpfte sie für die Entschädigung der NS-Opfer und engagierte sich außerhalb des Parlaments für ein sichtbares jüdisches Leben in Deutschland.

Erik Blumenfeld machte sich als Außen- und Europapolitiker seiner Fraktion einen Namen. Unmittelbar nach dem Krieg hatte er sich für die Interessen der Betroffenen der Nürnberger Rassegesetze eingesetzt. Von der eigenen Häftlingszeit in Auschwitz und Buchenwald sprach er hingegen sehr selten.

Beide waren einflussreiche Stimmen ihrer Zeit und prägten die Bundesrepublik politisch mit. Am Startpunkt dieser Ausstellung repräsentieren sie die Vielfalt jüdischer Biografien in der parlamentarischen Gründergeneration – und stehen für die Selbstbehauptung der Überlebenden: Sie wollten nicht Opfer ihrer Geschichte bleiben, sondern selbst aktiv die Zukunft gestalten.



*„Soll all das Leid
der Besten unseres Volkes,
die in den Konzentrationslagern
erschlagen, gehängt, gefoltert,
erschossen, vergast und
verbrannt worden sind,
umsonst gewesen sein?
Nein, und abermals nein!“*

E.1

Mahnende Kämpferin für Gerechtigkeit – Jeanette Wolff

Jeanette Wolff gehört als einzige Jüdin und weibliche Shoah-Überlebende im ersten Deutschen Bundestag zu den großen, mutigen Frauenpersönlichkeiten der deutschen Nachkriegsgeschichte.

Als Sozialdemokratin wird Wolff 1919 als eine der ersten Frauen in die Bocholter Stadtverordnetenversammlung gewählt. Früh widersetzt sie sich den Nationalsozialisten, wird 1933 erstmals verhaftet. Sie erleidet Misshandlung, Erniedrigung und Zwangsarbeit in mehreren Konzentrationslagern. Im Holocaust verliert sie zwei Töchter, eine Pflgetochter und ihren Mann, auch weitere Verwandte werden ermordet. Mit ihr überlebt nur Tochter Edith. Die Unmenschlichkeit, die sie erfahren musste, schildert sie bereits 1947 unter dem eindrücklichen Titel „Sadismus oder Wahnsinn“.

Befreit von der Roten Armee, engagiert sich Wolff unmittelbar nach dem Krieg politisch, wird 1952 als Berliner Abgeordnete Mitglied des ersten Deutschen Bundestages. Hier setzt sie sich als eine der ersten Abgeordneten für die Anerkennung und Entschädigung der NS-Opfer ein, ergreift immer wieder im Plenum das Wort. Dabei spricht sie in der Öffentlichkeit – früher und offener als andere – auch von ihrem persönlichen Schicksal.

Neben ihrer politischen Arbeit engagiert sich Wolff für den christlich-jüdischen Dialog und setzt sich aktiv für die Wiederbelebung jüdischen Lebens in Deutschland ein. Heinz Galinski, langjähriger Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, nennt sie nach ihrem Tod 1976 die „Personifizierung des ewigen Dennoch, das die jüdische Geschichte wie ein roter Faden durchzieht“.

E.2

Reiseschreibmaschine von Jeanette Wolff, Triumph-Werke, Nürnberg AG, um 1944, Metall, Kunststoff; Vortragsmanuskripte (Kopien)
Leihgabe des Stadtarchivs Dinslaken

Jeanette Wolff wurde zur bedeutenden Stimme der frühen Bundesrepublik gegen das Vergessen und jede Schlussstrich-Mentalität. Auf ihrer Schreibmaschine verfasste sie bis ins hohe Alter unzählige Reden, Vorträge und Texte, in denen sie für die Rechte der NS-Opfer eintritt – innerhalb und außerhalb des Deutschen Bundestages.

E.3

Chanukkaleuchter aus dem Nachlass von Jeanette Wolff, Abb.
Museum Voswinckelshof, Dinslaken

Jeanette Wolff engagierte sich nach dem Holocaust für den Wiederaufbau der Jüdischen Gemeinde in Berlin. Zahlreiche Manuskripte in ihrem Nachlass zeigen ihre Auseinandersetzung mit der Zukunft jüdischen Lebens in der jungen Bundesrepublik. Im Jüdischen Frauenbund ermutigte sie zu selbstbewusstem Handeln und engagierte sich in der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit. Wolff war Vorsitzende der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland und stellvertretende Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland.

E.4

Erik Blumenfeld als Auschwitzhäftling. Zeichnung, 1943, Abb.

Privatbesitz Brigitte Lichtenauer-Blumenfeld

Ein Mithäftling porträtierte Erik Blumenfeld 1943 in der Hölle von Auschwitz. Bei seiner Ankunft hatte er darauf verwiesen, evangelisch zu sein. Er trug deshalb den roten Winkel – als politischer Häftling.

E.5

Erik Blumenfeld spricht in der Verjährungsdebatte, 29. März 1979

Ausschnitte aus der Rede Erik Blumenfelds in der Bundestagsdebatte zur drohenden Verjährung der NS-Morde am 29. März 1979. Blumenfeld stritt seit den 1960er Jahren vehement dagegen. Seinem Standpunkt verlieh er 1979 mit der persönlichen Zeitzeugenschaft als einziger Auschwitz-Überlebender im Bundestag Nachdruck – ein persönliches Statement, das er meist vermied. Nach fast 20-jähriger Debatte stand der Beschluss: Mord verjährt nicht.

Ausschnitte aus der Rede von Erik Blumenfeld hier abrufbar:







*„Zum ersten Mal
seit einem Jahrzehnt glaubte
ich wieder an eine Zukunft –
ohne Krieg, Terror, brutale
Geheimpolizei, Diktatur.
Eine Zukunft, die ich
für meine Freunde, für mich,
aber ebenso für das am Boden
liegende Deutschland
mitgestalten wollte.“*

E.6

Grenzgänger und Brückenbauer – Erik Blumenfeld (1915–1997)

Der Hanseat Erik Blumenfeld entstammt einer wohlhabenden Hamburger Reeder- und Kaufmannsfamilie. Sein Vater konvertierte zum Protestantismus, die Mutter ist aus dänischem Landadel. Im Nationalsozialismus gerät die Familie im Zuge systematischer Enteignungen jüdischer Betriebe unter Druck. Auch Erik Blumenfeld sieht sich durch die rassistischen NS-Gesetze als „Mischling ersten Grades“ der Verfolgung ausgesetzt.

1943/44 gerät Blumenfeld aus politischen Gründen in die Fänge der Gestapo und wird nach Auschwitz deportiert. Seine Mutter setzt sich mit finanziellen Mitteln und abenteuerlichen Interventionen bei Mittelsmännern dafür ein, dass Blumenfeld zunächst nach Buchenwald verlegt und 1944 entlassen wird – unter der Bedingung der Zwangssterilisation.

In Buchenwald habe er sich politisiert, berichtet er später, vor allem durch Gespräche mit Sozialdemokraten und Kommunisten. Dennoch tritt er nach Kriegsende der Hamburger CDU bei, wird Landesvorsitzender und Spitzenkandidat in seiner Heimatstadt, Mitglied des Bundestages und des Europaparlaments. Als Abgeordneter und Sondergesandter mehrerer Bundeskanzler wirkt er als einflussreicher Brückenbauer in die USA, nach Polen – und wegen seiner persönlichen Kontakte aus der Haft auch in die DDR. Er zählt zu den wichtigsten Fürsprechern der Aufnahme von Beziehungen mit Israel und prägt als langjähriger Präsident die Deutsch-Israelische Gesellschaft.

Sein persönliches Schicksal als einziger Auschwitz-Überlebender im Deutschen Bundestag thematisiert er sehr selten – und öffentlich erst spät. Aber er drängt auf die Bestrafung von NS-Tätern und das Gedenken an die Opfer.

Arendt , Otto, Dr. phil.; Geb. am 10. Oktober 1854 zu Berlin	Aufhäuser , Siegfried; Geboren am 1. Mai 1884 in Augsburg	Baerwald , Moritz; Geboren am 3. Dezember 1860 zu Thorn; <i>Jude</i>	Bamberger , Ludwig, Dr. jur.; Geb. am 22. Juli 1823 zu Mainz; <i>[ohne Angabe] - israelitisch</i>
Bernhard , Georg; Geboren am 20. Oktober 1875 in Berlin; <i>mosaisch</i>	Bernstein , Eduard; Geb. am 6. Januar 1850 in Berlin; <i>konfessionslos</i>	Braun (Franken), Adolf, Dr. phil.; Geboren am 20. März 1862 zu Laag in Steiermark; <i>[ohne Angabe] - Dissident</i>	Braun , Heinrich, Dr. phil.; Geb. am 23. November 1854; <i>konfessionslos</i>
Cohn , Oskar, Dr. jur.; Geb. am 15. Oktober 1869 in Guttentag, Kreis Lublinitz; <i>jüdisch</i>	David , Eduard, Dr. phil.; Geb. am 11. Juni 1863 in Ediger a. d. Mosel; <i>evangelisch</i>	Davidsohn , Georg; Geb. am 20. August 1872 in Gnesen; <i>mosaisch</i>	
Dernburg , Bernhard, Dr. jur. und Dr. der Staatswissenschaften h.c.; Geboren am 17. Juli 1865 zu Darmstadt; lutherisch. Vater Friedrich Dernburg, Chefredakteur der Nationalzeitung, Sohn des ursprünglich jüdischen Großherzoglich Hessischen Geheimen Rates Dr. Jacob Dernburg			Dernburg , Friedrich, Geb. 3. Oktober 1833 in Mainz (<i>protestantisch</i>)
Dessauer , Friedrich; Dr. phil. nat.; Geboren am 19. Juli 1881 in Aschaffenburg (Unterfranken); <i>katholisch</i>	Eberty , Gustav, Dr. jur.; Geb. 2. Juli 1806 (<i>evangelisch</i>)	Eppstein , Eugen; Geboren am 25. Juni 1878 in Simmern (Rhld.); <i>religionslos</i>	Falk , Berhard; Geboren am 26. März 1867 zu Berghheim (Erf); <i>jüdisch</i>
Frank , Ludwig, Dr. jur.; Geb. am 23. Mai 1874 in Nonnenweier in Baden; <i>jüdisch</i>	Frankenburger , Wolf; Geb. 8. März 1827 (<i>Israelit</i>)	Frankfurter , Richard, Dr.; Geboren am 12. Dezember 1873 in Bielitz; <i>jüdisch</i>	Frank , Max; Geb. am 17. November 1870; <i>jüdisch - konfessionslos</i>
Friedberg , Robert, Dr. phil.; Geb. am 28. Juni 1851 in Berlin; <i>reformiert</i>	Friedenthal , Carl Rudolph, Dr. jur.; Geb. 15. Sept. 1827 <i>[ohne Angabe] - evangelisch</i>	Friedlaender , Julius; Geb. am 28. August 1834 zu Pleß (Oberschlesien); <i>evangelisch</i>	
von Gierke , Anna von; Geboren am 14. März 1874 zu Breslau; <i>evangelisch</i>			

Reichstags-Handbuch

Goldschmidt, Johannes Friedrich; Geb. am 20. Februar 1837 in Berlin (*evang.*)

Golke , Elfriede, geb. Eisler, genannt. Ruth Fischer; Geboren am 11. Dezember 1895 in Leipzig; <i>Dissidentin</i>	Gothein , Georg; Geb. am 15. August 1857 in Neumarkt i. Schl.; <i>evangelisch</i>	Gottheiner , Georg; Geboren am 27. August 1879; <i>evangelisch</i>	Gradnauer , Georg, Dr. phil.; Geb. am 16. November 1866 zu Magdeburg; <i>evangelisch - konfessionslos</i>
Haas , Ludwig, Dr. jur.; Geb. am 16. April 1875 in Freiburg in Baden; <i>Israelit</i>	Haase , Hugo; Geb. am 29. September 1863 in Allenstein; <i>jüdisch</i>	Hahn , Oscar; Geb. am 28. November 1831 zu Breslau; <i>evangelisch</i>	Heckscher , Siegfried, Dr. jur.; Geb. am 8. September 1870 in Hamburg; <i>evangelisch</i>
Heilmann (Frankfurt), Ernst; Geboren am 13. April 1881 in Berlin; <i>religionslos</i>	Heimann , Hugo; Geboren am 15. April 1859 in Konitz, Westpreußen; <i>jüdisch</i>	Heinig , Curt; Geboren am 19. Januar 1886 als 11. Kind eines Schuhmachermeisters in Leipzig; <i>Dissident</i>	Hertz , Paul, Dr. rer. pol.; Geboren am 23. Juni 1888 in Worms a. Rh.; <i>konfessionslos</i>
Herzfeld , Joseph, Dr. jur.; Geboren am 18. Dezember 1853 zu Neuß (Rheinpr.); <i>[ohne Angabe] - konfessionslos</i>	Hilferding , Rudolf, Dr. med.; Geboren am 10. August 1877 in Wien; <i>konfessionslos</i>	Hirsch , Max, Dr. phil.; Geb. am 30. Dez. 1832 zu Halberstadt; <i>[ohne Angabe] - mosaisch</i>	
Hoch , Gustav; Geb. am 10. Januar 1862 in Neubrück, Kreis Samter; <i>freireligiös</i>	Horwitz , H.J., Dr. jur.; Geb. am 28. April 1824 zu Putzig bei Danzig; <i>evangelisch</i>	Katz , Iwan; Geboren am 15. Februar 1889 in Hannover; <i>religionslos</i>	Katzenstein , Simon; Geboren am 1. Januar 1868 in Gießen; <i>Dissident</i>
Kayser , Max; Geb. 9. Mai 1853 zu Tarnowitz (Oberschlesien) (<i>konfessionslos</i>)	Koch-Weser , Erich; Geboren am 26. Februar 1875 zu Bremerhaven; <i>evangelisch</i>	Landsberg , Otto; Geboren am 4. Dezember 1869 zu Rybnik (Oberschl.); <i>religionslos</i>	Lasker , Eduard, Dr. jur. h.c.; Geb. 14. Oktober 1829 (<i>Israelit</i>)
Levi , Paul, Dr. jur.; Geboren am 11. März 1883 zu Hechingen; <i>konfessionslos</i>	Lipinski , Richard; Geboren am 6. Februar 1867 in Danzig; <i>Dissident</i>	Loewe , Ludwig; Geb. 27. Novbr. 1837 in Heiligenstadt (<i>mosaisch</i>)	Löwenstein , Kurt, Dr. phil.; Geboren am 18. Mai 1885 zu Belckede (Elbe); <i>Dissident</i>
Löwenthal , Fritz, Dr. oec. publ.; Geboren am 15. November 1888 in München; <i>konfessionslos</i>	Marum , Ludwig, Dr. h.c.; Geboren am 5. November 1882 in Frankenthal; <i>freireligiös (jüdischer Abstammung)</i>	Mendel , Emanuel, Dr. med.; Geb. 28. Octbr. 1839 zu Bunzlau in Schles. (<i>mos.</i>)	
Merton , Richard, Dr. h.c.; Geboren am 1. Dezember 1881 in Frankfurt a. M.; <i>evangelisch</i>	Metz , Aug. Joseph, Dr.; Geb. 20. April 1818 in Dreieichenhain (<i>katholisch</i>)	Meyer (Berlin), Oscar; Geboren am 18. Dezember 1876 in Berlin; <i>evangelisch</i>	Moses , Julius, Dr. med.; Geboren am 2. Juli 1868 in Posen; <i>Jude</i>
Mugdan , Otto, Dr. med.; Geb. am 11. Januar 1862 in Breslau; <i>evangelisch</i>	Neumann , Heinz; Geboren am 6. Juli 1902 in Berlin; <i>Dissident - religionslos</i>	Oppenheim , Heinrich Bernhard, Doctor der Rechte; Geb. 20. Juli 1819 zu Frankfurt a. M. (<i>Jude</i>)	Rée , Anton, Dr. phil.; Geboren 1815 in Hamburg
Reichenheim , Leonor; Geb. 3. Mai 1814, besuchte das Gymn. in (seiner Vaterstadt) Bernburg	Rießer , Jacob, Dr. jur.; Geboren am 17. November 1853 in Sachsenhausen (Frankfurt a. M.)	Rosenbaum , Kurt, Geboren am 30. März 1896 in Lippstadt; <i>Dissident</i>	
Rosenberg , Arthur, Dr. phil.; Geboren am 19. Dezember 1889 in Berlin; <i>[ohne Angabe] - Atheist</i>	Rosenfeld , Kurt, Dr. jur.; Geboren am 1. Februar 1877 in Marienwerder (Kreis Marienwerder); <i>[ohne Angabe] - konfessionslos</i>	v. Rothschild , Freiherr Mayer Carl, Banquier und Stadtverordnet. in Frankfurt a.M. Geb. das. 5. Aug. 1820	
Sabor , Adolf; Geb. am 26. Sept. 1841 (<i>konfessionslos</i>)	Schiffer , Eugen; Geb. am 14. Februar 1860 zu Breslau; <i>evangelisch</i>	Schoenlank , Bruno, Dr. phil.; Geb. am 16. Mai 1859, zu Mühlhausen i. Thür.; <i>evangelisch</i>	Scholem , Werner; Geboren am 29. Dezember 1895 in Berlin; <i>konfessionslos</i>
Schreiber-Krieger , Adele; Geboren am 29. April 1860 in Wien; <i>katholisch - [ohne Angabe]</i>	Schwabach , Felix; Geb. am 20. Juni 1855 zu Sondershausen; <i>evangelisch</i>	Sender , Tony; Geboren am 29. November 1888 zu Biebrich a. Rh.; <i>Dissidentin</i>	Simon , Max; Geb. 9. Sept. 1814
Simson , Martin Eduard, Dr. jur.; Geb. 10. Nov. 1810 in Königsberg	Singer , Paul; Geb. 16. Jan. 1844 in Berlin (<i>mosaisch</i>)	Sinzheimer , Hugo, Dr. jur.; Geboren am 12. April 1875 zu Worms am Rhein; <i>israelitisch</i>	Sonnemann , Leopold; Geb. 29. Oct. 1831 zu Höchberg bei Würzburg (<i>Israelit</i>)
Stadthagen , Arthur; Geb. am 23. Mai 1857 zu Berlin; <i>mosaisch - konfessionslos</i>	Stampfer , Friedrich; Geboren am 8. September 1874 zu Brünn; <i>konfessionslos</i>	Stolper , Gustav, Dr. jur.; Geboren am 25. Juli 1888 in Wien; <i>konfessionslos</i>	
Strousberg , Bethel Henry, Dr. phil. und Rittergutsbesitzer in Berlin. Geb. 20. Novbr. 1823 in Neidenburg (in Ostpreußen) als Kind angesehener jüdischer Eltern	Waldstein , David Felix; Geboren am 6. Februar 1865 in Gnesen; <i>jüdisch</i>	Weill , Georg, Dr. rer. pol.; Geb. am 17. September 1882 in Straßburg i. Els.	
Wolffson , Isaac, Dr. jur.; Geb. 19. Jan. 1817 (<i>Israelit</i>)	Wurm , Emanuel; Geb. am 16. September 1857 zu Breslau; <i>mosaisch</i>	Wurm , geb. Adler, Mathilde; Geboren am 30. September 1874 zu Frankfurt a. M.; <i>jüdin - konfessionslos</i>	

1848/49 – 1867/71 – 1919/20

Jüdische Biografien in den parlamentarischen Gründergenerationen

**Aus den Selbstauskünften der Abgeordneten
jüdischer Herkunft in den Parlamentshand-
büchern 1871–1933.**

Über die Legislaturperioden hinweg wech-
selnde persönliche Angaben sind verzeichnet
und farblich markiert.

Collage: Redpear

Als bloße Aufstiegs- und Erfolgsgeschichte lassen sich die Emanzipation und Akkulturation des deutschen Judentums bis in die Weimarer Republik nicht mehr erzählen. Der Holocaust veränderte zwangsläufig die Erinnerung an die Zeit davor. Sie wurde Vor-Geschichte.

Der Blick auf die Lebenswege früherer Parlamentarier legt diese Ambivalenzen offen. Im Kampf um Einheit und Freiheit, um Rechtsstaat und Republik hatten zahlreiche jüdische Abgeordnete mitgewirkt – ganz selbstverständlich und oft an entscheidender Stelle. Die Verdienste dieser Gründerväter und -mütter, die in den Parlamenten ab 1848/49, 1867/71 und 1919/20 für ein einiges und freies Deutschland stritten, sind kaum noch bekannt.

Die Nationalsozialisten tilgten jede Erinnerung an sie aus dem öffentlichen Raum. Gerade die individuellen Biografien reflektieren, wie sozial heterogen, wie politisch, religiös und kulturell divers das Judentum in Deutschland war. Sie zeigen eine Vielfalt, die sich jeder Vereinseitigung entzieht und die den deutschen Parlamentarismus bereichert hat.

Ein eindrückliches Beispiel dafür bietet die Geschichte der Familie Riesser: An ihr lassen sich unterschiedliche Lebensentwürfe und Fragen deutsch-jüdischer Identität generationenübergreifend verfolgen.

„Jüdische Biografien“ – Eine historische Annäherung

Bewusst wird hier von „jüdischen Biografien“ gesprochen. Nur einige der Abgeordneten dieser Ausstellung fühlten sich als Jüdinnen oder Juden – und auch dann meist nicht in religiösem Sinne. Andere waren zum Christentum konvertiert oder hatten ihre Gemeinden verlassen. In ihren Selbstauskünften für die Parlamentshandbücher bezeichneten sie sich als „jüdisch“, „israelitisch“, „von jüdischer Herkunft“, „evangelisch“, „dissident“, „konfessionslos“ – oder machten gar keine Angabe.

Diesen Parlamentariern soll im Nachhinein keine jüdische Identität aufgedrängt werden. Dennoch lebten in ihren Biografien Verbindungen und Kontakte zum Judentum fort: in ihren Familien und Netzwerken oder in (Kindheits-)Erinnerungen und Erlebnissen. Hinzu kamen Fremdzuschreibungen und Erfahrungen mit Antisemitismus – bis hin zur offenen Verfolgung nach 1933. In einem historischen Sinn lassen sich die Abgeordneten dieser Ausstellung so „auf Basis kollektiver historischer Erfahrung und Erinnerung einem jüdischen Erlebnisraum“ (Mirjam Zadoff) zuordnen.

Der Historiker Ernest Hamburger über das komplexe Zusammenspiel von zeitgenössischen Selbst- und Fremdzuschreibungen:

„Die deutschen Juden selbst, gleichviel ob sie orthodox, liberal oder Zionisten waren, haben diejenigen, die das Judentum verlassen haben, grundsätzlich nicht mehr als Juden angesehen. Die jüdische Öffentlichkeit und Presse haben diesen Grundsatz jedoch nicht immer strikt innegehalten. Jüdische Sammelwerke zählen durchweg Personen jüdischer Abstammung unterschiedslos auf, zuweilen mit, zuweilen ohne Angabe des religiösen Bekenntnisses. Ebenso haben die Juden, die die jüdische Gemeinschaft verlassen haben, in nicht wenigen Fällen das Bewusstsein ihrer Herkunft beibehalten. Wenn es in ihnen zu verblassen drohte, sorgte die Umwelt dafür, dass es nicht verlorenging. Sie reagierten darauf sehr unterschiedlich, die einen mit einem gewissen Stolz oder im Gefühl einer mehr oder minder starken Verbundenheit, andere aber mit dem Bestreben, ihren Ursprung nach Möglichkeit zu verbergen und vergessen zu machen.“

Ernest Hamburger, Juden im öffentlichen Leben Deutschlands. Regierungsmitglieder, Parlamentarier und Beamte in der monarchischen Zeit 1848–1918, Tübingen 1968.

1.1

Ernest Hamburger (1890–1980), Fotografie von Leo Rosenthal, New York Leo Baeck Institut

Ernst (später: Ernest) Hamburger war als Sozialdemokrat von 1924 bis 1933 Mitglied des Preussischen Landtages. 1933 ins Exil gezwungen, lehrte er in den USA und war für die Vereinten Nationen tätig. Er war Vorstandsmitglied des Leo Baeck Instituts in New York.

1.2

Collage: Selbstauskünfte in den Parlamentshandbüchern des Reichstages (1871–1933)

1.3

Rudolf Schay, Juden in der deutschen Politik, Berlin 1929

Privatbesitz

Der Redakteur Rudolf Schay nahm in seinen Überblick „von Marx bis Rathenau“ religiöse, getaufte und dissidente Juden auf. Auch aus der Erfahrung der Weimarer Republik heraus unterschied Schay zwischen „Judentum“ als Glaubensbekenntnis und „Judesein“ als Kultur und persönlicher Erfahrung. 1933 floh er nach Manila. Das NS-Regime setzte sein Buch auf die „Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums“ und verbannte es aus Handel und Bibliotheken.

Rudolf Schay über die Bedeutung von Juden für die politische Entwicklung Deutschlands (1929):

„Ein Jude [Friedrich Julius Stahl] hat das feudalistische System zu stabilisieren versucht, indem er den ideologischen Grund des ‚christlichen Staates‘ mauerte. Juden standen bei der bürgerlichen ‚Revolution‘ in vorderster Kampflinie; sie haben an der Formulierung der Reichsverfassung Anteil genommen, sie haben die Kaiseridee propagiert. Ein Jude [Eduard Simson] hat die Kaiserdeputation nach Berlin geführt und der gleiche Jude hat in Versailles dem preussischen König die Kaiserkrone im Namen des Volkes überreicht. Die nationalliberale Bewegung wurde geistig und organisatorisch von Juden stark beeinflusst, und ebenso die linksliberale Bewegung des freisinnigen Bürgertums. Ideologie und Organisation der Sozialdemokratie in ihrer jetzigen Form sind ohne die Mitwirkung jüdischer Schöpferkräfte nicht denkbar. Und ein Jude [Hugo Preuß] hat auch die Verfassung der Republik geschrieben.“

An allen historischen Tendenzen, die in diesen hundert Jahren zur Geltung gelangt sind, hat jüdischer Geist mitgewirkt. Wäre die Geschichte nur das Spiel und Gegenspiel freier geistiger Kräfte, so möchte man fast sagen, die Juden hätten die deutsche Geschichte ‚gemacht‘.“

1848/49: Verhinderte Verfassungsväter

Die Revolution begann im Frühjahr 1848 mit Versammlungen und Barrikadenkämpfen in den Städten sowie Bauernaufständen auf dem Land – und vielerorts mit Angriffen auf Jüdinnen und Juden. Die Frankfurter Nationalversammlung erreichte diese Stimmung kaum. Jüdische Abgeordnete wie Moritz Veit und Gabriel Riesser verkörperten hier den Geist der Emanzipation. In der Paulskirche saßen sie – und getaufte Juden wie Eduard Simson – als gewählte Volksvertreter und erreichten teils höchste Ämter, während ihnen in ihren Heimatstädten die Bürgerrechte noch immer vorenthalten blieben.

Der Rechtsstaat sollte gleiche Rechte und Pflichten garantieren – unabhängig vom religiösen Bekenntnis. Dieses Versprechen verankerten die Abgeordneten in Form eines individuell einklagbaren Grundrechts in Gesetz und Verfassung. Ein Meilenstein, der trotz des Scheiterns der Paulskirche wegweisend blieb.

„Durch das religiöse Bekenntnis wird der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte weder bedingt noch bestärkt. Den staatsbürgerlichen Pflichten darf dasselbe keinen Abbruch tun.“

§ 16 der Grundrechte des deutschen Volkes vom 27. Dezember 1848 sowie § 146 der Paulskirchenverfassung vom 28. März 1849

1.4

Gabriel Riesser (1806–1863), Gemälde von Moritz Daniel Oppenheim, um 1840, Abb.

*Jüdisches Museum / Jüdische Gemeinde Hamburg
Foto: T. Lebed*

Der Hamburger Jurist, Journalist und liberale Politiker war Vizepräsident der Frankfurter Nationalversammlung. Er trug wesentlich zur Formulierung der Grundrechte und der Verfassung bei. Seine Reden, in denen er sich zugunsten der Emanzipation der Juden und für das preußische Erbkaisertum aussprach, zählten zu den bedeutendsten im Parlament. Erst 1849 erhielt Riesser in Hamburg das Bürgerrecht. 1860 wurde er der erste jüdische Richter in Deutschland.

„Bietet man mir mit der einen Hand die Emanzipation, auf die alle meine innigsten Wünsche gerichtet sind, mit der anderen die Verwirklichung des schönen Traumes von der politischen Einheit Deutschlands mit seiner politischen Freiheit verknüpft; ich würde ohne Bedenken die letztere wählen, denn ich habe die feste, tiefste Überzeugung, dass in ihr auch jene enthalten ist.“

Gabriel Riesser

1.5

**Johann Jacoby (1805–1877),
Lithografie des Künstlers Twele**

„Dr. JOH. JACOBY Abgeordneter zur deutschen National Versammlung 1849“, 1849, Abb.

Wien Museum Inv.-Nr. W 3190, CC0

(<https://sammlung.wienmuseum.at/objekt/390800/>)

Der Königsberger Johann Jacoby war Arzt und wurde als radikaldemokratischer Politiker im Vormärz politisch verfolgt. Er gehörte 1848/49 dem Vorparlament, der preußischen und ab Mai 1849 der deutschen Nationalversammlung an. Als Verteidiger der Paulskirchenverfassung musste er in die Schweiz fliehen. Des Hochverrats angeklagt, sprach ihn ein Geschworenengericht in Königsberg frei. Als Gegner Bismarcks lehnte er später mehrfach Reichstagsmandate ab.



1.6

Eduard (von) Simson (1810–1899), Marmorbüste, Rudolf Siemering (1835–1905) zugeschrieben, Abb.

Deutscher Bundestag, Foto: Juli Nowak

Eduard Simson wurde in Königsberg als Sohn einer jüdischen Kaufmannsfamilie geboren und mit 13 Jahren getauft. Kaum jemand prägte die deutsche Parlamentsgeschichte länger als er: Ab Dezember 1848 saß der Jurist der Frankfurter Nationalversammlung vor. Später war er Präsident des Erfurter Unionsparlaments, des Zollparlaments, des Norddeutschen Reichstages und ab 1871 der erste Präsident des Deutschen Reichstages. 1879 wurde Simson erster Präsident des neu geschaffenen Reichsgerichts in Leipzig.

1.7

1849: Kaiserdeputation der Nationalversammlung in Berlin/1870: Deputation des Reichstages des Norddeutschen Bundes in Versailles, Abb.

akg-images

Zwei Epochen, zwei Kaiserdeputationen – ein Präsident: Am 3. April 1849 trugen Mitglieder der Paulskirche, darunter Gabriel Riesser, dem preußischen König erfolglos die Kaiserwürde an. Im Dezember 1870 entsandte der Norddeutsche Reichstag auf Antrag von Eduard Lasker eine Abordnung in das preußische Hauptquartier nach Versailles. Beide Male führte Eduard Simson die Gruppe an. In Versailles zählte zu ihr Mayer Carl von Rothschild, Abgeordneter für Frankfurt und seit 1868 als erster ungetaufter Jude konservatives Mitglied des Preußischen Herrenhauses.

1867/71: Vergessene Reichsgründer

Der Mythos von der Reichsgründung 1871 erklärte die deutsche Einheit zu einem Werk von „Blut und Eisen“ – erkämpft auf Schlachtfeldern und geformt nach dem Willen Bismarcks. Ausgeblendet blieben die vielen „Reichsgründer“, die sich im Nationalverein engagiert hatten oder seit 1867 im Parlament des Norddeutschen Bundes saßen. Vom demokratisch gewählten Reichstag gingen nach 1871 grundlegende Impulse für die innere Reichsgründung aus – von der Reichsbank bis zum Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB). Oft stand dahinter die Arbeit jüdischer Abgeordneter wie Ludwig Bamberger, Eduard Lasker, Levin Goldschmidt oder Isaac Wolffson.

Für viele Juden wurde das Kaiserreich ein „Land der Möglichkeiten“ (Peter Pulzer). Zugleich blieben ihnen höhere Stellungen im Staat hartnäckig verwehrt, und sie erfuhren einen zunehmend rassistisch geprägten Antisemitismus. Seit 1887 saßen bekennende Antisemiten auch im Reichstag.

„Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen etc. verordnen im Namen des Norddeutschen Bundes, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrathes und des Reichstages, was folgt:

Einziger Artikel

Alle noch bestehenden, aus der Verschiedenheit der religiösen Bekenntnisse hergeleiteten Beschränkungen der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte werden hierdurch aufgehoben. Insbesondere soll die Befähigung zur Theilnahme an der Gemeinde- und Landesvertretung und zur Bekleidung öffentlicher Aemter vom religiösen Bekenntnis unabhängig sein.“

Gesetz, betreffend die Gleichberechtigung der Konfessionen in bürgerlicher und staatsbürgerlicher Beziehung, vom 3. Juli 1869

1.8

Postkarte vom Reichstagsgebäude um 1900, Abb. Privatbesitz

1.9

**Ludwig Bamberger (1823–1899)
im Reichstagsgebäude,
Fotografie von Julius Braatz 1899**

Frontispiz aus: Ludwig Bamberger, *Erinnerungen*, Berlin 1899

Der Mainzer Jurist und Journalist war überzeugter „Achtundvierziger“. Als Teilnehmer am badisch-pfälzischen Aufstand musste er 1849 ins Exil fliehen. Er kehrte erst 1867 zurück und gründete 1870 die Deutsche Bank. Über 25 Jahre gab er dem Liberalismus im Reichstag eine Stimme, zunächst als Unterstützer, später als Gegner der Politik Bismarcks. Im Reichstagshandbuch verzichtete er auf eine Angabe zur Religionszugehörigkeit. Erst 1890 gab er „israelitisch“ an – womöglich aus Protest gegen die Wahlerfolge der Antisemiten.



„Wenn Herr von Treitschke recht hätte mit der Behauptung, dass die Juden anderer Länder bessere Patrioten wären als die deutschen, so läge gewiss keine Art der Erklärung näher, als dass diesen eben noch auf Schritt und Tritt immer von neuem die Vorstellung eingetränkt wird: ihr seid nur Deutsche zweiter Klasse. [...] Wäre es wahr, was entschieden zu bestreiten ist, dass die deutschen Juden nicht von Herzen deutsch wären, man müsste die Gründe nicht in ihnen suchen.“

Ludwig Bamberger: *Deutschthum und Judenthum*, 1880

1.10

**Porträtfotografie Max Hirsch (1832–1905)
BA, Bild 183-S33388**

Der Verlagsbuchhändler aus Halberstadt war als Mitgründer der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften ein Pionier der liberalen Gewerkschaftsbewegung. Der linksliberale Sozial- und Bildungspolitiker war von 1869 bis 1893 Mitglied des Reichstages und zählte zu den frühen Förderern der pazifistischen Bewegung – als Vorsitzender der Deutschen Friedensgesellschaft und Leiter der deutschen Delegation bei der Interparlamentarischen Union für internationale Schiedsgerichtsbarkeit.

1.11

**Porträt Paul Singer (1844–1911),
Postkarte um 1925, Fotografie um 1902
DHM/Foto: I. Desnica**

Der Berliner Kaufmann und Fabrikant stammte aus ärmlichen Verhältnissen und entwickelte sich unter dem Einfluss von Johann Jacoby zum radikalen Demokraten. Bald unterstützte er die Sozialdemokraten und übernahm nach dem Inkrafttreten der „Sozialistengesetze“, mit denen Bismarck die SPD bekämpfte, eine führende Rolle: Er half finanziell beim Wiederaufbau der Parteizeitung „Vorwärts“ und war Parteivorsitzender. Von 1884 bis zu seinem Tod war Singer Mitglied des Reichstages, ab 1890 Fraktionsvorsitzender.

1919/20: Republikgründer

Im November 1918 entstand die deutsche Republik aus den Ruinen des im Ersten Weltkrieg untergegangenen Kaiserreichs. Die Revolution öffnete den umkämpften Weg zu einer Nationalversammlung, die eine neue republikanische Verfassung erarbeitete. Jüdische Persönlichkeiten wie Hugo Preuß, der „Vater“ der Weimarer Verfassung, Walther Rathenau oder Rudolf Hilferding prägten den jungen Staat entscheidend. Jüdische Abgeordnete übernahmen Verantwortung im Reichstag und als Minister.

Die Weimarer Republik löste das Emanzipationsversprechen erstmals konkret ein – zugleich nahm die antisemitische Hetze massiv zu. Auch im Parlament raunten Antidemokraten von einer „Judenrepublik“ und stilisierten jüdische Politiker zu „Novemberverbrechern“. In der Öffentlichkeit wurden sie – wie Außenminister Rathenau – zur Zielscheibe von Gewalt und Attentaten. Der Niedergang der Republik deutete sich 1932 auch im Reichstagshandbuch an: Kein Abgeordneter bezeichnete sich noch offen als „jüdisch“.

„Die bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten werden durch die Ausübung der Religionsfreiheit weder bedingt noch beschränkt.

Der Genuß bürgerlicher und staatsbürgerlicher Rechte sowie die Zulassung zu öffentlichen Ämtern sind unabhängig von dem religiösen Bekenntnis.

Niemand ist verpflichtet, seine religiöse Überzeugung zu offenbaren. Die Behörden haben nur soweit das Recht, nach der Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft zu fragen, als davon Rechte und Pflichten abhängen oder eine gesetzlich angeordnete statistische Erhebung dies erfordert.

Niemand darf zu einer kirchlichen Handlung oder Feierlichkeit oder zur Teilnahme an religiösen Übungen oder zur Benutzung einer religiösen Eidesform gezwungen werden.“

*Artikel 136 der Weimarer Reichsverfassung
vom 11. August 1919*

1.12

Ludwig Haas (1875–1930), Passfoto ca. 1925

*Jüdisches Museum Berlin, Inv.-Nr. L-2015/2/328,
Dauerleihgabe der Familie Haas*

Der badische Jurist war einer der jüdischen Politiker, die in der Weimarer Republik in höchste Ämter gelangten: Seit 1912 Mitglied des Reichstages, wurde er 1918 Minister in Baden, Mitglied der Nationalversammlung und später Vorsitzender der DDP-Fraktion im Reichstag. Als hochdekorierte Kriegsfreiwilliger war er Mitbegründer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und engagierte sich im Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens und der Deutschen Liga für Völkerbund.

1.13

Mathilde Wurm, geb. Adler (1874–1935), Fotografie mit Emanuel Wurm

*Collection International Institute of Social History,
Amsterdam*

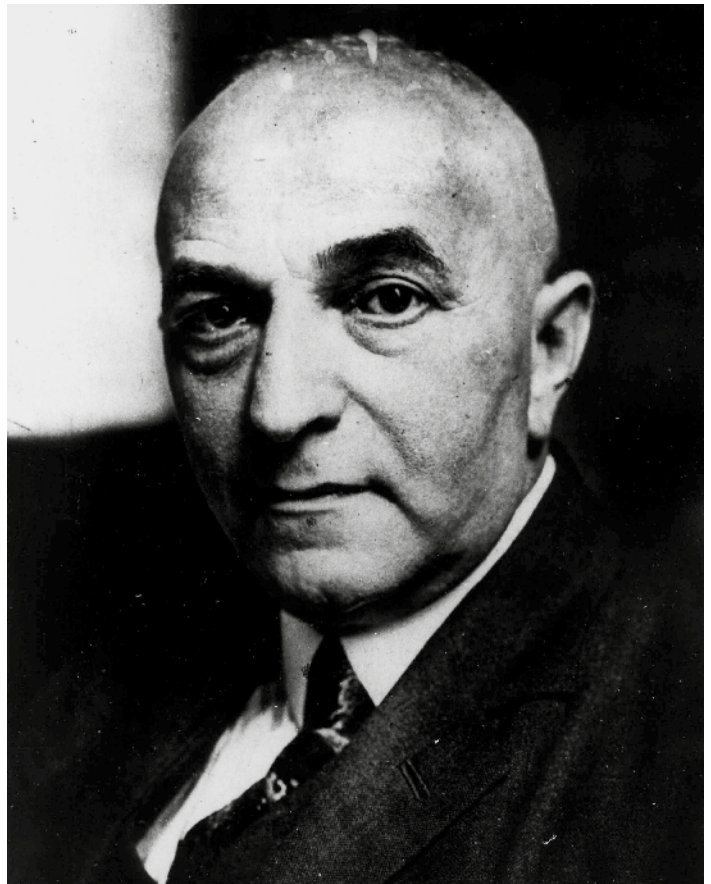
Die Frankfurterin Mathilde Adler engagierte sich in der sozialdemokratischen Frauenbewegung. Verheiratet mit dem SPD-Abgeordneten Emanuel Wurm, gehörte sie als Kriegsgegnerin 1917 zu den Gründungsmitgliedern der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD). 1920 wurde sie in den Reichstag gewählt und kehrte in die SPD zurück. In der Fraktion saß sie bis 1933 an der Seite weiterer Frauen jüdischer Herkunft wie Toni Sender und Adele Schreiber-Krieger. Ab 1928 bezeichnete sich Wurm im Reichstagshandbuch als „konfessionslos“. Sie starb 1935 im Londoner Exil, vermutlich durch Selbstmord.

1.14

Julius Moses (1868–1942), Fotografie 1928

AdsD/FES, 6/FOTA021372

Der im Berliner Arbeiterbezirk Wedding praktizierende Arzt engagierte sich publizistisch gegen die Diskriminierung von Juden. Seit 1920 war Moses Mitglied des Reichstages, zunächst für die USPD, dann für die SPD. Er zählte zu den profiliertesten Sozial- und Gesundheitspolitikern. Das NS-Regime zwang ihn, seine nichtjüdische Lebensgefährtin und den gemeinsamen Sohn zu verlassen und in ein „Judenhaus“ zu ziehen. 1938 wurde ihm die ärztliche Approbation entzogen. Er starb 1942 im Konzentrationslager Theresienstadt.



„Glauben Sie die Entgiftung der politischen Atmosphäre in Deutschland durch solche infame Judenhetze herbeiführen zu können, die Judenhetze, der ja schließlich auch Rathenau zum Opfer gefallen ist, die Judenhetze, die Sie bewusst inszenieren, um im Trüben fischen zu können – um Parteigeschäfte damit zu machen?“

Julius Moses am 6. Juli 1922 im Reichstag

1.15

Karikatur „Lasker im Himmel“, in: Der Floh, 13. Januar 1884

Privatbesitz

1.16

Büste von Eduard Lasker, Bisquitporzellan, 20x11,5 cm, nach 1884

Leihgabe der Stiftung Stadtmuseum Berlin (Inv.-Nr. KG 80/12)

Eduard Lasker (1829-1884), geboren in Jarotschin (heute: Jarocin) in Posen, zählte zu den wichtigsten Politikern im 19. Jahrhundert und galt als Verteidiger des Rechtsstaats. Von der Revolution 1848/49 und einem Aufenthalt im liberalen Großbritannien geprägt, engagierte er sich für den Liberalismus. Er stimmte zunächst für, später gegen Bismarcks Politik. Der asketische Lasker lebte für das Parlament. Im Reichstag deckte er Korruptions- und Spekulationskandale auf und ebnete dem Bürgerlichen Gesetzbuch den Weg. Er unterstützte ein Gesetz, das es erlaubte, aus jüdischen Gemeinden auszutreten, ohne das Judentum zu verlassen. Damit ermöglichte er die Vielfalt des deutschen Judentums. Als Lasker 1884 bei einem USA-Aufenthalt starb, verbot Bismarck, im Reichstag eine Kondolenzadresse des amerikanischen Kongresses zu verlesen. Darauf spielt die Karikatur an: Im Gegensatz zum Reichskanzler würde Petrus vor Lasker den Hut ziehen.

Auf der hier aufgeschlagenen Seite findet sich der Namenszug Riessers (li. Seite, 2. v.o.) ebenso wie die Unterschrift seines Fraktionskollegen Wilhelm Stahl (re. Seite, 10. v.o.). Obwohl seit seiner Jugend evangelisch, sprachen Revolutionsgegner „dem Jud‘ Stahl“ öffentlich ab, für seine Erlanger Wähler sprechen zu können. Es ist nicht ohne Ironie, dass sein Bruder Friedrich Julius Stahl zum Vordenker eines „christlichen Staates“ und Doyen des preußischen Konservatismus wurde.

1.17

Verfassung des Deutschen Reiches mit beurkundenden Unterschriften der Abgeordneten der Frankfurter National- versammlung, 28. März 1849, Faksimile – Original in der Sammlung der Stiftung Deutsches Historisches Museum (Inv.-Nr. DO 54/92)

Deutscher Bundestag

Hinter der wegweisenden Paulskirchenverfassung stand ein hart umkämpfter parlamentarischer Kompromiss: Die Liberalen um Heinrich von Gagern und eine kleine Gruppe von Demokraten um Heinrich Simon einigten sich im März 1849 auf ein preußisches Erbkaisertum und eine starke Stellung des Parlaments sowie ein allgemeines und gleiches (Männer-)Wahlrecht. In den Grundrechten waren individuelle Freiheitsrechte und die Gleichheit der Religionen garantiert. Die originale Pergamenturkunde unterzeichneten zahlreiche Abgeordnete jüdischer Herkunft: gleich an erster Stelle Eduard Simon, aber auch dessen Bruder Georg, Heinrich Simon und dessen Cousin Max, Adolph Wiesner und Moritz Hartmann, Moritz Veit, Wilhelm Levysohn und Gabriel Riesser.

1.18

Bildausschnitt aus August Friedrich Pecht (Lithograf), Zur Erinnerung an die verfassungs- gebende deutsche Reichsversammlung des Jahres 1848 – Club des Augsburger Hofes, 1849

Wien Museum Inv.-Nr. 88263/3, CC0

(<https://sammlung.wienmuseum.at/objekt/15027/>)

1.19

Jacob Riesser in der Paulskirche zum 75-jährigen Jubiläum der Frankfurter Nationalversammlung in der Paulskirche, Fotografie 18. Mai 1923 *ullstein bild - ullstein bild*

Jacob Riesser nahm an der Festveranstaltung am 18. Mai 1923 teil – „in meiner vierfachen Eigenschaft als Frankfurter, Abgeordneter für Frankfurt, Neffe von Gabriel Riesser und Vizepräsident des Reichstages“. Im Vorfeld hatte er darum gebeten, auf dem Platz seines Onkels sitzen zu dürfen. In einer Rede im Römersaal lobte er die Pionierarbeit des lange verspotteten „Professorenparlaments“ – und zitierte abschließend seinen Onkel. Familiensache blieb das Gedenken auch für seine Kinder: In dritter Generation besuchten sie den Festakt 1948.

Vertrauen in Deutschland: Die deutsch-jüdische Familie Riesser

Eine Familie – zwei Vizepräsidenten

Der Name Riesser (auch: Rießer) stand im 19. Jahrhundert wie kaum ein zweiter für den Kampf um die Emanzipation der deutschen Juden. Zwei Vizepräsidenten nationaler Parlamente entstammten der Familie – und zeigen eindrucklich, mit welchen Vorurteilen und Zwängen eine jüdische Herkunft behaftet blieb.

Gabriel Riesser (1806-1863) war Vizepräsident der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49 und setzte durch, dass gleiche Rechte in einem geeinten Deutschland nicht von einer Taufe abhängen sollen. Trotz des Scheiterns der Paulskirchenverfassung wurde er 1860 in Hamburg der erste jüdische Richter in Deutschland.

Sein Neffe Jacob Riesser (1853-1932) profitierte als erfolgreicher Bankier, Honorarprofessor und Wirtschaftsvertreter von der rechtlichen Gleichstellung im Kaiserreich. Er entfernte sich vom Judentum, ließ seine Kinder taufen und erzog sie protestantisch. Ab 1916 war er Mitglied des Reichstages, 1919/20 Mitglied der Weimarer Nationalversammlung und von 1921 bis 1928 Reichstagsvizepräsident für die Deutsche Volkspartei (DVP).



1.20

Familienbild der Goldenen Hochzeit der Eltern Raphael und Pauline Riesser, 1885, Abb.

Stiftung Historische Museen Hamburg / Museum für Hamburgische Geschichte

Im Hintergrund der zeitgenössischen Fotomontage erinnern die beiden Gemälde von Moritz Daniel Oppenheim an den 1863 verstorbenen Gabriel Riesser, den jüngeren Bruder Raphaels. Vorne rechts im Bild zu sehen: Jacob Riesser, seine Frau Emilie, geb. Edinger (1858-1945), aus einer bekannten jüdischen Familie des Rhein-Main-Raums, und deren Kinder Gabriele (1881-1967) und Otto (1882-1949). Noch nicht geboren: Hans Eduard (1887-1969).

1.21

Gabriel Riesser, Vizepräsident der Nationalversammlung 1848/49. Kniestück von Philipp Winterwerb stehend nach rechts, 1849, Abb.

BA Bild ZSg 4-0109

Gabriel Riesser in der Paulskirche über die Emanzipation der Juden:

„Die Juden werden immer begeisterte und patriotische Anhänger Deutschlands unter einem gerechten Gesetz werden. Sie werden mit und unter den Deutschen Deutsche werden. Vertrauen Sie der Macht des Rechts, der Macht des einheitlichen Gesetzes und dem großen Schicksal Deutschlands. Glauben Sie nicht, dass sich Ausnahmegesetze machen lassen, ohne dass das gesamte System der Freiheit einen verderblichen Riss erhalte, ohne dass der Keim des Verderbens in dasselbe gelegt würde.“



Der Name Riesser als Vermächtnis? Jacob Riesser wurde Zeit seines Lebens an Gabriel Riesser gemessen. Als nationalliberaler Monarchist sah er sich selbst in der Familientradition – der Onkel hatte sich im März 1849 entschieden für das preußische Erbkaisertum ausgesprochen.

Religion war für Jacob Riesser Privatsache – gerade auch, weil andere ihn darauf festlegten. Für Antisemiten bewies seine herausgehobene Stellung im Reichstag, dass der Parlamentarismus nicht nur auf der Linken, sondern als Ganzes „verjudet“ sei; die nationalliberale Deutsche Volkspartei (DVP) schob ihr Vorstandsmitglied dagegen bei Vorwürfen des Antisemitismus vor; aus Sicht vieler Juden wiederum setzte er sich zu wenig für ihre Belange ein und sei dem großen Vorbild seines Onkels nicht gerecht geworden. Diesen Fremdzuschreibungen widersetzte sich Riesser bewusst.

Deutsch-jüdischer Patriotismus

Patriotismus und das Engagement für ein geeintes Deutschland waren in der Familie Riesser eine Selbstverständlichkeit. Das galt auch für die Frauen: Jacobs Mutter Pauline (1816-1894), verheiratet mit Raphael Riesser, begleitete den Schwager 1848 nach Frankfurt und unterstützte ihn bei seiner Arbeit in der Nationalversammlung. Voller Hoffnung verfolgte sie die Debatten in der Paulskirche von der Galerie. Doch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erreichte der Antisemitismus im Kaiserreich eine neue Qualität. Juden standen unter zunehmendem Druck, ihr „Deutschsein“ unter Beweis zu stellen. Jacob Riesser sah keinen Widerspruch darin, deutsch und jüdisch zu sein. Für ihn stand allein die Nation im Mittelpunkt: „Wer sein Vaterland nicht liebt, verdient kein Vaterland.“

Jacob Riesser über seine Mutter Pauline Riesser, „Zur Erinnerung an meine geliebte Mutter Pauline Riesser“, 1895

„Sie selbst, die auch damals mit Wort und Schrift den Siegeszug des deutschen Volkes begleitete, war deutsche Patriotin durch und durch. Sie hat auch in jenen schweren Tagen unbeirrt und unentwegt an ihrem deutschen Patriotismus festgehalten, da eine Rotte von Menschen, von welchen eine erhebliche Anzahl dem deutschen Namen zur direkten Schande gereicht, es gewagt hat, selbst die Möglichkeit zu bestreiten, dass ‚ein Jude Deutscher sein könne‘ Gabriel und Pauline Rießer konnten und wollten freilich Deutsche im Sinne jener Menschen niemals sein!“



Grunderfahrung Antisemitismus

Ob religiös, dissident oder getauft – Diskriminierungserfahrungen verbinden die Generationen der Familie. 1881 unterstützte Jacob Riesser die Errichtung eines Lessingdenkmals in Berlin „als einen in Stein gehauenen Protest der Gebildeten unserer Tage gegen Intoleranz und Vergewaltigung, gegen Glaubenshass und Vorurteil“. Öffentlich äußerte er sich später weder zum Judentum noch zu seiner angeblichen Konversion zum Protestantismus. Er verließ die jüdische Gemeinde, trat aber nicht zum Christentum über. Im Reichstagshandbuch ließ er die vorgesehene Angabe gänzlich aus – als einziger Abgeordneter, der nicht der Linken angehörte.

Für Politiker jüdischer Herkunft blieb Antisemitismus eine Grunderfahrung. Während des Weltkriegs beschwerte sich Riesser beim Kriegsminister über diskriminierende Maßnahmen gegenüber jüdischen Soldaten. Auch in seiner eigenen Partei erkannte er später antisemitische Tendenzen, mit denen er vor allem privat haderte. Für das Familienleben spielte der massive Antisemitismus in vielen Alltagssituationen eine Rolle.

1.23

Lessing-Denkmal im Berliner Tiergarten (um 1890), Abb.

Landesgeschichtliche Vereinigung für die Mark Brandenburg e.V., Archiv

Gabriel Riesser hatte 1838 eine Schrift zugunsten eines Denkmals für Gottfried Ephraim Lessing in Braunschweig veröffentlicht. Den Schöpfer von „Nathan der Weise“ schätzte er als Verfechter des Humanitäts- und Toleranzgedankens und Freund des jüdischen Aufklärers Moses Mendelssohn. In einer Zeit des eskalierenden Antisemitismusstreits griff Jacob Riesser diese Idee wieder auf. 1881 gab er die Schrift „Einige Worte über Lessing's Denkmal“ erneut heraus. Der Erlös kam einem Denkmal in Berlin zugute. In der Widmung an den Schriftsteller Berthold Auerbach zählte sich Riesser explizit zu den „Deutsche[n] jüdischer Konfession“.

1.24

Brief von Jacob Riesser an Kriegsminister Hermann von Stein, 31. August 1917, Abb.

Hauptstaatsarchiv Stuttgart, M 738, Büschel 46, Bl. 79

Als Mitglied des Reichstages unterstützte Riesser im Ersten Weltkrieg eine Beschwerde des „Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ gegen die Nachmusterung lediglich jüdischer Bürger. Bereits im Vorjahr hatte das Ministerium antisemitischen Gerüchten nachgegeben, viele Juden würden sich dem Fronteinsatz entziehen. Die veranlasste „Judenanzählung“ traf in Öffentlichkeit und Reichstag auf breite Proteste – und belegte, dass überdurchschnittlich viele Juden als Soldaten kämpften. Das Ergebnis wurde nie veröffentlicht.

1.25

Brief von Jacob Riesser an seinen Sohn Hans Eduard Riesser, 17. Juli 1922, Abb.

PA AA, NL 244/2

Seit 1921 saß Riesser für die Fraktion der nationalliberalen Deutschen Volkspartei (DVP) im Präsidium des Reichstages. Regelmäßig berichtete er seinem Sohn, dem Diplomaten Hans Eduard Riesser, über die aktuellen politischen Vorgänge in Deutschland. Häufiges Thema war der weitverbreitete Antisemitismus. In der DVP kämpfte Riesser gemeinsam mit Gustav Stresemann, der mit einer Jüdin verheiratet war, dagegen an. Riesser war wohl unsicher, ob seine herausgehobene Position in der Partei deren Antisemitismus bloß verdeckte – das zeigt eine herausgestrichene Stelle in seinem Brief.

Auszug:

„Was Du aber über die Deutschnationalen schreibst, ist durchaus richtig, ich bin mit den Leuten völlig fertig. [...] Da Du ja zugibst, dass die Extremen links nicht besser sind, so sind wir ja einig. Die mittlere Richtung, welche die DVP einschlägt, hat mehr und mehr auch im Parlament Anerkennung gefunden. Dass der Antisemitismus auch in diesen Kreisen reichlichen Eingang gefunden hat, ist zweifellos. In der Fraktion hat dies nie einen offiziellen Ausdruck gefunden, was ja schon die Tatsache meiner Mitgliedschaft bisher verhindert hat. Immerhin hat man mich bisher in keinem einzigen Fall aufgefordert, namens der Fraktion zu sprechen, auch nicht mehr in wichtige Ausschüsse gewählt, doch das kann auch mit dem Vizepräsidium zusammenhängen, falls man mich nicht gerade durch dieses Amt „kaltstellen“ wollte.“

[...] Über die Antisemitismus-Seuche spricht man besser gar nicht, sie hat in Verbindung mit der Kriegspsychose die gefährlichen Formen einer Volkserkrankung angenommen, deren allmähliche Besserung (ein Verschwinden gibt es nicht) man mit möglichstem – je nach Temperament und Alter – Gleichmut erwarten muss. Hinzu tritt die offensichtliche Absicht vieler Führer, die eigenen Fehler den Massen durch einen bequemen Feldzug gegen eine kleine Minorität, die alles verschuldet haben soll, und sicher auch manches verschuldet hat, abzulenken und ihre immer nur schlummern-den Raubtierinstinkte aufzureizen.“

1.26

Familie Riesser, Jugenheim, Familienfotografie Ostern 1903

Privatbesitz Familie Ruge

Hintere Reihe: Jacob und Emilie Riesser, Gabriele Riesser und ihr späterer Mann Albert Ruge – ein Nachkomme des Paulskirchenabgeordneten Arnold Ruge. Vorderste Reihe: Hans und Otto Riesser

Familienidyll an der Bergstraße: Die Großfamilie traf sich regelmäßig zu Ostern im hessischen Jugenheim. Weil sie im Rhein-Main-Gebiet tief verwurzelt war – und auch mangels Alternativen. Um 1900 prägte ein offener Antisemitismus den Alltag in vielen Badeorten an Nord- und Ostsee. Diese warben damit, „judenfrei“ zu sein. In Borkum zählten judenfeindliche Lieder zum alltäglichen Lokalkolorit. Über die Ostseebäder schrieb Jacob Riesser: „Wenn man sich die Gesellschaft ansieht, die sonach ‚unter sich‘ bleiben will, so wird man den Juden nur raten können, sich darüber zu freuen.“

Als Jüdinnen und Juden verfolgt – Emilie, Gabriele, Hans und Otto Riesser

Jacob Riesser starb 1932 und erlebte die Verfolgung seiner Familie nicht mehr. Emilie Riesser verband die Machtübertragung an die Nationalsozialisten kurzzeitig mit der Hoffnung auf die Wiedereinführung der Monarchie. Ende 1933 schrieb sie ernüchtert: „Wie die Dinge jetzt stehen, sehe ich für die nächste Zukunft nichts Gutes voraus, aber wir müssen durch und hoffen, dass wir durchkommen.“ Mit 86 Jahren wurde sie 1944 in das Konzentrationslager Theresienstadt verschleppt und starb am 5. April 1945.

Auch ihre getauften Kinder wurden diskriminiert und verfolgt. Gabriele musste den „Judenstern“ tragen und überlebte in einer „privilegierten Mischehe“. Ihr nichtjüdischer Mann wurde aus dem Reichsdienst entlassen. Einer ihrer Söhne kämpfte gleichwohl in der Wehrmacht, ein zweiter wurde zu Zwangsarbeit nach Frankreich deportiert. Hans Eduard, 1933 Gesandtschaftsrat in Paris, wurde aus dem Dienst entlassen und floh in die Schweiz. Sein Bruder Otto verlor seine Professur und emigrierte allein in die Niederlande, um seine Familie zu schützen. Dennoch waren seine Kinder zahlreichen Diskriminierungen ausgesetzt.

1.27

Emilie Riesser mit ihrer Tochter Gabriele Ruge, Fotografie im Winter 1943/44

Privatbesitz Familie Ruge

Nach dem Tod ihres Ehemanns war Emilie Riesser aus der Familienvilla in der Lichtensteinallee 4 nach Dahlem umgezogen. Ihr neues Haus wurde im Herbst 1943 ausgebombt – sie konnte sich in den Garten retten, während Hab und Gut verbrannten. Danach wohnte sie bei ihrer Tochter in der Radtkestraße in Zehlendorf. Eine Zeit lang schützten sie die Verbindungen ihres Sohnes Hans zur Wehrmacht vor einer Deportation.



1.28

Abschiedsbrief Emilie Riessers an ihre Söhne, vermutlich 9. März 1944, Abb.

Privatbesitz Familie Ruge

Mit einem der letzten „Altentransporte“ wurde die fast taube und blinde Emilie Riesser am 10. März 1944 in das Konzentrationslager Theresienstadt deportiert. Am Vortag schrieb sie:

„Meine Buben

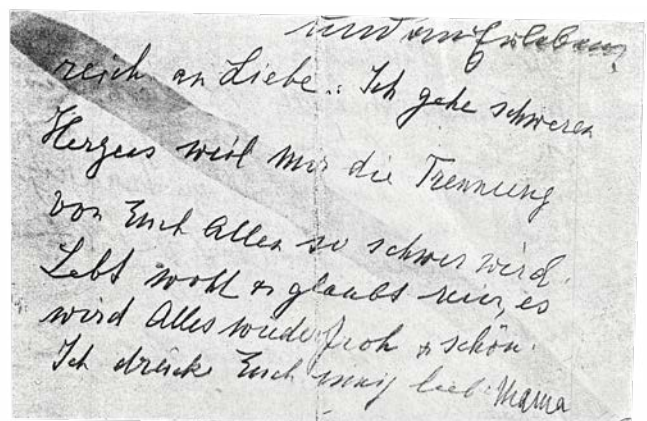
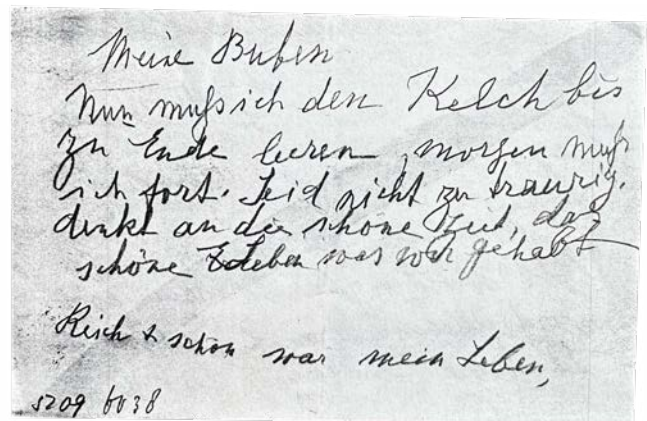
Nun muss ich den Kelch bis zu Ende leeren, morgen muss ich fort. Seid nicht zu traurig, denkt an die schöne Zeit, das schöne Leben, was wir gehabt. Reich + schön war mein Leben und an Erleben, reich an Liebe.

Ich gehe schweren Herzens, weil mir die Trennung von Euch allen so schwer wird.

Lebt wohl + glaubt mir, es wird Alles wieder froh + schön.

Ich drücke Euch innig lieb. Mama“

Die Befreiung des Lagers erlebte sie nicht mehr. Sie starb am 5. April 1945.



1.29

**Erklärung von Oberst Alexander Waag
über die Einstellung der Schutzmaßnahmen
für Hans und Emilie Riesser im August 1943,
17. März 1947, Abb.**

*Schweizerisches Bundesarchiv,
E4320B#1990/266#1551**

Hans Riesser wurde 1933 aus dem diplomatischen Dienst entlassen und blieb zunächst in Paris. Während des Weltkriegs unterstützte er den Geheimdienst der Wehrmacht („Abwehr“) als inoffizieller „Diplomat“ mit Informationen aus Frankreich und der Schweiz. In seinen Augen diene dies dem Kampf gegen Hitler und für den Frieden. Dafür versprach ihm die Wehrmacht Schutz – auch für seine Mutter in Berlin. Im Konflikt mit der SS beendete die „Abwehr“ 1943 alle Maßnahmen. 1947 endete eine Anklage gegen Hans Riesser wegen politischer Spionage in der Schweiz mit einem Freispruch.

1.30

**Geheime Beurteilung der Gestapo
über Otto Riesser, 8. Juni 1938, Abb.**

Archiv der Deutschen Gesellschaft für experimentelle und klinische Pharmakologie und Toxikologie (DGPT) im Hochschularchiv der Medizinischen Hochschule Hannover

Otto Riesser begrüßte die Machtübertragung 1933 zunächst im naiven Glauben an eine „nationale Revolution“. Bald wurde er als Jude von Studenten attackiert, aus seinen Ämtern gedrängt und zwangsweise emeritiert. Nach kurzer Tätigkeit in der Schweiz emigrierte er in die Niederlande. Aufgrund der deutschen Besatzung verlor er seine Anstellung und entging mehrfach knapp einer Deportation. 1944 verfasste er eine autobiografische Skizze, in der er schrieb: „Ich bin trotz allem Deutscher geblieben, weil ich nichts anderes sein kann, solange ich lebe.“

1.31

**Otto Riesser, „Skizze zu Erinnerungen
an meine wissenschaftliche Laufbahn“,
verfasst in Naarden (Niederlande),
Oktober 1944, Abb.**

Archiv der Deutschen Gesellschaft für experimentelle und klinische Pharmakologie und Toxikologie (DGPT) im Hochschularchiv der Medizinischen Hochschule Hannover

Auszüge:

„Die schrecklichen Folgen muss ich daher tragen und habe kein Recht und erst recht nicht den leisesten Willen, mich von der Verantwortung auszuschließen. So müssen wir eben doppelt leiden: als Deutsche jüdischer Abstammung von den Nationalsozialisten und als Deutscher für die Sünden und Fehler, die jene begangen haben!“

Und:

„Während ich diese Zeilen schreibe, sitzt meine geliebte 86jährige Mutter im Judenlager zu Theresienstadt, nachdem sie im März dieses Jahres schließlich doch noch dorthin geholt wurde. [...] Die Meinen sind in Deutschland in täglicher Lebensgefahr durch Feindbomben und Luftbeschießungen. Meiner Schwester ältester Sohn Helmut steht als Leutnant an der Front, einer der ganz wenigen Fälle, dass ein Halbarier es zum Offizier brachte. Sein jüngerer Bruder dagegen darf, so wie mein Sohn Hajo, nicht einmal Soldat werden. Mein Bruder lebt nach abenteuerlichen Jahren in Paris in der Schweiz mit den Seinen [...] – Dem Tragen des Judensterns entging ich nach Wochen schrecklicher Qual durch Einschreiten von befreundeter Seite. Und so sitzen wir heute im halb eroberten Holland, ohne Gas und Strom, und warten auf die Entscheidungen, die kommen müssen – und auf das Wiedersehen!“

1.32

Porträt Otto Riesser, Fotografie ca. 1949

Archiv der Deutschen Gesellschaft für experimentelle und klinische Pharmakologie und Toxikologie (DGPT) im Hochschularchiv der Medizinischen Hochschule Hannover

1.33

Hans E. Riesser, Beobachter der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen, im Gespräch mit Pressevertretern 1953 *ullstein bild - United Archives*

Rückkehr aus Hoffnung auf ein „anderes“ Deutschland: Nach dem Krieg kehrten beide Brüder nach Deutschland zurück. Otto Riesser zog zu seiner Familie nach Oberursel und engagierte sich 1945 im hessischen Kultusministerium für Emigrierte und Verfolgte sowie als Vorsitzender der Deutschen Pharmakologischen Gesellschaft. Ab 1946 arbeitete er wieder als Hochschullehrer in Marburg und in Frankfurt. Als eine Hauptaufgabe sah er den „materiellen, geistigen und seelischen Wiederaufbau“ Deutschlands.

Hans Riesser kehrte zur Einhundertjahrfeier der Paulskirche 1948 nach Deutschland zurück – als Nachkomme Gabriel Riessers erhielt er dafür ein Visum. Ab 1950 arbeitete er wieder als Diplomat für das Auswärtige Amt: In New York war er Generalkonsul und Ständiger Beobachter der Bundesrepublik bei den Vereinten Nationen. In dieser Funktion hinterlegte er mit seinem israelischen Kollegen am 27. März 1953 die Ratifikationsurkunden des „Luxemburger Abkommens“ bei den Vereinten Nationen.

1.34

Denkmal zur Erinnerung an 96 von den Nationalsozialisten ermordete Reichstagsabgeordnete vor dem Reichstagsgebäude, Berlin, Abb.

Foto: Mike Peel (www.mikepeel.net)

Seit 1992 erinnert auf dem Platz der Republik vor dem Reichstagsgebäude ein Denkmal an 96 von den Nationalsozialisten ermordete Parlamentarier. Neun waren Abgeordnete jüdischer Herkunft. Verfolgt wurden sie in erster Linie als politische Gegner des Nationalsozialismus. Besonders perfide war der Umgang mit denjenigen, die dem Regime als „Juden“ galten. Die Propagandaausstellung „Der ewige Jude“ präsentierte 1937 ein Bild des Abgeordneten und ehemaligen Finanzministers Rudolf Hilferding als Illustration eines angeblich „typisch jüdischen Gesichts“. Eine Büste zeigte den Kommunisten Werner Scholem. Sie war wohl im Konzentrationslager Dachau angefertigt worden. Hilferding überlebte die Gestapohaft in Paris nicht, Scholem wurde im KZ Buchenwald erschossen.

Unter den ehemaligen Reichstagsabgeordneten, die nach 1945 ein politisches Mandat übernahmen, waren jüdische Biografien eine Seltenheit. Ihre Abwesenheit bedeutete einen Bruch und markierte eine sichtbare Leerstelle, auch im Parlament. Eine Ausnahme war Eugen Richter (LDPD, ehemals DDP) in der provisorischen Volkskammer der DDR – er war bereits im Kaiserreich Mitglied des Reichstages gewesen. Im Parlamentarischen Rat in Bonn saß mit Fritz Löwenthal (SPD, ehemals KPD) nur ein ehemaliger Reichstagsabgeordneter jüdischer Herkunft. Zwei weitere Mitglieder des Parlamentarischen Rates zogen es vor, nicht darüber zu sprechen: der spätere Staatssekretär und Richter am Europäischen Gerichtshof Walther Strauß (CDU) und Rudolf Katz (SPD), Landesminister und Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts.

**Von den Nationalsozialisten
ermordete Abgeordnete jüdischer Herkunft:**

Eugen Eppstein (1878–1943),
† KZ Lublin-Majdanek

Ernst Heilmann (1881–1940),
† KZ Buchenwald

Rudolf Hilferding (1877–1941),
† Paris

Gustav Hoch (1862–1942),
† KZ Theresienstadt

Richard Lipinski (1867–1936),
† Bennewitz

Ludwig Marum (1882–1934),
† KZ Kislau

Julius Moses (1868–1942),
† KZ Theresienstadt

Werner Scholem (1895–1940),
† KZ Buchenwald

Hugo Sinzheimer (1875–1945),
† Bloemendaal-Overveen





B.1

Stimme des Handwerks und Begründer einer Abgeordnetendynastie – Georg Schulhoff (1898–1990)

Georg Schulhoff, Sohn einer Jüdin, ist seit 1926 selbstständiger Unternehmer in Düsseldorf. Sein Installationsbetrieb floriert, als 1933 die Nationalsozialisten an die Macht kommen. Schulhoff, der sich 1934 taufen lässt, gilt im nationalsozialistischen Rasseverständnis als „Halbjude“. Seine Eheschließung begleiten wüste Angriffe im Hetzblatt „Der Stürmer“. Später verliert er seinen Betrieb und muss Arbeitsdienst leisten, auch als Totengräber. 1944 droht die Deportation, doch Schulhoff taucht unter. Er überlebt monatelang versteckt im Keller seines Wohnhauses. Der Mut seiner Frau Erna, die ihn bei Gestapobesuchen und Hausdurchsuchungen deckt, rettet ihn.

Schulhoff versteht sich als Macher. Statt den Blick zurückzurichten, interessiert ihn, die Zukunft zu gestalten. Seinen Betrieb baut er nach Kriegsende umgehend wieder auf – und er geht in die Politik. In seiner Wohnung wird das Vorparlament zur Unterstützung der Düsseldorfer Stadtverwaltung gegründet – der kommunalpolitische Beginn einer Parlamentarierkarriere, die ihn in den Landtag und 1961 in den Deutschen Bundestag führt. Vier Jahrzehnte ist er Präsident der Handwerkskammer Düsseldorf, dazu an führender Stelle in der bundesweiten Interessenvertretung des Handwerks tätig. Ihm folgt im Betrieb, in der Handwerkskammer und als direkt gewählter Abgeordneter sein Sohn Wolfgang Schulhoff (1939-2014). Als Kind hat er die Verfolgung seines Vaters miterlebt. Dem Bundestag gehört er von 1983 bis 2002 an. In Düsseldorf tragen heute ein Platz und eine Schule den Namen des Düsseldorfer Ehrenbürgers Georg Schulhoff.

ude

Jude

Jude

Jude

Jude

Jude

Jude

Jude

Jude

Ju

Jude

**„Meine Härte habe ich in Auschwitz verbraucht“
Ausgrenzung und Verfolgung 1933 – 1945**

Stoffballen mit aufgedruckten Davidsternen,
aus dem Nachlass von Jeanette Wolff
*Leihgabe des Museums Voswinckelshof,
Dinslaken*

Diskriminiert – Emigriert – Deportiert

Unmittelbar mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 setzte die Ausgrenzung und gewaltsame Unterdrückung der Jüdinnen und Juden in Deutschland ein. Stufenweise radikalisierten die Nationalsozialisten die Verfolgung bis hin zu einem europaweiten Vernichtungsprogramm im Zweiten Weltkrieg.

Die Männer und Frauen dieser Ausstellung waren davon auf sehr unterschiedliche Weise betroffen. Die Grenzen zwischen rassistischer und politischer Verfolgung verwischten dabei vielfach. Die Betroffenen mussten auswandern, sich verstecken, nicht wenige wurden inhaftiert, sie überlebten Zwangsarbeit, Konzentrationslager, Todesmärsche. Von denen, die als „Politische“ ins Ausland flohen, beteiligten sich einige aktiv am Widerstand. Der Verlust ihrer Angehörigen im Holocaust begleitete die Überlebenden ein Leben lang.

Die Darstellung unterschiedlicher Einzelschicksale macht einen vielschichtigen Erfahrungsraum sichtbar, ohne den das Engagement dieser Angehörigen der parlamentarischen Gründergeneration nach 1945 nicht zu verstehen ist.

2.1

Auszug eines Schreibens vom 17. März 1933 mit der Meldung des Dinslakener Oberbürgermeisters an den Landrat über die Festnahme von Jeanette Wolff als „Agitatorin“ der SPD am 15. März 1933, Abb.

Stadtarchiv Dinslaken, Nachlass Jeanette Wolff, SP 52-28

„Dich kriegen wir als Erste“: Mit der Machtergreifung 1933 machten die Nazis ernst. Im März wurde die 44-jährige SPD-Politikerin Jeanette Wolff in Dinslaken wegen „Verbreitung unwahrer Gerüchte“ in „Schutzhaft“ genommen. Man trieb sie mit einem Schild um den Hals durch die Straßen. Die Familie musste wegen antisemitischer Attacken nach Dortmund ziehen, ihr Mann Hermann seinen Betrieb aufgeben. Die sechsköpfige Familie, zu der auch die betagte Mutter Hermann Wolffs gehörte, verlor ihre Existenz.

„Seit Bestehen der Nazibewegung habe ich es als Sozialdemokratin für meine wichtigste Aufgabe gehalten, die Nazis in Wort und Schrift zu bekämpfen und zu entlarven.“

Jeanette Wolff, in: Sadismus oder Wahnsinn. Erlebnisse in den deutschen Konzentrationslagern im Osten. Dresden, 1947

2.2

Stolperstein für Jeanette Wolff (SPD) in Dortmund, Münsterstraße, 7. März 2015

Foto: Thomas Omerzu, www.omerzu.de

Nach ihrer Haftentlassung organisierte die praktizierende Jüdin Jeanette Wolff zum Unterhalt der Familie einen Mittagstisch für Jüdinnen und Juden. Die Wohnung in der Münsterstraße wurde während der Pogrome am 9. November 1938 zerstört, Ehemann Hermann in das KZ Sachsenhausen verschleppt. Die jüngste Tochter wurde wegen eines verbotenen Kinobesuchs denunziert und in das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück deportiert.

2.3

Stoffballen mit aufgedruckten Davidsternen, aus dem Nachlass von Jeanette Wolff

Leihgabe des Museums Voswinkelshof, Dinslaken

Seit September 1941 musste den „Judenstern“ tragen, wer nach den NS-Rassegesetzen als „Jude“ galt. Dazu wurden den jüdischen Gemeinden – wie hier der von Jeanette Wolff – Stoffballen geliefert. Bereits seit 1938 galt für viele Betroffene ein Zwang zum Führen der zusätzlichen Vornamen „Israel“ (für Männer) und „Sara“ (für Frauen).

2.4

Porträt Victor Klemperer (1881–1960), 1954. Fotografen: Erich Höhne & Erich Pohl

BA Bild 183-26707-0001

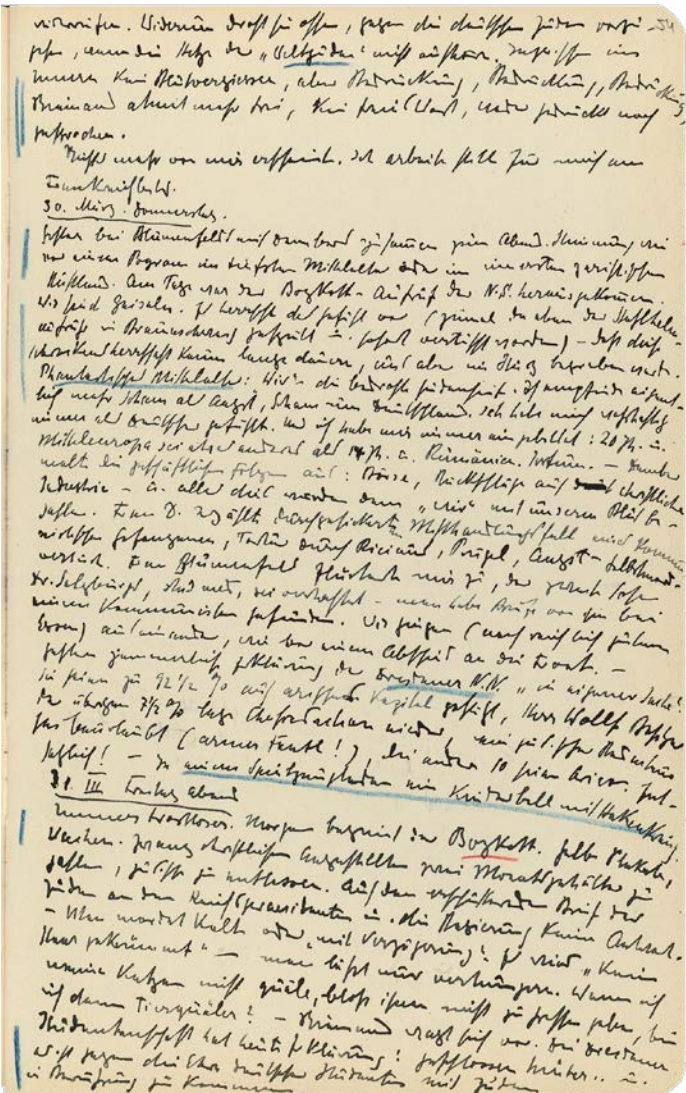
In eine jüdische Familie geboren und 1903 evangelisch getauft, wurde Klemperer wegen seiner jüdischen Herkunft 1935 als Professor für romanische Philologie an der Technischen Hochschule Dresden in den vorzeitigen Ruhestand versetzt. Klemperer überlebte dank seiner Ehe mit Eva Klemperer, geb. Schlemmer, einer „Arierin“, so der NS-Ausdruck.

Der bedeutende Romanist wurde zu einem der wichtigsten Chronisten der Ausgrenzung nach 1933. Seine in den 1990er Jahren publizierten Tagebücher sind ein einzigartiges Zeugnis zunehmender Isolation. Mit „LTI“ (Lingua Tertii Imperii) legte der Wissenschaftler als Zeitzeuge 1947 eine umfassende Studie zur Sprache des Nationalsozialismus vor.

Klemperer gehörte für den Kulturbund der DDR von 1950 bis 1958 der Volkskammer an.

„Es kommt nicht auf die großen Sachen an, sondern auf den Alltag der Tyrannei, der vergessen wird. Tausend Mückenstiche sind schlimmer als ein Schlag auf den Kopf. Ich beobachte, notiere die Mückenstiche ...“

Victor Klemperer, Tagebuch, 8. April 1944



2.5
Victor Klemperer, Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1933–1945, 8 Bde., Aufbau Taschenbuch, Berlin, 1999
Privatbesitz

2.6
Tagebucheinträge von Victor Klemperer, Reproduktion
SLUB Dresden / Deutsche Fotothek - Aufbau Verlage GmbH & Co. KG, Berlin 1996, 202 und 2026

Auszüge:
30. März 1933: „Gestern bei Blumenfelds mit Dembers zusammen zum Abend. Stimmung wie vor einem Pogrom im tiefsten Mittelalter oder im innersten zaristischen Rußland. Am Tage war der Boykott-Aufruf der Nationalsozialisten herausgekommen. Wir sind Geiseln. Es herrscht das Gefühl vor (...), dass diese Schreckensherrschaft kaum lange dauern, uns aber im Sturz begraben werde. Phantastisches Mittelalter: „Wir“ – die bedrohte Judenheit. Ich empfinde eigentlich mehr Scham als Angst, Scham um Deutschland. Ich habe mich wahrhaftig immer als Deutscher gefühlt. Und ich habe mir immer eingebildet 20 Jahrhundert und Mitteleuropa sei etwas anderes als 14. Jahrhundert und Rumänien. Irrtum. ... Wir gingen (nach reichlich gutem Essen) auseinander wie beim Abschied an die Front.

10. April 1933: „Man ist artfremd oder Jude bei 25 Prozent jüdischen Blutes, wenn ein Teil der Großeltern Jude war. Wie im Spanien des 15. Jahrhunderts, aber damals ging es um den Glauben. Heute ist es Zoologie + Geschäft.“

2.7
Vorzeitige Versetzung in den Ruhestand aufgrund der Änderungsgesetze zum Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, Dresden, 10. April 1935, Reproduktion
SLUB Dresden / Deutsche Fotothek

Die Nürnberger Gesetze und die besondere Situation von „Mischlingen“

Nach religiösem Gesetz (Halacha) ist Jude, wer von einer jüdischen Mutter geboren wurde. Im Gegensatz dazu klassifizierte die rassistische Ideologie der Nationalsozialisten Menschen mit einem jüdischen Elternteil und ein oder zwei jüdischen Großeltern als „jüdische Mischlinge“.

Die Gruppe der „Mischlinge“ war nicht unmittelbar von der Ermordung bedroht, unterlag aber einem diskriminierenden Sonderrecht. Im Verlauf des Zweiten Weltkriegs war auch sie zunehmend der Internierung und Einziehung zur Zwangsarbeit bis hin zur Deportation in ein Konzentrationslager ausgesetzt.

Besonders auffällig zeigte sich die widersprüchliche und opportunistische Praxis von Verfolgung und Ausbeutung in der Wehrmacht: „Mischlinge“ blieben zunächst von weiteren Verfolgungsmaßnahmen verschont und wurden als Soldaten eingezogen, wenn auch ohne Beförderungsmöglichkeit. Ab 1940/41 wurden viele von ihnen als „wehrunwürdig“ wieder entlassen und zur Zwangsarbeit verpflichtet. Über andere hielten die Vorgesetzten in den Einheiten ihre schützende Hand. Die scheinbare Sicherheit beim Militär bedeutete zugleich, in einem belastenden Zwiespalt zu leben: Unterstützten sie nicht ein Regime, das sie und ihre engsten Verwandten bedrohte und ermordete?

2.8

Schautafel „Die Nürnberger Gesetze“. Gestaltung: Willi Hackenberger. Herausgeber: Reichsausschuß für Volksgesundheit, Berlin 1935, Abb.

DHM, Inv.-Nr.: DG 90/6011

Anlässlich des „Reichsparteitags“ in Nürnberg im Jahr 1935 beschlossen, verschärften die Gesetze die rechtliche Diskriminierung von Jüdinnen und Juden. Unter anderem wurde die gesellschaftliche Isolierung der Minderheit durch Eheverbote und die Kriminalisierung außerehelicher Beziehungen zwischen Juden und Nichtjuden weiter verstärkt.



2.9

Porträt Egon Bahr (1922–2015), SPD, 1969. Fotograf Engelbert Reineke

BA, B 145 Bild-F030521-0007

Egon Bahr legte 1941 in Berlin das Abitur ab, durfte aber als Sohn einer jüdischen Mutter nicht studieren. 1942 wurde er zum Kriegsdienst in der Luftwaffe eingezogen und erreichte den Rang eines Fahnenjunkers. Weil er sich angeblich in die Wehrmacht „eingeschlichen“ hatte, wurde er 1944 entlassen und zur Arbeit in einem Berliner Rüstungsbetrieb „dienstverpflichtet“.

Bahr gehörte zu den Wegbereitern der neuen „Ostpolitik“ der sozialliberalen Koalition unter Willy Brandt und war von 1972 bis 1990 Mitglied des Deutschen Bundestages.

2.10

Porträt Herbert Hupka (1915–2006), SPD, ab 1972: CDU, Fotografie 1970

Deutscher Bundestag

Herbert Hupka wurde während des Studiums als „Halbjude“ diskriminiert und fand in der Wehrmacht zunächst Schutz vor weiteren Anfeindungen. Wegen seiner – für „Mischlinge“ unzulässigen – Beförderung zum Offizier wurde Hupka für zwölf Monate inhaftiert und schließlich aus der Wehrmacht entlassen. Kurz nach Kriegsende konnte er seine jüdische Mutter aus dem Ghetto Theresienstadt befreien.

Hupka gehörte von 1969 bis 1987 dem Bundestag an. Als Präsident der Landsmannschaft Schlesien wandte er sich gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. Aus Protest gegen die neue Ostpolitik trat er 1972 von der SPD zur CDU über.

2.11

Helmut Schmidt (1918–2015), SPD, mit 21 Jahren als Luftwaffenleutnant der Reserve, Fotografie 1940

Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-Stiftung

Schmidt gehörte dem Deutschen Bundestag von 1953 bis 1962 und von 1965 bis 1987 an. Er war Fraktionsvorsitzender, mehrmals Bundesminister und von 1974 bis 1982 Bundeskanzler.

Helmut Schmidt leistete ab 1937 Wehrdienst und wurde im Krieg als Oberleutnant an verschiedenen Fronten und im Reichsluftfahrtministerium eingesetzt. Schmidts jüdischer Großvater blieb in der Familie lange Zeit ein Tabu.

Über die jüdische Herkunft von Helmut Schmidts Vater Gustav sprach die Familie viele Jahre nicht. Gustav Schmidt war der uneheliche Sohn des jüdischen Privatbankiers Ludwig Gumpel und der Kellnerin Friederike Wenzel. Er wurde kurze Zeit nach der Geburt von dem kinderlosen Ehepaar Johann Gustav und Katharina Schmidt adoptiert. Der leibliche Vater galt offiziell als unbekannt.

Helmut Schmidts Großmutter, Friederike Feind, geb. Wenzel, teilte in einem Brief an ihren Sohn Gustav Schmidt mit, dass dieser unehelicher Herkunft sei. Sie gab an, nur den Vornamen von Gustavs Vater zu kennen. Der Brief entstand vermutlich im Zusammenhang mit der geplanten Heirat Helmut Schmidts. Dafür war ein Nachweis „arischer“ Abstammung erforderlich, der auf diese Weise glaubwürdig erscheinen sollte.

Ausführliche Informationen hier:



Helmut Schmidt hatte 1977 als erster deutscher Bundeskanzler die Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Auschwitz besucht. Das einschneidende Erlebnis vor Augen, benannte er während der Gedenkveranstaltung zur Reichspogromnacht am 9. November 1978 in der Kölner Synagoge die deutsche Verantwortlichkeit für die NS-Verbrechen: „... wir haben die politische Erbschaft der Schuldigen zu tragen und aus ihr die Konsequenzen zu ziehen. Hier liegt unsere Verantwortung.“

2.12

Porträt Ernst Eichelbaum (1893–1991), CDU. Fotograf: Helmut Richrath

ACDP/ © Ingo Richrath

Ernst Eichelbaum war ab 1919 als Lehrer an der Thomasschule in Leipzig tätig. Als Mitglied der Bekennenden Kirche stand Eichelbaum dem Nationalsozialismus kritisch gegenüber. Wegen seiner jüdischen Vorfahren wurde er aus dem Schuldienst entlassen. Eichelbaum zählte 1945 zu den Mitbegründern der CDU in der Sowjetischen Besatzungszone und war von 1946 bis 1948 stellvertretender Bürgermeister in Leipzig. Nach erzwungener Flucht lebte er ab 1948 in Westdeutschland.

Eichelbaum war 1945 Mitbegründer der CDU in Leipzig und gehörte dem Bundestag von 1957 bis 1965 an.

2.13

Porträt Siegfried Balke (1902–1984), CSU, Fotografie 1962

Deutscher Bundestag /Foto: Atelier Sandau

Siegfried Balke war der protestantisch getaufte Sohn eines jüdischen Schneidermeisters. Im nationalsozialistischen Deutschland konnte der promovierte Chemiker seine Universitätslaufbahn nicht fortsetzen. Er war für verschiedene Firmen der Chemiebranche tätig und musste sich während des Zweiten Weltkriegs gelegentlich in Oberbayern auf dem Land verstecken. Über diese Zeit ist nur wenig bekannt. Nach Kriegsende war Balke als Funktions-träger in mehreren Wirtschaftsverbänden und als Direktor einer Chemiefabrik tätig, ehe er ab 1953 als „Seiteneinsteiger“ politische Karriere machte.

Balke gehörte von 1957 bis 1969 dem Bundestag an. Er war von 1953 bis 1956 Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen und von 1956 bis 1962 für Atomfragen/Atomkernenergie. Von 1964 bis 1969 war er Arbeitgeberpräsident.

Verheiratet mit einer Jüdin – Diskriminierungserfahrungen in „Mischehen“

Drei prominente Abgeordnete des ersten Deutschen Bundestages erlebten die NS-Verfolgung als Ehepartner von Jüdinnen: Thomas Dehler (FDP), Gerd Bucerius (CDU) und Erich Köhler (CDU). Da sie dem NS-Regime als „arisch“ galten, wurden ihre Ehen der „privilegierten Mischehe“ zugeordnet. Dies bewahrte die Frauen vorerst vor der Deportation – die Eheleute aber nicht vor Diskriminierung und sozialer Isolation.

Alle drei Männer widersetzen sich dem Druck, sich scheiden zu lassen. Diffamiert als „jüdisch versippt“, gingen die Juristen Bucerius und Dehler hohe Risiken ein: Sie vertraten jüdische Mandanten. Dehler wurde kurzzeitig inhaftiert, Bucerius' erste Frau Detta (Gretel) Goldschmidt floh nach England. Er selbst bot Untergetauchten ein Versteck, darunter Erik Blumenfeld.

Erich Köhler wurde 1933 entlassen und hielt sich lange mit Gelegenheitsarbeiten über Wasser. Seine Frau Helene musste später Zwangsarbeit leisten. Mit Ausweitung der Verfolgung auf „Mischehen“ spitzte sich die Lage im Januar 1945 zu: Nur sein körperlicher und nervlicher Zusammenbruch bewahrte Köhler vor dem Abtransport in ein Arbeitslager. Nach dem Krieg mahnte er wiederholt öffentlich, nicht zu vergessen.

2.14

Porträtfotografie Thomas Dehler (1897–1967), FDP *Deutscher Bundestag*

Dehler war bis 1967 Mitglied des Deutschen Bundestages. Zunächst Bundesjustizminister, später Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion und Bundestagsvizepräsident.

2.15

Porträtfotografie Gerd Bucerius (1906–1995), CDU *Deutscher Bundestag*

Bucerius gehörte dem Deutschen Bundestag bis 1962 an. Er prägte als große Verlegerpersönlichkeit (Die Zeit, Stern) die Medienlandschaft der Bundesrepublik über Jahrzehnte.

2.16

Porträtfotografie Erich Köhler (1892–1958), CDU *Deutscher Bundestag*

Der 1949 zum ersten Bundestagspräsidenten gewählte Christdemokrat trat 1950 gesundheitlich angeschlagen nach massiver Kritik an seiner Amtsführung zurück.



B.2

Das europäische Gewissen der Sozialdemokratie – Wilhelm Dröscher (1920–1977)

Wilhelm Dröscher wächst in Kirn (Kreis Bad Kreuznach) auf, evangelisch getauft, geprägt von der völkischen Jugendbewegung. Die Mutter stammt aus einer jüdischen Familie in Polen, der Machtantritt der Nationalsozialisten wird deshalb zum Einschnitt: Dröscher erlebt wachsende Ausgrenzung als sogenannter „Halbjude“. Seiner Isolation hofft er in der Wehrmacht zu entfliehen. Von Beförderungen und Auszeichnungen ausgeschlossen, glaubt er dennoch, seine „vaterländische Pflicht“ erfüllen zu müssen. Ambivalenz und innere Zerrissenheit begleiten ihn ein Leben lang. Im Krieg geht Dröscher ins Risiko: Er fälscht ein Dokument, das seine Mutter zur „Halbjüdin“ macht und sie besser schützt. Ihm selbst öffnet sich so der Weg zu Heirat und Offizierslaufbahn.

Deutschlands Zukunft sieht Dröscher nach Kriegsende kurzzeitig im Sozialismus. Als er mit der KPD bricht, macht er in der Sozialdemokratie Karriere. Seine Themen: Solidarisches Handeln, Gerechtigkeit, Frieden. Europa gilt als Konsequenz aus der Kriegserfahrung seine besondere Leidenschaft. Seine Heimat kennt ihn als „Der gute Mensch von Kirn“, in der SPD ist er mit Partei- und Staatsspitze gut vernetzt. Zuletzt ist er Landesvorsitzender und Spitzenkandidat in Rheinland-Pfalz und Schatzmeister der Bundes-SPD.

Völlig überraschend stirbt er mit nur 57 Jahren – während des Bundesparteitags der SPD. Seine Bedrohung im Nationalsozialismus thematisiert Dröscher kaum. Und das Geheimnis seiner Fälschung lüftet er selbst nie. Aber er hinterlässt ein Kuvert mit entscheidenden Hinweisen – zu Öffnen nach seinem Tod. Den Kindern erschließt sich so erst spät die dramatische Familiengeschichte.

2.17

Wilhelm Dröschers Mutter Frieda (1920–1977), SPD, in Wehrmachtsuniform mit seiner Mutter Frieda, Fotografie 1940

Privatbesitz Barbara Dröschers

Wilhelm Dröschers Mutter Frieda entstammte einer jüdischen Familie aus der Gegend von Białystok (Polen). Diskriminierung als „Nicht-Arier“ erfuhr Dröschers bereits zur Schulzeit: Eine Denunziation führte zum Ausschluss aus dem Gymnasium. Im Krieg blieb der ehrgeizige Soldat als Halbjude zunächst von Auszeichnungen und Beförderungen ausgeschlossen. Unterstützung erfuhr er von Vorgesetzten auch nach dem Erlass, „Mischlinge ersten Grades“ aus der Wehrmacht zu entlassen. Dröschers blieb Soldat bis zum Kriegsende. Die Bedrohung war dabei ein ständiger Begleiter. 1942 musste das Sägewerk des Vaters in Kirn (Kreis Bad Kreuznach) vorübergehend schließen.



„Oft brennt und rast es in mir vor Empörung über diese Gemeinheiten und das Schlimmste ist, dass niemand zu fassen [ist]. Man möchte schreien und rufen. Warum? Warum?“

Wilhelm Dröschers, Tagebuch 1938

„Ich habe mir in der letzten Zeit eine Weltanschauung zugelegt, die vollständig mein eigen ist. Ich will hart sein und unerbittlich und mit festem Willen und Glauben an mich selbst alle Widrigkeiten zerbrechen und groß werden. ... Ich will anders tun und sein als alle und durch diese Verschiedenheit des Bewusstseins des eigenen Willens der Sieger über alle sein.“

Wilhelm Dröschers, Tagebuch 1938

2.18

Handschriftlicher Text von Wilhelm Dröschers, vermutlich 1940

Privatbesitz Barbara Dröschers

Auszug:

„Niemand sage, dass Zwiespalt immer Schwäche sei. Durch Erkennen derselben und geschicktes gegeneinander Auspielen der eigenen Empfindungen beherrschen wir uns besser und zwingen uns zu größeren Leistungen als Andere, die nur stets einem Triebe oder einer Eingebung des Augenblicks folgen und daher die Kernprobleme des Lebens nicht von zwei Seiten beleuchten können.“

2.19

Tagebuch von Wilhelm Dröschers

Privatbesitz Barbara Dröschers

Auszug:

„Es ist ein seltsames Wissen in mir. Das Bewusstsein, das Blut zweier seit Jahrhunderten getrennten Rassen in sich selbst gekreuzt zu sehen. ... Eine wahnsinnige Angst befällt mich manchmal, wenn ich zu Hause bin und meine Geschwister beobachte, denn ihnen ist das Wissen um diese Sache nicht so bewusst wie mir und sie könnten daran scheitern.“ (28. Mai 1938)

Dröschers war in der bündischen Jugendbewegung verwurzelt, geprägt von deutschnationalem Gedankengut. Umso schwerer wog die Erfahrung der Ausgrenzung. Der Dienst in der Wehrmacht erfüllte den Wunsch nach Zugehörigkeit – und versprach größeren Schutz für sich und die Familie. Innerlich zerrissen deutete der selbstzweiflerische Heranwachsende sein Außenseitertum in Überlegenheit um.

2.20

Brief von Wilhelm Dröschers senior an die Vereinigung 1937 e.V., 15. Januar 1939

Privatbesitz Barbara Dröschers

Die Novemberpogrome 1938 bedeuteten einen Schock: Auch die Synagoge in Kirn wurde zerstört. Verbote begannen den Alltag von Frieda Dröschers zu bestimmen. Unter der wachsenden Bedrohung bemühte sie sich vergeblich um einen amtlich beglaubigten Nachweis, dass ihr Vater katholisch und nur die Mutter Jüdin gewesen sei.

2.21

Mitteilungsblatt der Vereinigung 1937 e.V., Nr. 11, November 1938

Privatbesitz Barbara Dröscher

Die „Vereinigung 1937 e.V.“, war ein Verein „nicht-arischer Christen“, in dem sich „Mischlinge“ und Angehörige von „Mischehen“ organisierten. Er wurde 1939 aufgelöst.

2.22

Gerhard Jahn (1927–1998), SPD, als Luftwaffenhelfer, Fotografie 1943/44

Privatbesitz Martin Doerry

Gerhard Jahn wuchs mit vier Geschwistern im nordhessischen Immenhausen auf. Die jüdische Mutter Lilli Jahn wurde 1943 von der Gestapo verhaftet und in das Arbeitserziehungslager Breitenau gebracht. Die Töchter, die weitgehend sich selbst überlassen waren, hielten mit zahlreichen Briefen den Kontakt zur Mutter aufrecht. Gerhard war als Luftwaffenhelfer außerhalb von Kassel stationiert und konnte nur unregelmäßig schreiben. Im März 1944 wurde Lilli in das Konzentrationslager Auschwitz deportiert. Von ihrem Tod erfuhr die Familie telefonisch durch die Gestapo im Juli 1944, die amtliche Nachricht traf im Oktober ein. Die näheren Umstände blieben ungeklärt.

2.23

Brief von Gerhard Jahn (SPD) an seine Mutter Lilli Jahn mit der Schilderung der Lebensumstände als Luftwaffenhelfer, 16. Januar 1944, Abb.

Privatbesitz Martin Doerry

„Wir haben Erschütterndes erlebt! Und könnt Ihr Euch vorstellen, wie mir zumute ist? Könnt Ihr begreifen, wie schwer mir ums Herz ist und wie bitter weh das alles tut?“

Lilli Jahn, nach dem Boykott jüdischer Geschäfte, Arzt- und Anwaltspraxen 1933

2.24

Lilli Jahn mit ihrem Sohn Gerhard und ihren Töchtern Johanna, Ilse und Eva im Schwarzwald, Fotografie um 1937

Privatbesitz Martin Doerry

Lilli Jahn, aus einer wohlhabenden Kölner Fabrikantenfamilie stammend, unterhielt mit ihrem Mann Ernst Jahn eine gut gehende Arztpraxis. Mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten waren die angesehene Ärztin und ihre Familie zunehmend Demütigungen und gesellschaftlicher Stigmatisierung ausgesetzt. Ihren Beruf durfte Lilli nicht weiter ausüben. Gleichwohl schien sie durch den Status einer „privilegierten Mischehe“ vor einer Deportation geschützt. Als sich ihr Mann in eine andere Frau verliebte und beide ein Kind erwarteten, drängte Ernst Jahn auf Scheidung – im Irrglauben, Lilli bliebe wegen des Sorgerechts für die gemeinsamen Kinder vor Verfolgung verschont. 1943 musste die nunmehr schutzlose Lilli auf Geheiß des Bürgermeisters aus Immenhausen wegziehen und wurde später unter einem Vorwand von der Gestapo verhaftet.



2.25

Sterbeurkunde von Lilli Jahn, ausgestellt durch die Verwaltung des Konzentrationslagers Auschwitz, 28. September 1944

Privatbesitz Martin Doerry

2.26

Bescheid des Arbeitsamts Berlin an Adolf Arndt (1904–1974), SPD, zur Ableistung der Dienstpflicht als „Hilfsarbeiter“ bei der Organisation Todt, 27. Juli 1944, Abb.

AdsD, Nachlass Adolf Arndt, Box 2, Mappe 7

2.26a

Porträt Adolf Arndt (1904–1974), SPD, 1953.

Foto: Marta Hoepffner

Deutscher Bundestag

Adolf Arndt war Sohn des zum Protestantismus konvertierten Staatsrechtsprofessors Gustav Adolf Arndt und seiner Frau Louise. Ab 1930 wirkte Arndt als Richter an mehreren spektakulären politischen Prozessen der Weimarer Republik mit, wurde aber 1933 zur Aufgabe seines Amtes gezwungen. Nach Jahren als Rechtsanwalt wurde Arndt 1943 erstmals zur Zwangsarbeit in Berlin „dienstverpflichtet“ und im Sommer 1944 zum Arbeitseinsatz bei der Organisation Todt in ein Lager im besetzten Frankreich gebracht. Er war bei einer Firma im Saarland beschäftigt, als er im Spätherbst 1944 schwer erkrankte. Anfang 1945 gelang ihm die Flucht nach Schlesien, hier erst traf er wieder mit seiner Familie zusammen.

2.27

Betriebsgründung durch Georg Schulhoff (1898–1990), CDU, Düsseldorf, Fotografie 1926

Privatbesitz Esther und Tanja Schulhoff

2.28

Taufbescheinigung für Georg Schulhoff, 15. Juli 1934, Abb.

Privatbesitz Esther und Tanja Schulhoff

Georg Schulhoff begründete mit einem Betrieb für Heizungen, Lüftung und Sanitärinstallation 1926 eine Düsseldorfer Handwerksdynastie. Nachdem bereits seine Eltern aus der jüdischen Gemeinde ausgetreten waren, wurde Schulhoff kurz nach Machtübernahme der Nationalsozialisten Protestant. Die NS-Rassengesetzgebung stigmatisierte ihn dennoch als Juden. Auch er musste den Zwangsnamen „Israel“ tragen.

2.29

Kennkarte mit eingedrucktem „J“ für „Jude“ und der Unterschrift Georg „Israel“ Schulhoff, 22. März 1944, Abb.

Privatbesitz Esther und Tanja Schulhoff

Kennkarten dienten seit 1938 als polizeilicher Ausweis und kennzeichneten, wer als Jude galt – ab 1939 auch durch den Zwangsnamen „Sara“ für Frauen und „Israel“ für Männer.

2.30

Verleihung des „Ehrenkreuzes für Frontkämpfer“ an Georg Schulhoff, 30. Januar 1936, Abb.

Privatbesitz Esther und Tanja Schulhoff

Widersprüche einer Diktatur: Als Jude diskriminiert, als „Frontkämpfer“ geehrt. Der Schüler Georg Schulhoff hatte sich 1914 wie viele deutsche Juden als Freiwilliger zum Kriegsdienst gemeldet.

2.31a

Georg und Erna Schulhoff auf dem Seitenwagen-Motorrad, Fotografie 1936

Privatbesitz Esther und Tanja Schulhoff

2.31

Heiratsanzeige von Georg und Erna Schulhoff, Düsseldorf, Juni 1935, Abb.

Privatbesitz Esther und Tanja Schulhoff

2.32

Artikel „Ein artvergessenes Mädchen aus Düsseldorf“, in: „Der Stürmer“, 16. April 1935

Landesarchiv NRW, RW 0058 NR. 14542_0006

Georg Schulhoff und seine Frau Erna heirateten 1935 gegen alle Widerstände. Das NS-Hetzblatt „Der Stürmer“ beschimpfte die Düsseldorferin wegen „rasseschänderischer Ehe“ als „artvergessenes Mädchen“. Die „privilegierte Mischehe“ bedeutete für Georg Schulhoff zunächst einen gewissen Schutz.

2.33

**Meldung der Zelle 7 an die Ortsgruppe
Düsseldorf-Süd, 2. Oktober 1942, Abb. der Kopie
Privatbesitz Esther und Tanja Schulhoff**

Zur Alltagserfahrung wurde die Denunziation durch Nachbarn. Als Eigentümer des Hauses am „Düsselkämpchen 2“ gewann Schulhoff ein klares Bild der wachsenden Gefahr. Die Nationalsozialisten missbrauchten es als „Judenhaus“: Mindestens 17 Düsseldorfer Juden wurden hier zwangsweise konzentriert, um sie Ende 1941 in das Ghetto in Minsk zu deportieren.

2.34

**Georg Schulhoff auf der Leiter im Keller seines
Wohnhauses, Erasmusstraße 18, Düsseldorf,
Fotografie 1941
Privatbesitz Esther und Tanja Schulhoff**



2.35

**Arbeitsbuch von Georg „Israel“ Schulhoff, Abb.
Privatbesitz Esther und Tanja Schulhoff**

Schulhoff wurde bedroht, die Wohnung beim Novemberpogrom 1938 verwüstet, der Betrieb enteignet. Er leistete jahrelang Zwangsarbeit, auch als Totengräber. Als 1944 die Deportation drohte, tauchte er unter. Wiederholt entkam Schulhoff durch Glück der Verhaftung. Die letzten Monate verbrachte er im Kellerversteck seines Hauses. Ernas Mut bewahrten ihn vor der Gestapo. Nervenstark leugnete sie bei Hausdurchsuchungen, seinen Aufenthaltsort zu kennen.

2.36

**Georg Schulhoff mit Sohn Wolfgang,
Fotografie 1939/40
Privatbesitz Esther und Tanja Schulhoff**

2.37

**Wolfgang Schulhoff (1939–2014)
mit Teddybär, Fotografie 1942
Privatbesitz Esther und Tanja Schulhoff**

Georg Schulhoffs Sohn Wolfgang folgte seinem Vater in der Leitung des Betriebs, als Präsident der Handwerkskammer Düsseldorf – und als Bundestagsabgeordneter (1983–1998). Er nannte seinen Vater „Daddy“, weil das ähnlich klang wie „Teddy“. So wollten die Eltern verhindern, dass das Kind in den Monaten, in denen sich der Vater im Keller versteckte, gegenüber Fremden etwas verriet.

2.38

**Hildegard Hamm-Brücher (1921–2016),
FDP, als Abiturientin beim Skilaufen,
Fotografie 1939
IfZArch, ED 379/1364, BA-0012113**

Zwischen Furcht und Hoffnung: Hildegard Hamm-Brücher galt als „Halbjüdin“, konnte aber nach dem Abitur 1939 mit einer Sondergenehmigung und unter dem Schutz des Nobelpreisträgers Heinrich Wieland ein Chemiestudium in München beginnen. Nach der Bombardierung ihrer Unterkunft zog sie 1942 nach Starnberg, wo sie 1945 ihre Promotion abschloss. Das Kriegsende erlebte sie in der Furcht, noch Opfer des untergehenden NS-Regimes zu werden – und in der Hoffnung auf eine zwar ungewisse, aber bessere Zukunft.

„Die nächsten Tage müssen die Entscheidung bringen. (...) Ich bin arbeitsunfähig, unentschlossen und voll Unruhe. Ich röste Brot für die Hungersnot, packe meine Sachen, weil es dem Verteidigungskommissar von Starnberg eingefallen ist, vor meinem Fensterchen eine Panzersperre zu errichten. Wie ich hoffe, dass es uns allen besser wird!“

Tagebucheintrag von Hildegard-Hamm-Brücher, 22. April 1945 (IfZArch, ED 379 / 357)

„Ich lebe noch; aber manchmal ist das Leben schwerer zu ertragen als der Tod.“

Jeanette Wolff

2.39

Jeanette Wolff (SPD), Passfoto ca. 1919

Stadtarchiv Dinslaken, Nachlass Jeanette Wolff, SP 52-F029

Jeanette Wolff wurde am 25. Januar 1942 mit ihrem Mann und zwei der drei Töchter in das Ghetto in Riga deportiert. Die 81-jährige Schwiegermutter mussten sie zurücklassen, sie starb kurz darauf im Ghetto Theresienstadt. Für die restliche Familie begann ein Überlebenskampf, der von Willkür und tödlicher Gewalt geprägt war. Wolff überlebte mehrere Lager und Todesmärsche. Später berichtete sie, wie die Solidarität unter den Häftlingen ihr das Leben gerettet hatte. 1945 wurde die Familie in das KZ Stutthof in Polen verschleppt, ein Lager mit Gaskammer und Krematorium: „Hinter uns schloss sich das Tor zur Hölle“ (Jeanette Wolff).

Jeanette Wolff im Zeitzeugenbericht mit Hans-Wolfgang Krohn am 1. Juni 1960 zur Verfolgung und Deportation hier hören:



2.40

Karte mit Stationen der Deportation von Jeanette Wolff

Stationen der Deportation:

Januar 1942: Deportation in das Ghetto von Riga / Lettland

Spätsommer 1943: Überstellung in das KZ Riga-Kaiserwald

Herbst 1944: Verlegung in das KZ Stutthof

Winter 1944: Zwangsarbeit in der Stutthofer Außenstelle Argenau, danach Schlüsselmühle und Korben bei Thorn

Jahreswechsel 1944/45: Todesmarsch über Bromberg nach Crone an der Brahe

2.41

Jeanette Wolff am Grab ihres Mannes Hermann, Friedhof des Konzentrationslagers Wetterfeld / Oberbayern, Fotografie 1946

Stadtarchiv Dinslaken, Nachlass Jeanette Wolff, SP 52-63

Hermann Wolff, der Ehemann von Jeanette Wolff, wurde kurz vor Kriegsende auf einem Todesmarsch von der SS ermordet. Jeanette Wolff verlor im Holocaust die meisten ihrer Familienmitglieder. Ihre älteste Tochter Juliane starb im März 1945 im KZ Stutthof. Ihre jüngste Tochter Käthe war bereits 1942 in die Tötungsanstalt Bernburg in Sachsen gebracht und ermordet worden. Auch zwei Schwiegersöhne, ein Pflege- und ein Enkelkind starben. Lediglich Tochter Edith überlebte. Gemeinsam kehrten sie Anfang Januar 1946 in das zerstörte Berlin zurück.



2.42

Peter Blachstein (1911–1977), SPD, Fotografie 1930er Jahre

AdsD, FES, 6/FOTA118331

Peter Blachstein stammte aus einem großbürgerlichen jüdischen Elternhaus, das sich kulturell und gesellschaftlich an die nicht-jüdische Umgebung angepasst hatte. Als Schüler schloss er sich der Deutsch-Jüdischen Jugendgemeinschaft (DJJG) an – hier trafen sich religiös und säkular geprägte junge Jüdinnen und Juden. Inflation, zunehmender Antisemitismus und soziale Spannungen bestimmten die Diskussionen.

2.43

Peter Blachstein, Junge und Mädel in der Gemeinschaft! Ausriss aus dem Mitteilungsblatt der Deutsch-Jüdischen Jugend-Gemeinschaft, 15. Februar 1929

Abb. aus: Peter Blachstein – „In uns lebt die Fahne der Freiheit“. Zeugnisse zum frühen Konzentrationslager Burg Hohnstein, hg. von der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft (Heftreihe „Lebenszeugnisse – Leidenswege“, 18), eingeleitet und bearbeitet von Norbert Haase und Mike Schmeitzner, Dresden 2005

1928 wurde Peter Blachstein Mitglied der Sozialistischen Arbeiter-Jugend (SAJ). Das „Judenproblem“, so Blachstein, sehe er als „soziales Problem“ an. Mit Beginn der 1930er Jahre löste er sich von seiner jüdischen Identität und sah sich primär als Sozialist. Später bezeichnete sich Blachstein allein als „politisch verfolgt“. Antisemitismus und Fragen jüdischer Identität blieben dennoch Lebensthemen für ihn.

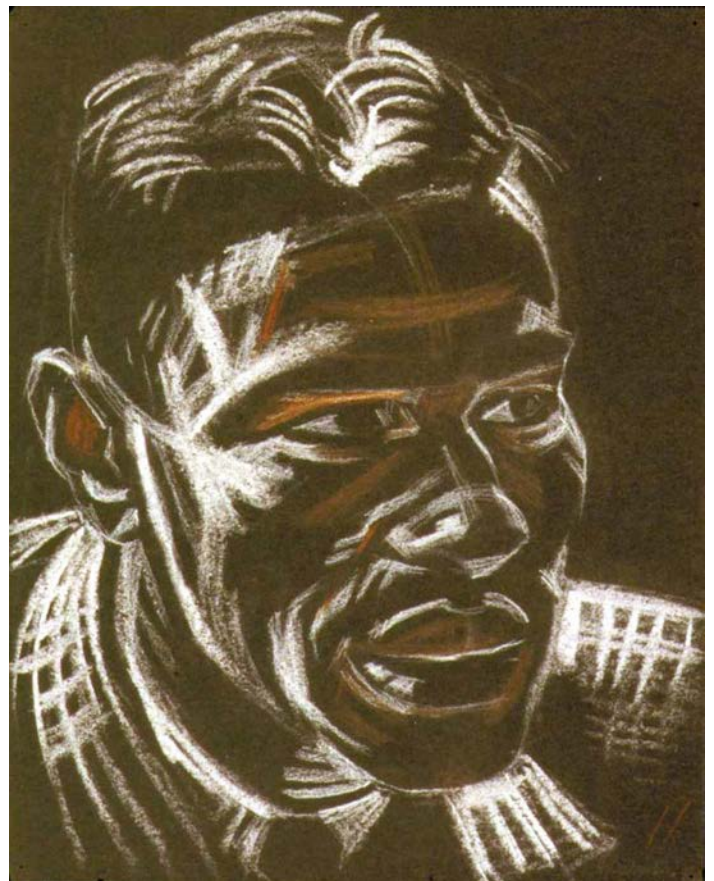
2.44

Peter Blachstein, Kreidezeichnung von Fritz Schulze, Farbige Kreide auf schwarzem Karton 1934 (KZ Burg Hohnstein), 26,5 x 34,3, Abb.

Repro: © Stiftung Sächsische Gedenkstätte, Fotograf: Lutz Liebert (TU Dresden/AVMZ)

Am 8. Mai 1933 wurde Peter Blachstein in Dresden in „Schutzhaft“ genommen, in Verhören gedemütigt und misshandelt. Als jüdischer Sozialist war er im Konzentrationslager Hohnstein der Folter der Wachmannschaften besonders ausgesetzt. Hohnstein galt in den frühen Jahren des NS-Regimes als das Lager mit der höchsten Todesrate. Blachstein verarbeitete seine Erfahrungen später journalistisch und künstlerisch. Im August 1934 kam er nach dem Tod von Reichspräsident Paul von Hindenburg durch eine allgemeine Begnadigung frei.

Der Künstler Fritz Schulze, mit dem sich Blachstein anfreundete, zeichnete ihn im Konzentrationslager Hohnstein.



2.45

Will Greiff (Peter Blachstein), Ein Prozess.
Ein deutsches Schauspiel aus dem Jahre 1934.
Abb. der Titelseite des Typoskripts, Oslo 1936
AdsD, Nachlass Peter Blachstein, Bd. 9

Das Theaterstück „Ein Prozess. Ein deutsches Schauspiel aus dem Jahre 1934“ erschien 1938 in Oslo und wurde dort aufgeführt. Blachstein veröffentlichte das autobiografische Werk über seine Haftzeit im Konzentrationslager unter dem Pseudonym Will Greiff. Er änderte auch die Namen der Haftinsassen, nicht aber die Namen der SS- und SA-Wachleute. Blachstein versprach sich vom Stück „eine starke propagandistische Wirkung“, doch es blieb bei der einmaligen Aufführung in Oslo.

„In uns lebt die Fahne der Freiheit. Deutschland ist ein großes Zuchthaus, die unterste Stufe wird Freiheit genannt. Gefesselt ist die Arbeit, der Geist und das ganze Volk. Wir werden die Ketten sprengen. Der Tag wird kommen, wenn wir ihn vorbereiten.“
Peter Blachstein – in „Ein Prozess“

2.46

Erik Blumenfeld (1915–1997), CDU,
im Fronturlaub mit seiner Mutter Ebba,
Fotografie 1940
Privatbesitz Brigitte Lichtenauer-Blumenfeld

Mehrsprachig, Abitur in Salem, geprägt von der britischen Upperclass: Erik Blumenfeld lebte das Leben der Hamburger Oberschicht. Er gehörte zur Swing-Jugend und umgab sich im Berliner Studium mit Künstlern, Filmschaffenden und einflussreichen Persönlichkeiten (darunter die Kennedys). Die Schattenseiten: Obwohl bereits der Großvater konvertiert und der Vater früh verstorben war, unterlag Blumenfeld nach 1933 den Beschränkungen eines „Halbjuden“. Das Familienunternehmen wurde „arisiert“, die Mutter musste um ihre Firmenanteile kämpfen. Die aus Dänemark stammende Ebba Möller wurde 1939 gezwungen, den Namen Blumenfeld abzulegen.

2.47

Zu- und Abgänge der Strafhaftgefangenen im Polizeigefängnis Fuhlsbüttel,
7. Januar 1943, Abb.
Staatsarchiv Hamburg, 331-1_II_7254 (Abgang)/331-1_II_7253 (Zugang)

2.48

Erik Blumenfeld bei der Einlieferung in das Konzentrationslager Auschwitz,
Häftling Nr. 87453, Fotografie bei der Registrierung, Anfang 1943

Archiv des Staatlichen Museums Auschwitz-Birkenau, POL 87453

1940 wurde Blumenfeld als „Mischling I. Grades“ aus der Wehrmacht entlassen. In Hamburg geriet er im Dezember 1942 in Gestapohaft – auch wegen Kontakten zu ausländischen Widerstandskreisen. Im Monat darauf folgte die Deportation aus dem Polizeigefängnis Fuhlsbüttel in das Konzentrationslager Auschwitz. Die Erlebnisse dort begleiteten ihn lebenslang in Albträumen. Darüber sprechen konnte er – auch mit Freunden – lange nicht.



„Ich kann nicht sagen, wie oft ich dem Tod entkommen bin, und meistens nur um Haaresbreite: Zufall, Glück – und der eiserne Wille zu überleben.“

Erik Blumenfeld

2.49

Brief von Ebba Möller Blumenfeld an ihren Sohn, 6. Januar 1943, Abb.
Archiv Yad Vashem

2.49a

**Brief von Erik Blumenfeld an seine Mutter
aus dem Konzentrationslager Buchenwald,
7. November 1943, Abb.**

Archiv Yad Vashem

Entscheidend im Kampf um ihren Sohn wurde für Ebba Möller der Kontakt zu Felix Kersten – Heinrich Himmlers Masseur. Durch Bestechung und auf direkte Intervention Himmlers erwirkte sie Blumenfelds Verlegung nach Buchenwald. Hier traf der Unternehmersohn auf Kommunisten und Sozialdemokraten – Kontakte, die teils lebenslang hielten. Erst nach einer erzwungenen Sterilisation wurde Blumenfeld im Sommer 1944 entlassen. Ebba Möller erlag kurz nach Kriegsende einem Krebsleiden. Die wenigen Überlebenden der Familie kehrten nicht nach Deutschland zurück.

2.50

**Gerd Bucerius, Erik Blumenfeld und
Helmut Schmidt beim Empfang anlässlich
Bucerius' 85. Geburtstages,
Fotografie 26. November 1991**

ullstein Bild - Ambor

Erik Blumenfeld geriet im Januar 1945 beim Versuch, einer untergetauchten Jüdin zu helfen, in Berlin erneut in „Schutzhaft“. Gerd Bucerius, der Blumenfelds Mutter anwaltlich beistand, plante eine gewaltsame Befreiung. Blumenfeld setzte dagegen erfolgreich auf die Bestechung eines Wachmanns. In den letzten Kriegswochen versteckte Bucerius ihn in seinem Altonaer Haus – der Beginn einer lebenslangen Freundschaft.

2.51

**Julius Meyer (1909–1979), VVN/SED,
zeigt die Häftlingsnummer auf seinem
Unterarm, Fotografie 1953**

ullstein bild - ullstein bild

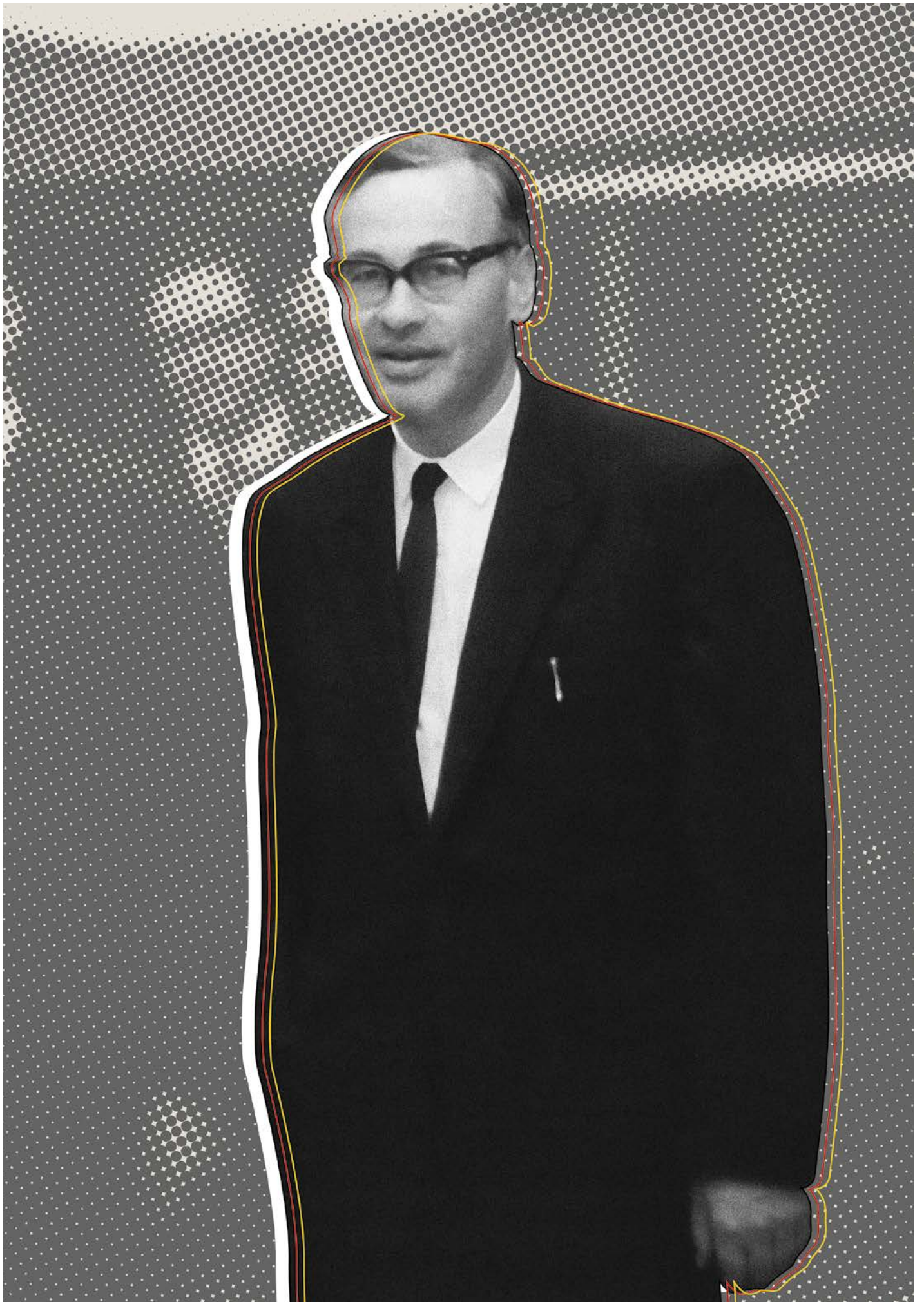
Das Foto entstand nach seiner Flucht aus der DDR nach West-Berlin

2.52

**Lebenslauf Julius Meyer für die
DDR-Volkskammer, Abb.**

BA, DA_1_1360_0478, Provis. VK, 1360, Image 478

Der spätere Volkskammerabgeordnete Julius Meyer wurde 1909 in Westpreußen geboren und war als Jude seit 1930 Mitglied der KPD. In Berlin lebte er zeitweise im Untergrund. 1943 wurde er verhaftet und deportiert. Meyer überlebte mehrere Konzentrationslager, darunter Ravensbrück und Auschwitz. Dort war er zeitweise als „Funktionshäftling“ („Kapo“) mit Ordnungs- und Aufsichtsaufgaben betraut. Er verlor einen Großteil seiner Angehörigen im Holocaust, darunter seine Frau Gerda, seinen Sohn Lothar und eine Pflegetochter, deren Eltern zuvor in Auschwitz ermordet worden waren.



B.3

Zwischen den Fronten – Peter Blachstein (1911–1977)

Peter Blachstein entstammt einer assimilierten jüdischen Familie aus Dresden und engagiert sich früh in jüdischen, später in sozialistischen Jugendorganisationen. Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten tritt er offen in den Widerstand. 1933 wird er wegen Flugblattaktionen verhaftet, gefoltert und im Konzentrationslager Hohnstein schwer misshandelt. Dabei richtet sich der Hass seiner Peiniger in besonderer Weise auf ihn als Sozialist und Jude. Lebenslang leidet er gesundheitlich unter den Folgen. Seine Erfahrungen in der Haft verarbeitet er später literarisch im Theaterstück „Ein Prozess“.

Nach der Flucht über die Tschechoslowakei kämpft Blachstein im Spanischen Bürgerkrieg gegen den Faschismus. Hier gerät er als antistalinistischer Linker zwischen die Fronten der innerparteilichen Konflikte und wird 1937 Opfer der stalinistischen Verhaftungswelle in Barcelona. Schwer krank gelingt ihm die Flucht.

1949 zieht er für die SPD in den Deutschen Bundestag ein. Dort setzt er sich für politische Gefangene in der DDR ein und warnt vor dem Hintergrund seiner Erfahrungen mit nationalsozialistischer und stalinistischer Gewalt vor totalitären Entwicklungen. Seine jüdische Herkunft thematisiert Blachstein kaum, er sieht sich in erster Linie als politisch verfolgt an.

Trotz seiner Glaubwürdigkeit bleibt Blachstein politisch isoliert. 1968 wird er Botschafter in Jugoslawien, tritt jedoch bald aus gesundheitlichen Gründen zurück. Eine Rückkehr ins Parlament bleibt ihm verwehrt. Blachstein sieht sich zunehmend als Außenseiter – auch wegen seiner jüdischen Herkunft. Er stirbt mit 66 Jahren in Hamburg.

Flucht und Exil

Ob rassistisch oder politisch im Fadenkreuz der Nationalsozialisten: Vielen blieb nur die Flucht ins Ausland, um der Verhaftung zu entgehen. Die Wahl des Exillandes richtete sich dabei meist nach den verfügbaren Visa und Einreisemöglichkeiten. Die Fluchtrouten führten mit zahlreichen Stationen durch ganz Europa – und nach Übersee.

Ein Großteil der kommunistischen Exilanten emigrierte trotz ihrer ideologischen Nähe nicht in die Sowjetunion. Die Einreise war durch die restriktive Aufnahmepolitik Moskaus und später die Frontkämpfe in Osteuropa erschwert. Zunächst emigrierten viele von ihnen nach Frankreich und in die Tschechoslowakei, später bildeten sich Zentren des kommunistischen Exils in Moskau, England, den USA, Mexiko und der Schweiz. Für die Stellung in der DDR-Führungsriege wurde später relevant, ob der Aufenthalt im West-Exil oder in Moskau gewesen war.

2.53

Ausweis des Komitees ehemaliger politischer Gefangener Hamburg, Nr. 6092 von Peter Blachstein, Abb.

AdsD, Nachlass Peter Blachstein, Bd. 1

Nach seiner Entlassung aus dem Konzentrationslager Hohnstein floh Peter Blachstein aus dem Deutschen Reich – auf Skiern über die tschechoslowakische Grenze. Zehn Jahre verbrachte er auf der Flucht und im Exil. Unter Willy Brandt war er Sekretär des „Internationalen Büros revolutionärer Jugendorganisationen“ in Oslo. Aus dieser Zusammenarbeit entwickelte sich eine enge lebenslange Bindung. 1937 nahm Peter Blachstein auf Seiten der republikanischen Armee am Spanischen Bürgerkrieg teil – und wurde Opfer einer stalinistischen Verhaftungswelle. Sechs Monate war er in einem spanischen Lager einer „viehischen Behandlung“ ausgesetzt. Er entkam über Frankreich nach Norwegen, 1940 nach Schweden. Dort schlug er sich mit Gelegenheitsarbeiten durch und verfasste unter anderem Film- und Theaterrezensionen.

2.54

Plakat zu Charlie Chaplins „The Great Dictator“, 1941

ullstein bild - United Archives

2.55

Tagebuch von Peter Blachstein, Mai–Dezember 1942, Abb.

AdsD, Nachlass Peter Blachstein, Bd. 2

Als Exilant und mit der Erfahrung eines KZ-Häftlings kommentierte 1941 Peter Blachstein in seinem Tagebuch Charlie Chaplins Film „Der große Diktator“:

„Ein schlechter Film. Chaplins Idee, die Doppelrollen eines jüdischen Friseurs und des Diktators Hitlers zu spielen, ist misslungen. [...] Das Ghetto wirkt wie ein Erholungsheim, der Diktator wie ein närrischer Spieler oder Hanswurst. Viel Mühe ist darauf verwendet, den Diktator persönlich zu zeigen [...]. Aber alle diese Momente sind unwesentlich, der private Herr Hitler ist ohne jedes Interesse, da der Diktator Hitler eine Welt verwüstet, Völker ausrottet, mordet, plündert, schändet. Und nichts an Hitler ist komisch, da seine Gestalt auf ewig mit den blutigsten Gräueln der Geschichte verbunden sein wird.“

2.56a

Porträt Jakob Altmaier (1889–1963), SPD, Fotografie 1953

Deutscher Bundestag

Als Sozialdemokrat, Jude und politischer Journalist musste Jakob Altmaier Ende März 1933 Deutschland verlassen. In den nächsten zwölf Jahren lebte er in zehn Ländern – immer auf der Flucht vor den vorrückenden Nationalsozialisten, die ihm 1939 die deutsche Staatsbürgerschaft entzogen. Er sprach Englisch, Französisch und Serbokroatisch – zu den Balkanländern verband ihn eine besondere Liebe. Im Exil als Journalist tätig, berichtete er unter anderem über den Spanischen Bürgerkrieg. Gesundheitlich angeschlagen, erlitt er 1938 in Paris einen Herzinfarkt. Während des Krieges arbeitete er für den britischen Geheimdienst. Dreißig seiner Familienangehörigen wurden im Holocaust ermordet, nur drei überlebten. 1949 kehrte er nach Deutschland zurück.

AdsD, Nachlass Jakob Altmaier, Bd. 2

66

2.57

Exilstationen Jakob Altmaier und Peter Blachstein (Karte)

Jakob Altmaier:

Ende März 1933: Paris

Bis 1937: Längere Aufenthalte in Jugoslawien, dazwischen Aufenthalt in Paris

1937/38: Berichterstatter im Spanischen Bürgerkrieg Madrid

Sommer 1939: Belgrad

Sommer 1940: Istanbul, schließlich Athen

Frühjahr 1941 bis Ende 1945: Überwiegend Kairo, dazwischen Aufenthalte in Jerusalem, Lagos, London und Algier

Peter Blachstein:

Dezember 1934: Flucht nach Prag

August 1935: Oslo (Zusammenarbeit mit Willy Brandt)

November 1936: Barcelona, Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg

Juni 1937: Festnahme durch die stalinistisch-katalanische Kommunistische Partei

Januar 1938: Flucht nach Paris

März 1938: Exil in Norwegen

April 1940: Exil in Schweden bis Kriegsende

2.58

Leo Zuckermann (1908–1985) mit Ehefrau Lydia Staloff, Vermutlich Mexiko-Stadt, Fotografie Anfang 1940er Jahre *Privatbesitz Familie Zuckermann*

Der spätere Volkskammerabgeordnete Leo Zuckermann wurde in eine jüdische Familie russisch-polnischer Herkunft geboren. Als Jugendlicher trat er aus der jüdischen Gemeinde aus und wandte sich dem Sozialismus zu. Seit dem Studium Mitglied der KPD, floh er 1933 aus Deutschland. Unter dem Namen Leo Lambert war er im kommunistischen Widerstand in Frankreich aktiv. Nach mehreren Internierungen und einem Leben im Untergrund gelang ihm 1941 die Ausreise nach Mexiko, für das er früher ein Visum erhielt als für die Sowjetunion. 1947 kehrte er auf einem sowjetischen Südfrüchtefrachter nach Deutschland zurück – mit dem Ziel: Sowjetische Besatzungszone.

2.59

Fragebogen aus der SED-Kader-Akte von Leo Zuckermann, 5. Juli 1949, Abb. BA, DY 30/92879

2.60

Leo Zuckermann, Die freien Deutschen und der Zionismus, in: „Demokratische Post“, Wochenzeitung deutscher Emigranten in Mexiko, 5. Dezember 1944, Abb. DHM/Foto: I. Desnica

Zuckermanns Selbstverständnis war das eines Kommunisten und Antifaschisten. Die Nachrichten über die massenhafte Ermordung der Jüdinnen und Juden löste innerhalb der KPD-Exilgruppe in Mexiko, vor allem im Kreis um das Politbüro-Mitglied Paul Merker, große Betroffenheit aus. Dazu zählte Zuckermann, der sich – im Gegensatz zur Linie der Parteiführung in Moskau – für einen jüdischen Staat im britischen Mandatsgebiet aussprach und sich intensiv mit der Frage beschäftigte, wie jüdische Überlebende für das erlittene Unrecht entschädigt werden könnten. Von Mexiko aus suchte er die vertriebenen deutschen Juden in Lateinamerika für den antifaschistischen Kampf zu mobilisieren.

2.61

Stefan Heym (1913–2001) in der Uniform eines Sergeants der US-Armee, Fotografie 1944/1945
Internationale Stefan-Heym-Gesellschaft

Stefan Heym (1913–2001) wurde als Helmut Flieg in eine Chemnitzer jüdische Familie geboren. Noch vor der Machtergreifung wurde er auf Druck von Nationalsozialisten wegen eines antimilitaristischen Gedichts der Schule verwiesen. Nach dem Reichstagsbrand setzte er sich in die Tschechoslowakei ab. Dort nahm er den Namen „Heym“ an. Zahlreiche Familienangehörige fanden gewaltsam den Tod, darunter sein Vater. 1935 gelang ihm mithilfe einer jüdischen Studentenverbindung die Ausreise in die USA. Ab 1943 nahm er als Angehöriger der „Ritchie Boys“, einer US-Einheit mit zahlreichen jüdischen Emigranten aus Deutschland und Österreich, am Zweiten Weltkrieg teil. In Radiobeiträgen und Flugblättern appellierte er an die Bevölkerung und Wehrmachtssoldaten, sich zu ergeben oder überzulaufen.

2.62

Stolperstein in Chemnitz für Daniel Flieg, den Vater von Stefan Heym, Abb.

Internationale Stefan-Heym-Gesellschaft/Foto: Michael Müller

Daniel Flieg beging wegen der Bedrohung durch die Nationalsozialisten Selbstmord.

2.63

Stefan Heym, Reden an den Feind, München 1986

Deutscher Bundestag, Bibliothek

2.64

Arnold Zweig (1887–1968), Fotografie in Haifa 1937

picture alliance / Fred Stein | Fred Stein

Arnold Zweig wuchs in einer jüdischen Familie im schlesischen Glogau auf. Die Auseinandersetzung mit dem Judentum prägte sein Werk tief. Das Fronterlebnis im Ersten Weltkrieg, unter anderem in Verdun, hinterließ eine pazifistische Haltung, die sein literarisches Schaffen stark beeinflusste. In der Weimarer Republik trat er für einen „zionistischen Sozialismus“ ein. 1933 – seine Bücher wurden verbrannt – floh er über die Tschechoslowakei, die Schweiz und Südfrankreich nach Haifa (Palästina). Aus Deutschland ausgebürgert, zunehmend isoliert und abgestoßen von jüdisch-nationalistischen Kräften wandte er sich vom Zionismus ab und verstärkte dem Sozialismus zu. Nach 1948 kehrte er nach Ost-Berlin zurück. In der DDR gehörte Zweig, dem im Westen die Anerkennung als Schriftsteller lange versagt blieb, fast zwei Jahrzehnte der Volkskammer an. Sein Judentum blieb zentrales Thema seines Denkens.

2.65

Arnold Zweig, Bilanz der deutschen Judenheit. Ein Versuch. Amsterdam 1934

Privatbesitz

Chronologie

Stationen der nationalsozialistischen Verfolgung 1933 bis 1945

30. Januar 1933: Adolf Hitler wird zum Reichskanzler ernannt.

27. Februar 1933: Der Reichstag brennt. Einen Tag später wird die „Reichstagsbrandverordnung“ erlassen. Sie hebt zentrale Grundrechte auf und schafft die Grundlage für Massenverhaftungen.

23. März 1933: Das „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“ (Ermächtigungsgesetz) ermöglicht Gesetze ohne Zustimmung des Reichstages.

März 1933: Erste Konzentrationslager werden errichtet, darunter das KZ Dachau.

1. April 1933: Erstmals werden jüdische Geschäfte boykottiert.

7. April 1933: Das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ schließt Jüdinnen und Juden sowie politisch Missliebige weitgehend vom Staatsdienst aus.

15. September 1935: Die Nürnberger Gesetze definieren „jüdische Abstammung“ rassistisch und verbieten Eheschließungen zwischen Juden und „Ariern“.

9. November 1938: In den Novemberpogromen werden Wohnungen und Geschäfte jüdischer Familien zerstört, Jüdinnen und Juden misshandelt und verschleppt. Jüdisches Eigentum wird enteignet.

19. September 1941: Kennzeichnungspflicht durch den „Judenstern“. Deportationen aus dem Reichsgebiet beginnen.

Ab Oktober 1941: Juden und Jüdinnen dürfen nicht mehr aus Deutschland ausreisen. Kurz darauf wird ihnen die deutsche Staatsbürgerschaft entzogen.

20. Januar 1942: Die Teilnehmer der „Wannseekonferenz“ legen den Plan zur „Endlösung der Judenfrage“ fest. Vernichtungslager wie Auschwitz-Birkenau, Treblinka und Sobibór werden zum Zentrum der Massenmorde.

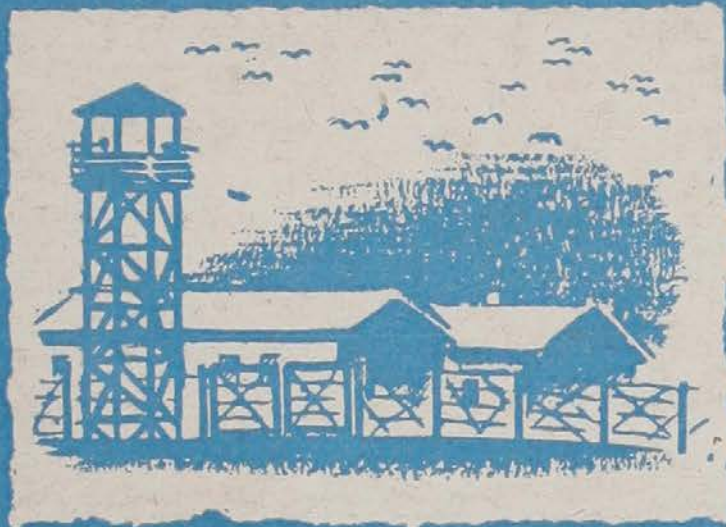
1942/43 In deutschen Städten finden Großrazzien statt. Juden und Jüdinnen werden aus dem Deutschen Reich deportiert. Widerstandsversuche wie der Aufstand im Warschauer Ghetto (April 1943) werden brutal niedergeschlagen. In ganz Europa gibt es Vernichtungsaktionen.

1945: Mit dem Vorrücken der Alliierten werden Lager wie Auschwitz, Buchenwald und Bergen-Belsen befreit. Millionen Tote und Bilder grausamer Zerstörung offenbaren einer erschütterten Weltöffentlichkeit den Vernichtungswillen des NS-Staates.

„Manches wird Ihnen grauenhaft erscheinen, aber so grausam, wie es wirklich war, das wiederzugeben, dazu ist jede Sprache zu arm.“

Jeanette Wolff

JEANETTE WOLFF



SADISMUS ODER WAHNSINN

ERLEBNISSE IN DEN DEUTSCHEN
KONZENTRATIONSLAGERN IM OSTEN

Alleinauslieferung
Großvertrieb Ernst Bretfeld, Greiz i. Thüringen



B E C K E R

**„Eine Art gläserne Wand steht immer dazwischen“:
Der schwierige Umgang mit dem Erlebten**

Kann es eine Zukunft im Land der Täter geben? Die Männer und Frauen dieser Ausstellung trafen für sich eine Entscheidung. Sie alle wollten den Neuanfang mitgestalten: wirtschaftlich, gesellschaftlich, politisch. Sie kämpften nach dem Krieg um persönliche Entschädigung, engagierten sich in der Entnazifizierung und für die gesellschaftliche Anerkennung des Leids der Opfer.

Dabei zeigt sich in ihrem privaten wie öffentlichen Umgang mit den traumatischen Erlebnissen beides: das unermüdliche Anreden gegen eine Mauer des Schweigens – und das eigene Verstummen, eine teils lebenslange Sprachlosigkeit, wenn es um die körperlichen wie seelischen Verletzungen geht.

In einer Gesellschaft aus Mitläufern, Belasteten und Tätern, in der Judenfeindschaft eine Alltagserfahrung blieb, teilten sie die Erfahrung von Erik Blumenfeld: „[...] eine Art gläserne Wand steht immer dazwischen.“

„Warum durfte gerade ich überleben? Die Antwort, wenn es überhaupt eine gibt, kann nur in unserem Tun liegen.“

Ernst Cramer an seinen Freund Erik Blumenfeld, Dezember 1983 (BArch, N 1388/36, Image 0095).

Cramer, aufgewachsen in einer jüdischen Familie, wurde nach dem 9. November 1938 zeitweise in Buchenwald inhaftiert, bevor er 1939 emigrieren konnte. Seine Angehörigen wurden deportiert und ermordet. In der Bundesrepublik prägte Cramer später den Axel-Springer-Verlag. 2006 sprach er am Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus vor dem Deutschen Bundestag.

„Ich habe mir damals geschworen, falls ich aus dieser Hölle herauskäme, dass ich an einem Wiederaufbau, an einem demokratischen Neubeginn mitwirken würde.“

Erik Blumenfeld

„Ich habe diesen Weltuntergang überstanden, lebe, bin gesund [...]. Man muss das Beste draus machen! – make the best of it war schon immer einer meiner Hauptlebensgrundsätze, und ich bemühe mich, danach zu handeln.“

Wilhelm Dröscher

„Ich bin 1947 zurückgekommen, um hier politisch mitzuarbeiten.“

Peter Blachstein

„Man kann doch nicht sagen: Ich war noch nicht geboren, dieses Erbe geht mich gar nichts an.“

Adolf Arndt

„Was uns die Zukunft bringen wird, ist ungewiss. Aber wir können es empfangen, ohne fürchten zu müssen, dass uns jemand die Hände bindet oder den Atem anhält.“

Hildegard Hamm-Brücher

Engagiertes Mahnen

In der Nachkriegsgesellschaft fanden Stimmen, die an die Verbrechen erinnerten, wenig Gehör – weil man mit der eigenen Not beschäftigt war, und auch aus Scham. Schuldabwehr und Ignoranz prägten die Jahre des „Wirtschaftswunders“. Es brauchte Allianzen und besondere Willensstärke, um sich dagegen zu stemmen und die Übernahme von Verantwortung einzufordern. Die engagierte Mahnerin Jeanette Wolff (SPD) bekannte einmal, dass ihr unermüdlicher Einsatz für andere Betroffene selbst ein Akt des Verdrängens gewesen war: um nicht ständig an den persönlich erlittenen Verlust zu denken.

„Die Devise meines Lebens war immer, als ich jung war: besser Zivilcourage als Heldentum. Als ich aus dem Konzentrationslager kam: Siehe das Leid der anderen und das eigene wird klein.“

Jeanette Wolff

3.1

Vorstandsmitglieder der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes: Walter Barthel, Heinz Galinski und Jeanette Wolff, Berlin, Fotografie 18. Januar 1949

BA Bild 183-2025-1105-500

Die 1947 gegründete „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ (VVN) war ein zonenübergreifender Zusammenschluss von Männern und Frauen des Widerstands und von NS-Verfolgten. Der VVN gehörten zunächst Kommunisten, aber auch Sozial- und Christdemokraten an, dazu jüdische und christliche Vertreter. Die Jüdin Jeanette Wolff zählte in Berlin zu den Gründungsmitgliedern. Die Blockkonfrontation im Kalten Krieg führte mit Unvereinbarkeitsbeschlüssen und Neuorganisationen von SPD und CDU schnell zur Zersplitterung der Interessenvertretung. In der DDR wurde die VVN 1953 aufgelöst und durch ein „Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer“ ersetzt. Die fortan kommunistisch geprägte Vereinigung im Westen finanzierte das SED-Regime weiter – was sie zum Beobachtungsfall des Verfassungsschutzes machte.

3.2

Protokoll der 2. Sitzung der „Notgemeinschaft der durch die Nürnberger Gesetze Betroffenen“, 23. Mai 1945, Abb.

FZH, FZH Archiv 18-1.1.1, Bd. 1

3.3

Zeitung der „Notgemeinschaft der durch die Nürnberger Gesetze Betroffenen“, Abb. Privatbesitz

In Hamburg engagierte sich auch Erik Blumenfeld für die Interessen von NS-Verfolgten: Zusammen mit Gerd Bucerius wurde er noch im Mai 1945 Beiratsmitglied und Mitfinanzier der „Notgemeinschaft der durch die Nürnberger Gesetze Betroffenen“. Blumenfeld, der sich öffentlich selbst als politisch verfolgt bezeichnete, trat für einen einheitlichen Umgang mit den NS-Opfern ein, unabhängig vom Verfolgungsgrund. Das Schicksal derjenigen, die im Nationalsozialismus als „Mischlinge“ ausgegrenzt worden waren, blieb dennoch lange im Schatten anderer Opfergruppen. Für Blumenfeld waren die Erfahrungen in Auschwitz und Buchenwald Auslöser seines politischen Engagements; er stellte diese Erfahrungen jedoch nicht ins Zentrum seines politischen Wirkens zu stellen.

3.4

Porträt Jeanette Wolff (SPD), Fotografie nach 1945 Stadtarchiv Dinslaken, Nachlass Jeanette Wolff, SP52-F036

Jeanette Wolff gehörte zu den lediglich 38 Frauen im ersten Deutschen Bundestag. Sie war die einzige Jüdin im Parlament.

Jeanette Wolff sprach früher, offener und direkter als die meisten anderen Holocaust-Überlebenden über ihre Leidensgeschichte. Politisch und rassistisch verfolgt, lenkte sie in ihrer Partei die Aufmerksamkeit immer auch auf das Schicksal jüdischer Opfer: „jene Schar von Unzählbaren, die in Öfen verbrannt und in Lagern gemartert wurden, jene unzählige Anzahl von Kindern, deren bloße Füßchen blutend durch die Schneefelder des Ostens in das Verderben hineingetappt sind – sie wussten nicht, warum sie in dieses Verderben gingen –; sie gingen nur, weil eine [jüdische] Mutter sie geboren hatte.“

„Sicher wird es immer ein beschränkter Kreis von Menschen sein, an den wir herankommen, aber um Jeden, den man gewinnen will, muss man kämpfen.“
Jeanette Wolff

3.5

Jeanette Wolff, Sadismus oder Wahnsinn. Erlebnisse in den deutschen Konzentrationslagern im Osten, Dresden 1947

Deutscher Bundestag, Bibliothek

Jeanette Wolff begann unmittelbar nach Ankunft in Berlin im Januar 1946, ihre „Erlebnisse in den deutschen Konzentrationslagern im Osten“ aufzuschreiben. Das Buch erschien 1947. So eindringlich der Titel, so nüchtern die detaillierte Beschreibung ihrer Verfolgung: Wolffs Erinnerungen gehören zu den frühesten Zeugnissen über den Holocaust. Das Niederschreiben der vergangenen Leiden half der 57-jährigen Jeanette Wolff, das Erlebte und den Verlust ihrer Familie zu verarbeiten.

3.6

Deutscher Bundestag (Hrsg.), Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages, zweite Wahlperiode, 1953

Deutscher Bundestag, Bibliothek

Jeanette Wolffs Eintrag im Amtlichen Handbuch des zweiten Deutschen Bundestages ist ein Beispiel dafür, wie offen sie mit ihrem Verfolgungsschicksal umging: Als einzige Abgeordnete erwähnte sie darin, dass sie Jüdin ist, und gibt die Zeit im Konzentrationslager an. Einträge anderer Abgeordneter enthalten zwar Hinweise auf politische Verfolgung und Exiljahre. Vielfach jedoch sind die Jahre 1933 bis 1945 in den Selbstauskünften der Abgeordneten eine Leerstelle – mit Ausnahme von Hinweisen auf den Wehrdienst im Krieg.

3.7

Briefe von Schülerinnen an Jeanette Wolff, abgebildet in: Hans Lamm (Hrsg.), Mit Bibel und Bebel. Gedenkbuch für Jeanette Wolff, Bonn 1980

Deutscher Bundestag, Bibliothek

Besonders gefielen Jeanette Wolff Begegnungen mit jungen Menschen, die sie ermutigte, ihr ohne Hemmungen Fragen zu stellen. Die meist mitfühlende Reaktion der Jugendlichen bestärkte sie in ihrer Hoffnung auf die kommende Generation: „Habt den Mut zu menschlichem Tun.“

Schweigen

Das Schweigen, das die meisten der Überlebenden umgab, konnte verschiedene Gründe haben:

Einige wollten nicht sprechen, weil sich ihr Blick nur noch nach vorne richtete – auch, um das Erlebte zu verdrängen. Weil es in einer Gesellschaft an Interesse und Empathie fehlte, in der man zwar dauernd über den Krieg redete, nicht aber über die deutschen Verbrechen. Den Opfern drohte so eine erneute Außenseiterrolle.

Andere schwiegen, die nicht sprechen konnten, weil die Zeit mit ihren Härten und Konventionen das Reden über sich und die eigenen Gefühle gar nicht kannte. Und weil das erfahrene Leid und der Schmerz vielfach zu groß, das Schamgefühl angesichts Millionen Ermordeter selbst überlebt zu haben, zu tief waren.

3.8/3.9

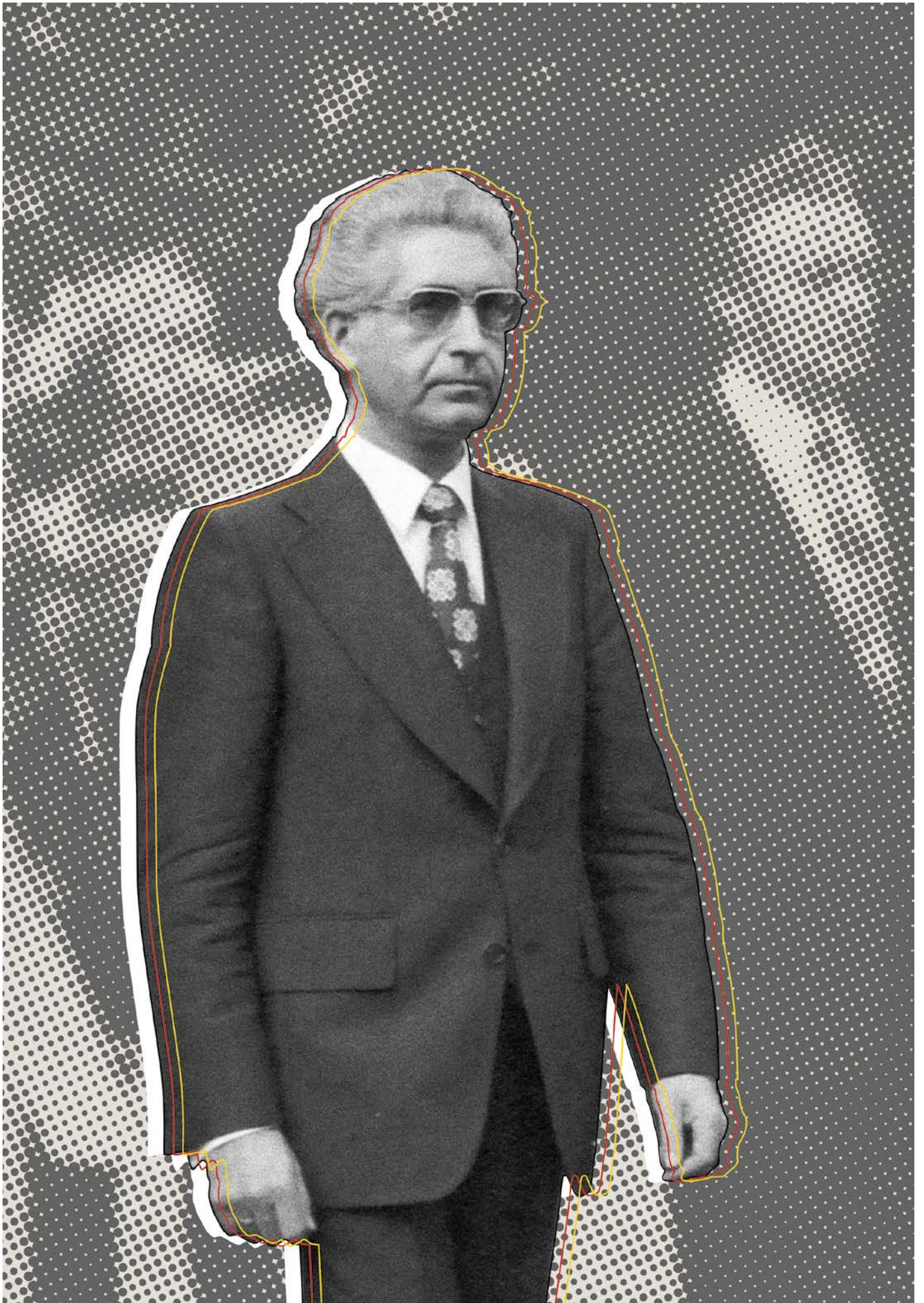
Der Düsseldorfer Oberbürgermeister Karl Arnold bestätigt Georg Schulhoff die Mitgliedschaft in der CDU und kurz darauf die Kandidatur zum Stadtrat, Abb.

Privatnachlass Esther und Tanja Schulhoff

Georg Schulhoff dachte 1945 in Düsseldorf ausschließlich nach vorne. Er verstand sich als Macher, war ohne Verbitterung oder den Wunsch nach Vergeltung. Im Umgang mit Belasteten zeigte er einen Pragmatismus, der zeittypisch war in einer Gesellschaft, die keine „Stunde null“ kannte. Aber: Was er selbst hatte erleben müssen, sollte sich niemals wiederholen dürfen. Dies wurde zum Motiv seines politischen Engagements – bei dem er sein Überleben als „Halbjuden“ im Versteck öffentlich allerdings nie thematisierte.

„Nachdem ich endlich wieder frei war, sollte ich mich an der Entnazifizierung beteiligen. Ich sagte aber: ‚Nein. Die Rache liegt bei Gott. Er hat mich sichtbar bewahrt. Ich will ihm nicht ins Handwerk pfuschen.‘ Aber dann kamen alle gelaufen und wollten von mir ‚Persilscheine‘ haben: Leute, die mich all’ die Jahre auf der Straße nicht gekannt hatten, jetzt auf einmal waren sie mir alle gut. Den kleinen Leuten habe ich geholfen, aber den großen, die ganze Handelshäuser und Fabrikanlagen an sich gerissen hatten – nein.“

Georg Schulhoff



B.4

Öffentliches Mahnen und privates Verstummen – Gerhard Jahn (1927–1998)

Gerhard Jahn wächst im nordhessischen Immenhausen als Sohn eines evangelischen Landarztes und einer jüdischen Ärztin auf. Während des Zweiten Weltkriegs wird die Familie von den staatlichen Behörden unter Druck gesetzt. Nach der Scheidung der Eltern muss die Mutter Lilli Jahn im hessischen Arbeitserziehungslager Breitenau Zwangsarbeit leisten. Sie wird 1944 in das Konzentrationslager Auschwitz deportiert und dort ermordet.

Jahn selbst bleibt als Luftwaffenhelfer unbehelligt, wird aber als „Halbjude“ im Herbst 1944 aus der Wehrmacht entlassen. Nach Kriegsende sagt Jahn im Strafverfahren gegen den Bürgermeister von Immenhausen aus, der für die Deportation verantwortlich ist. Sonst schweigt Jahn in der Öffentlichkeit bis zu seinem Tod über das Schicksal der Familie.

1949 tritt Jahn als Jurastudent in Marburg der SPD bei und übernimmt erste Parteifunktionen. 1957 wird er als Rechtsanwalt zugelassen und zieht als Abgeordneter in den Bundestag ein, dem er bis 1990 angehört. Als parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion und Vorsitzender des Ausschusses für Wiedergutmachung setzt er sich energisch für die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit und Maßnahmen gegen den Antisemitismus in der Gesellschaft ein.

Unter Bundeskanzler Willy Brandt treibt Jahn als Bundesminister der Justiz die Reform des Straf-, Ehe- und Familienrechts voran. Diese Reform prägt das Bild der sozial-liberalen Koalition nachhaltig, indem sie gesellschaftliche Modernisierung fördert und zugleich heftige Kontroversen auslöst.

3.10

Gedenkfeier und Kranzniederlegung zum Jahrestag des 20. Juli 1944 in der Gedenkstätte Plötzensee, Berlin, Fotografie 20. Juli 1973.
Hans-Günther Hoppe (MdB), Bundesjustizminister
Gerhard Jahn, Justizsenator von Berlin
Horst Korber, Leiter der Gedenk- und Bildungsstätte
Stauffenbergstraße
Hans-Ludwig Schoenthal, Ernst Schellenberg (MdB), Vizepräsident des Berliner Abgeordnetenhauses
Peter Lorenz
Landesarchiv Berlin, F Rep. 290 (06) Nr. 0163001

3.11

Einschreiben der Verwaltung des Konzentrationslagers Auschwitz an den Bürgermeister von Immenhausen, Karl Groß, 16. Oktober 1944
Privatbesitz Martin Doerry

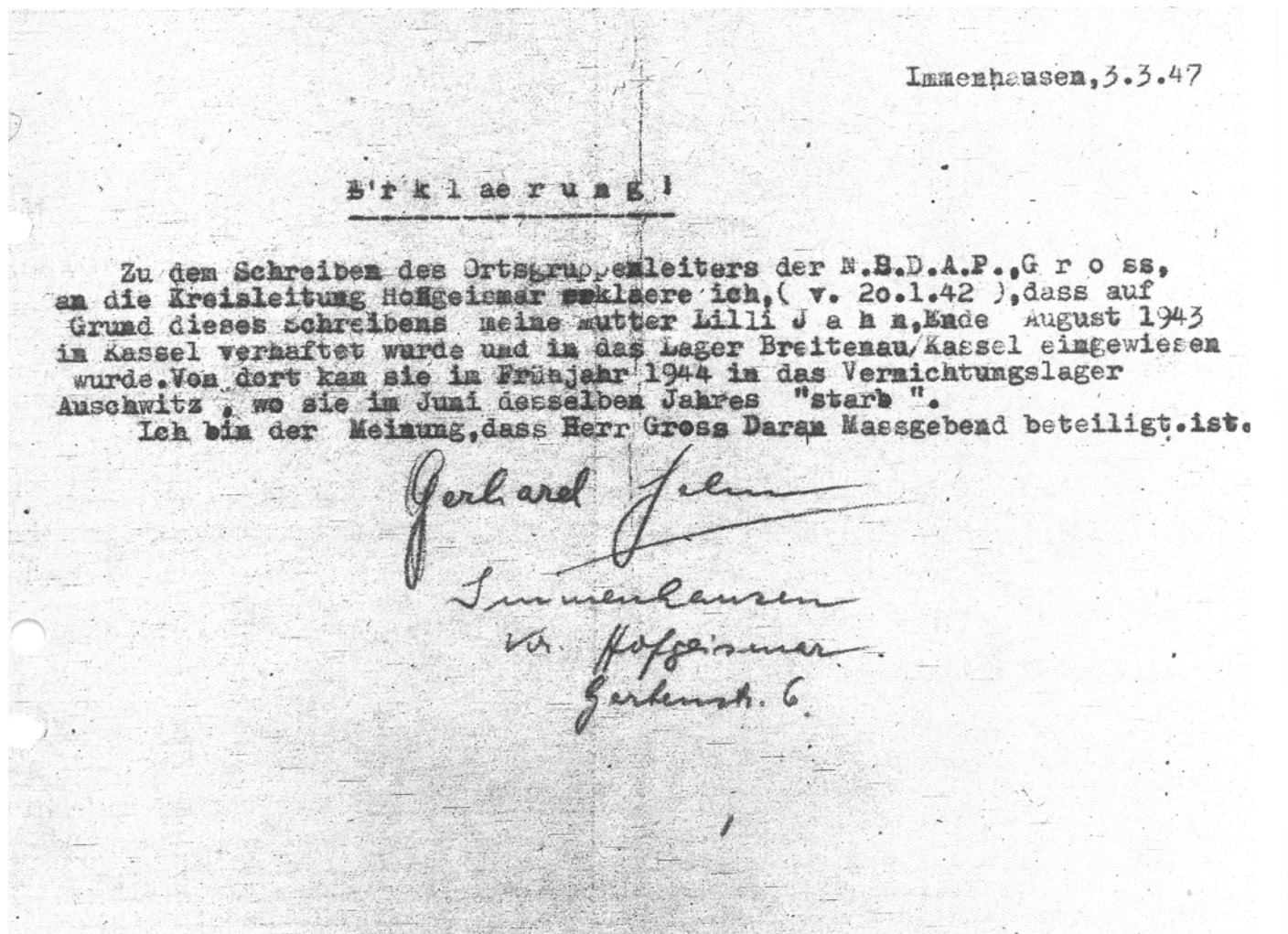
3.12

Schreiben des Bürgermeisters von Immenhausen, Karl Groß, an die NSDAP-Kreisleitung in Hofgeismar mit der Forderung nach „Abschiebung“ von Lilli Jahn, 20. Januar 1942, beglaubigte Abschrift
Privatbesitz Martin Doerry

3.13

Aussage von Gerhard Jahn (SPD) im Strafverfahren gegen den ehemaligen nationalsozialistischen Bürgermeister von Immenhausen, Karl Groß, zu dessen Verantwortung für die Deportation von Lilli Jahn in das KZ Auschwitz, 3. März 1947. Kopie
Privatbesitz Martin Doerry

Gerhard Jahn sorgte unmittelbar nach dem Krieg in der Stadtverwaltung von Immenhausen für die Sicherung von Dokumenten aus der NS-Zeit. In einem Strafverfahren belastete er den ehemaligen Bürgermeister und machte ihn für die Deportation seiner Mutter Lilli verantwortlich. Danach äußerte sich Gerhard Jahn weder im privaten Umfeld noch in der Öffentlichkeit je über das Schicksal seiner Familie. Dabei setzte er sich als Politiker für eine konsequente Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit ein, würdigte wiederholt die Widerstandskämpfer des 20. Juli und engagierte sich als Gründungspräsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft für die Aussöhnung mit dem Staat Israel.

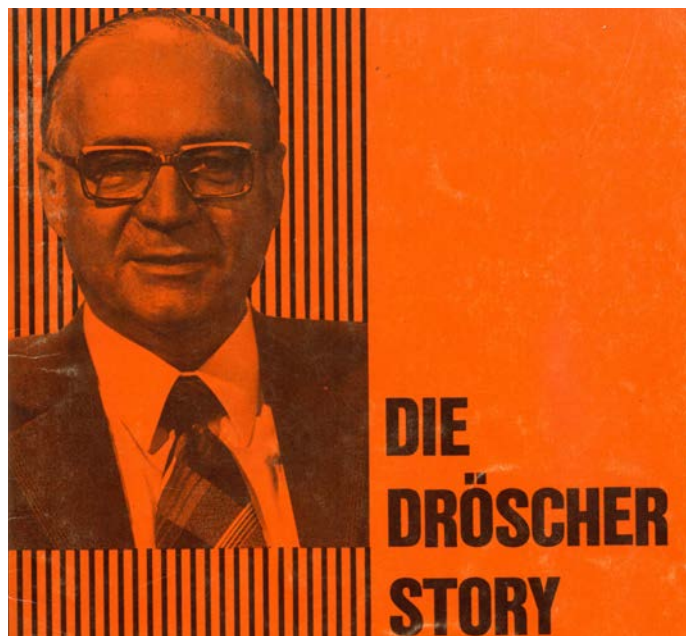


„Schlimme Kindheitserlebnisse eines Freundes [...], der zu seinen Lebzeiten darüber nie gesprochen hat. Ein Schweigen, das ich verstehen und nachvollziehen kann. Auf einem anderen Blatt steht, ob er sich nicht selbst durch ein Gespräch hätte Erleichterung verschaffen können.“

Hans-Joachim Vogel über Gerhard Jahn

3.14
Wahlkampfbroschüre „Die Dröscher Story. Die Geschichte eines außergewöhnlichen Mannes“, [Koblenz] 1976
 Privatbesitz Barbara Dröscher

„Er schleppt den langen Schatten der Vergangenheit mit sich herum“: Die Wahlkampfbroschüre des SPD-Spitzenkandidaten Wilhelm Dröscher zur Landtagswahl in Rheinland-Pfalz 1976 vermittelt einen Eindruck lebenslanger Sprachlosigkeit. Sie zeigt, bezeichnend für das gesellschaftliche Klima noch Mitte der 1970er Jahre, die prägende Rolle der Kriegserfahrung. Seine jüdische Herkunft und die erfahrene Bedrohung als „Halbjude“ thematisierte Wilhelm Dröscher hingegen nie. Auch privat blieb über seinen Tod hinaus lange unbekannt, wie er sich und seine Mutter mit einer riskanten Fälschung im Krieg geschützt hatte.



3.14a
Auszug (Übersetzung) aus den Trauungsbüchern des röm.-kathol. Pfarramtes in Wolpa, Bistum Wilna – Kopie der Fälschung
 Privatbesitz Barbara Dröscher

„Zu öffnen nach meinem Tod, allerdings nicht von meiner Frau“: Erst zwanzig Jahre nach seinem Tod wurde diese Anweisung Wilhelm Dröschers auf einem verschlossenen Briefumschlag gefunden. Darin: die Gummiplate eines offiziellen Stempels. Den Nachkommen erschloss sich die Familiengeschichte neu. Wilhelm Dröscher hatte 1942 die Abstammung seiner Mutter gefälscht, Vornamen und Konfession des jüdischen Großvaters geändert. Als nunmehr „Halbjüdin“ war sie vor der Deportation besser geschützt. Wie er an den Stempel kam, ist ungeklärt.

3.14b
Brief von Wilhelm Dröscher an seine künftige Frau Lydia, 20. August 1942, „im Osten“
 Privatbesitz Barbara Dröscher

Auszug:
 „Du wirst nun sagen, dass ich an Dir verantwortungslos handelte und hast sogar nicht ganz unrecht, denn mag die Tatsache nun ja – nach persönlicher Ansicht schlimm oder nicht schlimm sein, dass ich es Dir verschwiegen, war auf keinen Fall richtig.“

Dröscher offenbarte seiner Braut 1942 seine jüdische Herkunft. Dass er durch die Fälschung nun selbst als – in der rassistischen Diktion der Nationalsozialisten – „Mischling zweiten Grades“ galt, ermöglichte erst die Heirat und mit Sondergenehmigung Adolf Hitlers auch den Aufstieg zum Offizier „auf Kriegszeit“. Dröscher bewahrte viele Unterlagen auf, die sein Leben im Zwiespalt dokumentieren. Die Fälschung blieb aber sein Geheimnis – und sollte es für seine Frau auch über seinen Tod hinaus bleiben.

3.14c
Heiratsurkunde, 18. Dezember 1943
 Privatbesitz Barbara Dröscher

Die Heiratsurkunde weist Dröschers Mutter Frieda nunmehr als katholisch aus.

Rückerstattung

Zwischen 1947 und 1949 erließen die westlichen Alliierten für ihre Besatzungszonen Rückerstattungs-gesetze. Damit bestand ein Rechtsanspruch auf Rück-übertragung von früherem Eigentum und Vermögen sowie finanzieller Entschädigung. In der Praxis war der allerdings oft nur schwer durchsetzbar.

Das für die Unternehmerfamilie Rosenthal günstige Verhandlungsergebnis beruhte nicht zuletzt auf der Einsicht, dass eine einvernehmliche Lösung notwendig war. Außerdem spielte das Interesse aller Beteiligten am guten Ruf der international bekannten Firma eine wichtige Rolle. Auch Erik Blumenfeld blieb ein jahrelanger Rechtsstreit erspart: Die Firma Krupp, die 1938 die Firma Bd. Blumenfeld „arisiert“ hatte, gab der Familie ihren Anteil von 50 Prozent zurück – ohne Rückforderung des damaligen, durchaus fairen Kaufpreises.

Die Regel war das nicht. Die bürokratischen Wiedergutmachungsverfahren zogen sich oft in die Länge und führten zu Konflikten mit den Nutznießern des enteigneten („arisierten“) Eigentums. Manche dieser Konflikte wurden erst durch das Einschreiten der Besatzungsbehörden beigelegt.

3.15

Porzellanservice der Firma Rosenthal-Porzellan AG aus der NS-Zeit, ca. 1930er Jahre

Porzellanikon Selb

3.16

Philip Rosenthal (SPD) in britischer Uniform, Fotografie o. D. während des Zweiten Weltkriegs

Abb. aus: Hermann Schreiber/ Dieter Honisch/ Ferdinand Simoneit, Die Rosenthal Story, Menschen. Kultur, Wirtschaft, Düsseldorf 1980, S. 27

Philip Rosenthal musste wegen der jüdischen Herkunft des Vaters 1934 nach England auswandern. 1939 trat er als Kriegsfreiwilliger in die französische Fremdenlegion ein und war in Algerien stationiert. Da er nicht dem Vichy-Regime dienen wollte, versuchte er dreimal erfolglos, zu entfliehen, und wurde mit Zwangsarbeit in Steinbrüchen und Gefängnisaufenthalt bestraft. Schließlich gelang ihm 1942 die Rückkehr nach England, wo er den Namen dort lebender Verwandter („Rossiter“) annahm und als Journalist in der Propaganda-Abteilung des britischen Foreign Office sowie für den „Soldatensender Calais“ arbeitete.

3.17

Schreiben von Philip Rosenthal an den Vizepräsidenten des Bayerischen Landesamtes für Wiedergutmachung, Dr. Sebastian Endres, mit der Aufforderung, ein Klageverfahren gegen die Rosenthal-Porzellan AG einzuleiten, 27. Juli 1949, Kopie

StAN, WB III a-709

Rosenthal versuchte ab 1947, die von den Nationalsozialisten enteigneten Anteile an der Rosenthal-Porzellan AG zurückzuerlangen. Das Verfahren zur „Wiedergutmachung“ blieb lange ergebnislos. Erst nach einer Intervention der amerikanischen Besatzungsbehörde und Rosenthals Drohung mit einer Klage gegen das Unternehmen kam es im Herbst 1950 zu einem Vergleich: Die Familie erhielt eine Abfindung und wurde erneut am Unternehmen beteiligt. Philip Rosenthal wurde in den Vorstand aufgenommen – ein wesentlicher Grund für den späteren internationalen Erfolg des Porzellanherstellers.

3.18

Philip Rosenthal mit dem Industriedesigner Raymond Loewy, ca. 1954

Porzellanikon - Staatliches Museum für Porzellan in Selb & Hohenberg a.d. Eger

Der aus einer jüdischen Familie stammende und 1919 in die USA emigrierte Industriedesigner Raymond Loewy entwarf zusammen mit Richard S. Latham das Porzellanservice „Rosenthal Form 2000“, mit dem das Unternehmen nach dem Weltkrieg Anschluss an das moderne Produktdesign fand. Das elegante und zeitlose Modell wurde ab 1955 über Jahrzehnte in zahlreichen, von namhaften Künstlern gestalteten, Dekorvarianten produziert und trug maßgeblich zum wirtschaftlichen Erfolg der Rosenthal AG bei.

3.18a

Philip Rosenthal mit einer Terrine des Porzellanservices „Form 2000“, ca. 1954/55

Porzellanikon - Staatliches Museum für Porzellan in Selb & Hohenberg a.d. Eger

Philip Rosenthal trat 1950 in die väterliche Porzellanfirma ein, war ab 1952 Leiter der Design-Abteilung und ab 1958 Vorstandsvorsitzender. Auf seine Initiative hin entwickelte das Unternehmen in den 1950er und 1960er Jahren mit namhaften Künstlern neue Formen des Designs und Marketings für Porzellan- und Glasprodukte („Rosenthal Studio-Linie“). Der Name „Rosenthal“ wurde so zu einem geläufigen Begriff für zeitgemäße Tisch- und Wohnkultur.



B.5

Reformfreudiger Unternehmer – Philip Rosenthal (1916–2001)

Philip Rosenthal wächst als Sohn des Selber Porzellanfabrikanten Philipp Rosenthal in einem großbürgerlichen Milieu auf. Obwohl er ab 1932 selbst Mitglied der Hitler-Jugend ist, muss er wegen der jüdischen Herkunft des Vaters 1934 nach England emigrieren. Das väterliche Unternehmen wird 1936 von den Nationalsozialisten enteignet und unter der Leitung eines regimetreuen Vorstands weitergeführt.

Rosenthal tritt zu Kriegsbeginn 1939 in die französische Fremdenlegion ein, um gegen das NS-Regime zu kämpfen, wird aber lediglich in der französischen Kolonie in Algerien eingesetzt. Nach mehreren Fluchtversuchen gelingt ihm 1942 die Rückkehr nach England, wo er unter anderem in der Propaganda-Abteilung des britischen Foreign Office arbeitet.

1947 kehrt Rosenthal nach Deutschland zurück, um im Namen seiner Familie den Anspruch auf das frühere Eigentum geltend zu machen. In einem langwierigen Verfahren zur „Wiedergutmachung“ der erlittenen Schäden einigt sich die Familie auf einen Vergleich mit der Rosenthal-Porzellan AG: Dieser umfasst unter anderem die erneute Beteiligung am Unternehmen und die Aufnahme von Philip Rosenthal in den Firmenvorstand.

Als Bundestagsabgeordneter und zeitweiliger Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium ist Rosenthal von 1969 bis 1983 für die SPD politisch tätig. Er setzt sich besonders dafür ein, dass die Beschäftigten stärker am Eigentum der Unternehmen beteiligt werden.

3.19

Schild einer Entnazifizierungskommission, Berlin, nach 1945, Abb.

picture alliance/Fotoarchiv für Zeitgeschichte/
Archiv | Fotoarchiv für Zeitgeschichte

Nach dem Krieg wurde Jeanette Wolff als Mitglied einer Spruchkammer zur Entnazifizierung im Berliner Bezirk Neukölln tätig. Sie erlebte, wie der Versuch scheiterte, individuelle Schuld mit bürokratischen Mitteln zu ergründen und zu beweisen. „Weil man dort nur die Kleinen hatte und die Großen laufen ließ“, gab sie den Posten schließlich frustriert auf. Zeitgleich sah sich in Hamburg Erik Blumenfeld als Mitglied der „Entnazifizierungs-Zentralkommission“ Anfeindungen ausgesetzt – und in eine erneute Außenseiterposition gedrängt. Das „buchhaltungsmäßige Erfassen von Akten“, das die eigentliche Absicht umkehrte und die Deutschen als ein Volk von „Mitläufern“ entschuldigte, bewertete er rückblickend als „Schlag ins Wasser“.

„Wenn wir um das Vertrauen des Auslandes bitten, dann müssen diese beiden Aufgaben – schnellste Lösung der Entnazifizierung und gleichzeitig die Erledigung der Wiedergutmachung – gelöst werden. Wir sehen also die Wiedergutmachung als eine Art innerer Reparation an.“

Erik Blumenfeld

„Wir wollen zwar bestrafen, aber nicht rächen. Was wir wollen, ist Erziehen und Menschen zu sich selber bringen. [...] Vergiftete Seelen könne nur mit dem Gegengift restloser Aufklärung entgiftet werden“

Jeanette Wolff

„Weil aus der Denazifizierung eine Renazifizierung geworden ist, weil die Nazis wieder Trumpf geworden sind in Deutschland, weil sie wieder das wirtschaftliche Leben der Westzonen beherrschen, das staatliche und kommunale. Bis zu siebzig und achtzig Prozent aller Beamten in der Verwaltung sind ehemalige Nazis. Die Hunderttausende von Deutschen, die in der Hitlerzeit in den Konzentrationslagern [waren], die Opfer des Hitlersystems aus allen Lagern sind in die Ecke gedrückt, warten vergebens auf die zugesagte Entschädigung des erlittenen materiellen Schadens [...]“

„Siebzig, achtzig und stellenweise mehr als neunzig Prozent der Richter und Staatsanwälte der verschiedenen Länder sind ehemalige Nazis und Neo-Nazis, und so sehen auch die Gerichtsurteile aus. Als Jude zu einem Gericht zu gehen, klagen die jüdischen Gemeinden, ist eine bittere Angelegenheit. Als Nazi vor dem Richter zu stehen, wegen Zerstörung jüdischen Eigentums, Brandstiftung einer Synagoge, viehischer Misshandlung und Ermordung von Juden während der Hitlerzeit, Diebstahl von jüdischem Eigentum: lese einer die lächerlichen Strafen, die Freisprüche so vieler Naziverbrecher, höre einer das Beifallklatschen der Zuschauer im Gerichtssaal, wenn der angeklagte Nazimörder bedauert, es seien noch viel zu viel Juden übrig geblieben, und er hat die ganze Stimmung im heutigen Deutschland.“

Auszüge aus: Jakob Altmaier, Die Juden im heutigen Deutschland, 1949 (AdsD, Nachlass Jakob Altmaier, Bd. 13)

3.20

Ladung von Edith Wolff als Zeugin im Strafverfahren gegen den ehemaligen SS-Obersturmbannführer Otto Bovensiepen, 1970, Abb.

Stadtarchiv Dinslaken, Nachlass Jeanette Wolff, SP 52-82

Jeanette Wolff sagte 1948 als Zeugin im sogenannten Wilhelmstraßen-Prozess gegen 21 Minister, Gauleiter und SS-Leute aus – darunter einige, denen sie in den Konzentrationslagern selbst begegnet war. Sie zeigte sich tief enttäuscht, dass vor Gericht ihre Aussage nicht einmal verlesen wurde. Die Urteile – maximal fünf Jahre Haft – fielen aus Sicht der Überlebenden viel zu milde aus. 1970 sagten sie und ihre Tochter Edith auch im Prozess gegen SS-Obersturmbannführer Otto Bovensiepen aus. Der Gestapo-Mann war als Kriegsverbrecher in Dänemark zum Tode verurteilt worden, kam aber 1953 bereits wieder frei. 1970 wurde in Berlin ein erneutes Verfahren eingestellt, da Otto Bovensiepen aus gesundheitlichen Gründen verhandlungsunfähig war.

3.21

Prozess gegen Adolf Eichmann in Jerusalem, Fotografie, 11. April 1961

picture-alliance/dpa | dpa

Der Prozess gegen SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann in Jerusalem 1961 fand international große Aufmerksamkeit. Er gilt heute als wichtige Wegmarke für die Auseinandersetzung der Deutschen mit ihrer Vergangenheit. Ein ernüchtertes Bild vom gesellschaftlichen Klima in der Bundesrepublik zu Beginn der 1960er Jahre zeichnete dagegen Jakob Altmaier in einem Brief an den Emigranten Kurt Kersten in New York.

3.22

Brief von Jakob Altmaier an den Schriftsteller und Journalisten Kurt Kersten zum Eichmann-Prozess, 20. Juli 1961, Abb.

Leo Baeck Institut, Kurt Kersten Collection

Auszug:

„Es hat das eine Gute, dass man hören muss, was man nicht hören wollte. Ich habe noch niemanden hier gesehen, nicht einmal im Bundestag unter den SPD-Leuten, der es gewagt hätte, mich darauf anzusprechen oder auch nur den Prozess zu erwähnen. Das gilt für das ganze Volk. Niemand spricht darüber, trotzdem die gesamte Presse täglich Spalten lang darüber berichtet. Auf Geheiß! Und täglich irgendwo in der Bundesrepublik ähnliche Verhandlungen und Prozesse gegen irgendein SS-Mörder und KZ-Kannibalen. Die Massen sehen die Verbrecher und Lumpen, nehmen es stillschweigend zur Kenntnis, glauben sich selbst damit gereinigt, wenn die durch die gerichtliche Reinigungsanstalt gezogen werden. Auch das wird zu einer Lüge. ‚Verbrecher und Lumpen gibt’s ja in jedem Volk.‘ ‚Gib uns Barrabas‘. Nur nicht stören im Erwerb von Waschmaschinen, Frigidaire, Fernsehapparaten, Mopeds, Autos, Volksaktien.“

Alltagserfahrung Antisemitismus

Judenfeindschaft blieb nach 1945 eine gesellschaftliche Realität. Verunglimpfungen oder Friedhofschändungen wurden vielfach verharmlost. Zum Umdenken kam es vor allem 1959, als Hakenkreuze an die neue Synagoge in Köln geschmiert wurden. Sie sorgten für öffentliche Empörung – und eine Welle an Nachahmungstaten gerade auch durch Jugendliche. Der Deutsche Bundestag reagierte mit dem Straftatbestand der Volksverhetzung (§ 130 Abs. 1 Strafgesetzbuch), die Länder mit der Aufnahme des Nationalsozialismus in die Lehrpläne. Diejenigen, die wegen ihrer jüdischen Herkunft ausgegrenzt und verfolgt worden waren, hatten sich bereits früh alarmiert gezeigt – zumal sie teilweise selbst wieder Zielscheibe antisemitischer Anfeindungen waren.

3.23

Die von Bundeskanzler Adenauer kurz zuvor eingeweihte neue Synagoge in Köln nach der Schändung in der Nacht vom 24. auf den 25. Dezember 1959, Fotografie

picture-alliance/dpa | UPI

Unser Volk hat die Erkenntnis schon einmal zu spät erfasst, dass Völker, die mit ihren Antisemiten nicht fertig werden, am Judenhass selbst zugrunde gehen.“

Peter Blachstein, ca. 1959

„Der Rest ist Schweigen. Es wird ja immer leerer und hohler in diesem Land. Wie sich diese Menschen verschleissen und zugrunde richten, ethisch, moralisch, geistig und politisch, Du ahnst es und kennst dennoch nicht den Umfang und die Ausichtslosigkeit. Eine Tragödie sondergleichen, eine richtige Auflösung. „Dieses Land ist eine einzige Lüge“, sagte mir kürzlich Arndt, der sich nach Berlin absetzt ..., dieser jüdisch-preußisch-protestantische Kantianer und abstrakte, in den Dschungel der rheinisch-klerikalen Adenauer-Wehnerpolitik verschlagene Rechtssucher.“

Jakob Altmaier, 1961

3.24

Beschwerdeschreiben des Abgeordneten Adolf Arndt an den Präsidenten des Landgerichts in Frankfurt/Main, 3. Januar 1953, Abb.

AdsD, Nachlass Jakob Altmaier, Bd. 2

3.25

Antisemitischer Drohbrief an Jakob Altmaier, 22. Februar 1958, Abb.

AdsD, Nachlass Jakob Altmaier, Bd. 3

Exemplarisch für das Fortwirken alter Muster und Resentiments in Verwaltung und Justiz ist ein amtliches Schreiben im Entschädigungsverfahren von Jakob Altmaier vor dem Landgericht Frankfurt/Main. Sein Fraktionskollege Adolf Arndt legte für ihn deshalb 1953 beim Landgerichtspräsidenten Beschwerde ein. Antisemitische Stereotype bis hin zu offenem Hass begegneten den jüdischen Abgeordneten immer wieder. Die persönlichen Drohungen und Beleidigungen erreichten ein teils unerträgliches Maß. Im Nachlass von Jakob Altmaier fand sich dieser judenfeindliche Bürgerbrief, adressiert „An Jakob Altmaier, Landesverräter“.

3.26

„Zum Thema Hakenkreuze“ – Stellungnahme von Erik Blumenfeld zur antisemitischen Welle 1959, 20. Januar 1960, Abb.

BA, N 1388/44, Image 0765, 0767, 0769

Der Auschwitz-Überlebende Erik Blumenfeld nahm am 20. Januar 1960 öffentlich Stellung zur Welle antisemitischer Schmierreien. Bemerkenswert: Er kritisierte die Versäumnisse in der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit – und personelle Kontinuitäten im Staat. Gemeint war der NS-belastete Bundesminister Theodor Oberländer.

„Revolutionäre Ereignisse sind den Deutschen nicht gerade in die Wiege gelegt und deshalb ist es uns nicht gelungen, wie in Italien und teilweise in Frankreich, ehemalige Nazis aufzuhängen oder einfach an die Wand zu stellen. Das hätte 1945 sofort passieren müssen, später war es nicht mehr machbar. Ich will nicht sagen, Auge um Auge, Zahn und Zahn, aber wenn man sich von etwas wirklich frei machen will, muss man es so wegschütten, dass es nicht mehr auferstehen kann.“

Erik Blumenfeld, 1989

Judentum und Israel

3.27

Jeanette Wolff im Kreis des Zentralrats der Juden in Deutschland

Aus Martina Weinem, Jeanette Wolff – „es gehört mehr Mut zur Liebe als zum Hass“. In Der andere Blick, FrauenLeben in Dinslaken, hrsg. vom Frauengeschichtskreis Dinslaken, Essen: Klartext Verlag 2001, S.159.

Das Foto zeigt Jeanette Wolff als einziges weibliches Vorstandsmitglied im Zentralrat.



3.28 Urkunde zum 85. Geburtstag von Jeanette Wolff, überreicht von der Jüdischen Gemeinde Berlin, 22. Juni 1973

Stadtarchiv Dinslaken, Nachlass Jeanette Wolff,
SP 52-48

Jeanette Wolff war als jüdische Frau in der frühen Bundesrepublik auf vielen Gebieten eine Pionierin: Als erste Frau wurde sie 1965 Vizepräsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland. Von 1952 bis 1961 war sie Vorsitzende der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland. Hier erfuhr sie aus erster Hand von den Nöten der jüdischen Überlebenden in Deutschland. 1953 gründete sie den Jüdischen Frauenbund neu, in dem sie bis zu ihrem Tod aktiv blieb.

3.28a

„Jeanette-Wolff-Medaille“ der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Berlin, Abb.

Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammen-
arbeit in Berlin e.V.

Mit der Auszeichnung würdigt die Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Berlin seit 2019 Personen oder Institutionen, die sich in besonderer Weise für die Verständigung, gegenseitige Achtung und Zusammenarbeit zwischen Juden und Christen eingesetzt haben. Jeanette Wolff engagierte sich in verschiedenen zivilgesellschaftlichen und religiösen Organisationen. 1949 begründete sie die Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Berlin mit, die bis heute von einem jüdischen, einem katholischen und einem evangelischen Vorsitzenden geführt wird. Auch Erik Blumenfeld trat der Gesellschaft 1957 bei – nach langem Zögern und mit erheblichen Zweifeln an der erhofften Wirkung der Vereinigung gegen den Antisemitismus in der Bevölkerung.

3.29

Jeanette Wolff (SPD) während eines Israel-Besuchs, Fotografie

Stadtarchiv Dinslaken, Nachlass Jeanette Wolff,
SP 52-56

Israel – in mehreren Biografien der hier porträtieren Abgeordneten kommt dem jüdischen Staat ein besonderer Stellenwert zu. Die Jüdin Jeanette Wolff reiste als Bundestagsabgeordnete 1956 erstmals durch Israel, überwältigt von dem spürbaren Aufbruchswillen, den neu entstehenden Stadtvierteln, der Menschlichkeit und Wärme in dem Land. Enge Verbindungen zu Israel pflegten auch Abgeordnete ohne eigene jüdische Identität, die aber wegen ihrer jüdischen Herkunft Verfolgung erlitten hatten, vor allem Erik Blumenfeld. Gerhard Jahn pflanzte 1962 bei einem privaten Besuch der Gedenkstätte Yad Vashem in Erinnerung an seine Mutter Lilli Jahn zwei Bäume im Wald der Märtyrer. 1966 besuchte auch Peter Blachstein erstmals das Land. In seiner Jugend hatte er leidlich Hebräisch gelernt. Jetzt zeigte er sich verwundert, wie viele Menschen in Tel Aviv Deutsch sprachen.

3.30

Verleihung der Ehrendoktorwürde an Erik Blumenfeld in Haifa, Fotografie 1992 *Privatbesitz Brigitte Lichtenauer-Blumenfeld*

Erik Blumenfeld zählte zu den entschiedenen Fürsprechern der deutsch-israelischen Annäherung. Als Sonderbeauftragter der Bundesregierung hatte er großen Anteil an der Aufnahme diplomatischer Beziehungen beider Länder gehabt. Für das säkulare Israel trat er später auch im Europaparlament vehement ein. In Israel konnte Blumenfeld als Auschwitz-Überlebender unbefangener als andere Deutsche auftreten. 1981 vermittelte er zwischen Helmut Schmidt und Israels Premier Menachem Begin – nicht zuletzt mit dem Hinweis auf Schmidts jüdischen Großvater. Blumenfeld besaß später in Israel ein Haus in der Nachbarschaft zu den Familien Rabin und Weizmann, zu denen er enge Beziehungen pflegte. Er erhielt 1992 in Haifa die Ehrendoktorwürde. In Galiläa erinnert ein Hain an den Brückenbauer – gestiftet von der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, deren Präsident Blumenfeld lange war.



„Meine Großeltern lebten noch fest im jüdischen Glauben und waren sehr religiös. Das wirkt natürlich nach. Aber meine eigentlichen, tiefergehenden Beziehungen zum Judentum haben sich erst während der Zeit der Inhaftierung und des Lagerlebens ergeben. ... [Ich bin] dem jüdischen Leben und Religionsempfinden sehr viel näher gekommen und habe gesehen, wie der jüdische Glaube den Menschen geholfen hat, über diese Zeit hinwegzukommen.“

Erik Blumenfeld im Interview mit Herlinde Koelbl 1989 (BArch, N 1388/64, Image 0475, 0477, 0479, 0481, 0483 0485)

3.31

Gründungsversammlung der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, Fotografie 19. Juni 1966 *picture alliance / dpa | Chris Hoffmann*

Im Bild: Der Regierende Bürgermeister von Berlin Willy Brandt, der Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Gerhard Jahn und Adolf Arndt.

Kurz nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel wurde 1966 die Deutsch-Israelische Gesellschaft (DIG) gegründet. Ihr Ziel war es, die persönlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern zu vertiefen und den Frieden im Nahen Osten zu fördern. Die Geschichte der DIG ist eng verknüpft mit Abgeordneten jüdischer Herkunft: Gerhard Jahn war ihr Gründungspräsident, auf ihn folgten Ernst Benda und später langjährig Erik Blumenfeld.

Rückkehr in die SBZ/DDR

Ein großer Teil der jüdischen Rückkehrer sah nach dem Zweiten Weltkrieg die Zukunft Deutschlands in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ). Die überzeugten Kommunisten unter ihnen verstanden sich als Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime und nicht primär als rassistisch verfolgt. Vom Jüdischsein hatten sie sich oftmals in jungen Jahren und in teils schmerzhaften familiären Auseinandersetzungen gelöst. Beim Aufbau des Sozialismus hoffte man, dass eine Gesellschaft mit gleichen Rechten für alle den Antisemitismus ein für alle Mal beenden würde. Im antifaschistischen Gründungsmythos der DDR spielten jüdische Opfer allerdings keine Rolle – auch wenn es immer wieder nicht zuletzt literarische Versuche gab, an die Besonderheit der Judenverfolgung zu erinnern.

3.32

Leo Zuckermann (mit Sombrero) als Passagier der „Marschall Goworow“ auf dem Weg von Mexiko nach Deutschland, Fotografie 1947

BA BildY 10-1524-01

Leo Zuckermann zuvor aus dem mexikanischen Exil an Franz Dahlem, den Leiter der Kaderabteilung der SED in Berlin, 27. Mai 1946

„Fast alle Freunde, die hier nach Mexiko gekommen sind, brennen darauf, möglichst bald zurückzukommen und an der Aufbauarbeit teilzunehmen. Alles, was wir während unseres Aufenthalts hier gemacht haben, um unseren Teil am Kampfe gegen den Faschismus beizutragen, erscheint jetzt als eine Angelegenheit zweiter Ordnung, da die Hirne sich bereits bei Euch in Berlin befinden. [...] Wir haben ein Hilfskomitee aufgebaut, für die Kinder und für die Opfer des Nazismus in Deutschland.“



3.33

Ausweis der Volkskammerabgeordneten Margarete Wittkowski, 1. Wahlperiode der Volkskammer (1950–1954), Abb.

BA, Bestand DA 1, Aktendeckel: A-1 Volkskammer, I. Wahlperiode, 1952, 1376

Margarete Wittkowski (1910-1974), in eine jüdische Familie geboren, überlebte als KPD-Mitglied im Exil in der Schweiz und in England. Ihre Mutter wurde in Auschwitz ermordet. Als jüdischer Westemigrantin blieb ihr die Funktionärskarriere zunächst verwehrt, später stieg sie als einzige Frau auf zur stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats, der Regierung der DDR. In den 1950er- und 1960er Jahren war sie Mitglied der Volkskammer und ab 1967 Präsidentin der Staatsbank.

„Ich hatte einen einzigen Wunsch – wie ich meine, verständlich nach so vielen Jahren – ich wünschte, [...] etwas zu tun, um die Wirtschaft in Gang zu bringen und am Aufbau eines neuen antifaschistisch-demokratischen Staates mitzuarbeiten.“

Margarete Wittkowski

Antisemitismus im antifaschistischen Staat

Was es offiziell nicht geben durfte, lebte gleichwohl auch in der DDR-Bevölkerung fort: Es kam zu Friedhofsschändungen und judenfeindlichen Schmierereien. Die von Juden in den Sozialismus gesetzte Hoffnung traf in der spätstalinistischen Ära zudem auf einen staatlich gesteuerten Antisemitismus. Besonders Rückkehrer aus dem „West-Exil“ wurden verdächtigt, „prozionistische“ oder „amerikanische Agenten“ zu sein. Im Zentrum: der Funktionär Paul Merker, der sich für Entschädigungen von Holocaust-Überlebenden eingesetzt hatte und zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Mehrere hundert Juden und Jüdinnen flohen im Zuge dieser staatlichen Antisemitismuswelle aus der DDR. Die Bundesrepublik begegnete ehemaligen Funktionären unter ihnen abweisend, wie der Entschädigungsfall des Auschwitz-Überlebenden und Volkskammerabgeordneten Julius Meyer zeigt.

3.34

Propagandaplakat am Thälmann-Platz in Berlin-Mitte auf dem Höhepunkt der staatlichen antijüdischen Kampagne, Fotografie 1952

Landesarchiv Berlin, Bild-Nr. 363233/Foto: Richard Perlia

3.35

Alexander Abusch (1902–1982) bei der 1. Jahreskonferenz des Deutschen Schriftstellerverbandes, Fotografie 1966

BA Bild 183-E1114-0201-004/Foto: Klaus Franke

3.36

Auszug aus dem Bericht von Alexander Abusch über Paul Merker, 2. März 1953, Abb.

BA, DY 30/92881-0405 und 0407

Zu den frühen Verdächtigten „prozionistischer“ Betätigung gehörte Alexander Abusch. In Krakau in eine jüdische Familie geboren, wandte sich Abusch schon früh vom Judentum ab und engagierte sich im kommunistischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Als Kulturfunktionär und Mitglied des Sekretariats des Politbüros wurde er im Juli 1950 aller Ämter enthoben und als Westemigrant der Zusammenarbeit mit dem CIA verdächtigt. Im Parteiausschlussverfahren distanzierte sich Abusch von allen Wiedergutmachungsüberlegungen für jüdische NS-Opfer und denunzierte frühere Genossen, darunter viele jüdischer Herkunft. Er durfte in den Kreis der Partei zurückkehren, wurde Mitglied der Volkskammer und machte Karriere im Zentralkomitee [ZK] der SED. 1958 wurde er DDR-Minister für Kultur.

3.37

Rücktrittsgesuch von Leo Zuckermann als Leiter der Präsidialkanzlei, 27. November 1950, Abb.

BA, DY 30/92879, Image 101

3.38

Aus der Kaderakte von Leo Zuckermann: handschriftliche Notiz über seine Flucht, 15. Dezember 1952, Abb.

BA, DY 30/92879, Image 47

Leo Zuckermann übernahm nach seiner Rückkehr aus dem mexikanischen Exil hochrangige Funktionen in der SED – bis auch er in den Fokus der Parteisäuberungen geriet. Als Westemigrant und Jude war er doppelten Verdächtigungen ausgesetzt. Sein früheres Engagement für die Wiedergutmachung der jüdischen Opfer und seine enge Zusammenarbeit mit Paul Merker wurden ihm zum Verhängnis. 1950 musste Zuckermann als Leiter der Präsidialkanzlei des DDR-Präsidenten Wilhelm Pieck zurücktreten. Unter dem Druck der antisemitischen Verdächtigungen bezeichnete er es als Fehler, nach seiner Rückkehr der jüdischen Gemeinde beigetreten zu sein. 1952 floh er aus der DDR – dem Land, das er aktiv mitgestaltet hatte.

3.39

Julius Meyer in der Synagoge Rykestraße in Berlin, Fotografie 3. Mai 1949

ullstein bild - ullstein bild

Unter den Volkskammerabgeordneten mit jüdischer Biografie ragt Julius Meyer heraus. Auch als Kommunist hielt er an einer religiösen und kulturellen Identität als Jude fest. In der Jüdischen Gemeinde von Groß-Berlin saß das SED-Mitglied seit 1946 im Vorstand, 1952/53 war er Präsident des Verbands der Jüdischen Gemeinden in der DDR. Als Vorstandsmitglied der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) gehörte er seit 1949 der Volkskammer an. In der spätstalinistischen antisemitischen Kampagne verhalf er in Absprache mit dem Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde zu West-Berlin, Heinz Galinski, zahlreichen Jüdinnen und Juden zur Flucht in den Westen. Er selbst setzte sich nach West-Berlin ab. Dort prallte die Logik der Verwaltung auf die politischen Grundsätze des Kalten Krieges – und auf den deutsch-deutschen Systemkonflikt: Als ehemaliger DDR-Funktionär blieb der Auschwitz-Überlebende von Entschädigungsleistungen ausgeschlossen.



**„... eine andere Welt schaffen“: Aufarbeiten der Vergangenheit –
das Parlament als ein Sprech- und ein Schweigeraum**

Das Grundgesetz gab die Antwort auf die nationalsozialistische Gewaltherrschaft. Gleichzeitig prägten den Neuanfang in der politischen Praxis Amnestiegesetze und die Rückkehr auch von NS-belasteten Beamten in den Staatsdienst („131er-Gesetz“).

„Kommunikatives Beschweigen“: In diese Formel fasste der Philosoph Hermann Lübbe den Integrationsprozess der Deutschen in die demokratische Ordnung kurz nach dem Holocaust. Persönlich wurde es im Umgang mit der NS-Vergangenheit selten. Ungesagt blieb, was auch unausgesprochen vielfach bekannt war. Die Last dieser Tabuisierung trugen die überlebenden Opfer.

Debattiert wurde im Deutschen Bundestag intensiv: über „Wiedergutmachung“ und die Entschädigung der Opfer – und darüber, ob die Verbrechen der Täter verjähren dürfen. Abgeordnete, die wegen ihrer jüdischen Herkunft verfolgt worden waren, nahmen daran regen Anteil – in der Regel aber, ohne das selbst erlittene Leid zu thematisieren. Das Parlament war in der Auseinandersetzung um das Erbe des Nationalsozialismus beides: ein Sprech- und ein Schweigeraum.

Die Volkskammer der DDR, der prominente jüdische Remigranten angehörten, bot als Scheinparlament für kontrovers geführte Debatte keinen Raum. In der Systemkonkurrenz des Kalten Krieges blieb der Umgang mit Opfern und Tätern aber auch für den „realexistierenden Sozialismus“ relevant.

Keine „Stunde null“ – das Personal im Deutschen Bundestag

Die NSDAP wurde mit dem alliierten Kontrollratsgesetz Nr. 2 im Oktober 1945 verboten. Bei Kriegsende gehörte der Partei jeder fünfte erwachsene Deutsche an. Der Neuanfang in den Institutionen vollzog sich vielfach mit NS-belastetem Personal.

Die Auswahl der politischen Führungskräfte stand unter alliierter Kontrolle und verlief – anders als in Justiz und Verwaltung – transparenter und demokratischer. Das Parlament war so kein Abbild der Gesellschaft: In den ersten Wahlperioden saßen im Bundestag zahlreiche Abgeordnete mit politischer Vorerfahrung aus der Weimarer Republik, darunter viele Verfolgte und Remigranten.

Skandale der ersten Wahlperiode zeigen jedoch schlaglichtartig: Opfer des NS-Regimes trafen auch hier auf Mitläufer, Belastete, frühere NSDAP- bzw. SA- und SS-Mitglieder. Und: Die Zahl ehemaliger NS-Parteigänger unter den Abgeordneten nahm in den folgenden Wahlperioden noch einmal zu.

4.1

Konrad Adenauer (CDU), Kurt Schumacher (SPD) und Carlo Schmid (SPD), Bundeshaus, Fotografie September 1949
BA, B 145 -Bild P107549

Die erste Regierungserklärung von Konrad Adenauer (CDU) löste im September 1949 bereits eine Debatte über den Umgang mit der Vergangenheit aus. Als „zu matt und zu schwach“ kritisierte Oppositionsführer Kurt Schumacher (SPD) im Parlament die Aussagen des Bundeskanzlers über die jüdischen Opfer im Nationalsozialismus. Kurz darauf bekannte sich Adenauer in einem Interview mit der „Allgemeinen Wochenzeitung der Juden in Deutschland“ zur Pflicht des deutschen Volkes, „das Unrecht, das in seinem Namen durch ein verbrecherisches Regime an den Juden verübt wurde“, wiedergutzumachen. In seiner Amtszeit wurden wichtige Weichen dazu gestellt. Nach teils schmerzhaften Debatten in den folgenden Jahrzehnten setzte sich als Verständnis in der Gesellschaft auch durch: Der Völkermord an den europäischen Jüdinnen und Juden wurde nicht nur im Namen, sondern von Deutschen begangen.

„Für mich war dies die große Enttäuschung. Sollte ich vergebens nach Deutschland zurückgekehrt sein?“

Jakob Altmaier (SPD) 1949 nach der ersten Regierungserklärung von Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU)

4.2

Porträtfotografie Hans Troßmann (1906–1993), Direktor beim Deutschen Bundestag von 1949 bis 1970
Bundesregierung

Bislang wurde wenig erforscht, wie viele frühere NS-Funktionsträger in der Verwaltung des Deutschen Bundestages weiterarbeiteten. Aufmerksamkeit fand Mitte der 1960er Jahre eine Kontroverse um den langjährigen Direktor beim Deutschen Bundestag. Die von der DDR mitfinanzierte, in der Bundesrepublik vom Verfassungsschutz beobachtete Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) thematisierte Hans Troßmanns Mitgliedschaft in der NSDAP und seine Kriegstätigkeit in der Preisüberwachungsstelle Litzmannstadt (polnisch Łódź). Exemplarisch für die Widersprüchlichkeiten der Zeit: Der Verwaltungsjurist war Sohn des Reichstagsabgeordneten Karl Troßmann (Bayerische Volkspartei), der als erklärter Gegner Hitlers dennoch mit seiner Fraktion für das Ermächtigungsgesetz gestimmt hatte – und danach kurzzeitig in Schutzhaft saß.

4.3

Fritz Rößler (SRP) alias Dr. Franz Richter vor dem Bonner Landgericht, Fotografie 1952
picture-alliance / dpa | Brock

Im ersten Deutschen Bundestag saß für die rechts-extreme „Sozialistische Reichspartei“ (SRP) der Abgeordnete Fritz Rößler – unter dem falschen Namen „Dr. Franz Richter“. Rößler, ehemals Mitarbeiter der NSDAP-Reichspropagandaleitung, galt bei Kriegsende als vermisst. 1946 ließ er sich mit falscher Identität bei einem Standesamt eintragen. 1952 wurde er enttarnt – und der Urkundenfälschung überführt, als er sich im Bundeshaus unter falschem Namen in die Anwesenheitsliste eintrug. Er erhielt eine mehrmonatige Gefängnisstrafe; die SRP wurde später verboten.

4.4

Wolfgang Hedler (1899–1986), u. a. Deutsche Reichspartei, beim Verlassen des Bundestages in Bonn – mit Platzwunde am Kopf nach einer Auseinandersetzung mit SPD-Abgeordneten, Fotografie 1950
ullstein bild – ullstein bild

Handgreiflichkeiten im Parlament: Der Abgeordnete Wolfgang Hedler war wiederholt mit rechtsradikalen und antisemitischen Parolen in der Öffentlichkeit aufgefallen. Er wurde zwar wegen Verleumdung und Beleidigung angeklagt, jedoch vom Landgericht Kiel freigesprochen. Zwei der drei Richter hatten der NSDAP angehört. Als Hedler im März 1950 im Bundestag erschien, schloss ihn Bundestagspräsident Erich Köhler von der Sitzung aus. Hedler begab sich für ein Interview in einen Ruheraum des Bundeshauses, wurde jedoch von SPD-Abgeordneten, an der Spitze Herbert Wehner, gewaltsam hinausgedrängt. In einem jahrelangen Rechtsstreit wurden die SPD-Abgeordneten zur Zahlung von Schmerzensgeld verurteilt.

4.5

Schreiben des schleswig-holsteinischen Justizministers Rudolf Katz an Jakob Altmaier (beide SPD), 3. Januar 1950, Abb.

AdsD, Nachlass Jakob Altmaier, Bd. 4

Jakob Altmaier (SPD) trat im Prozess gegen Hedler als Nebenkläger auf. Der schleswig-holsteinische Justizminister Rudolf Katz ermunterte ihn dazu. Katz, der als Sozialdemokrat im Exil überlebt hatte, war selbst jüdischer Herkunft und 1930 aus der jüdischen Gemeinde ausgetreten. In die juristische Auseinandersetzung war ebenso Adolf Arndt (SPD) involviert: Im Schmerzensgeldverfahren legte er für die sozialdemokratischen Abgeordneten erfolglos Berufungsklage ein. Die SPD scheiterte auch mit dem Versuch, im Nachgang der „Affäre Hedler“ ein „Gesetz gegen die Feinde der Demokratie“ im Bundestag zu verabschieden.

4.6

Hildegard Hamm-Brücher (FDP) im Wahlkampf zum Bayerischen Landtag, Fotografie 1970

IfZArch, ED 379/1364,BA-012192



4.7

Schreiben der Landtagsabgeordneten Hildegard Hamm-Brücher (FDP) an den Bayerischen Ministerpräsidenten Alfons Goppel (CSU), 21. Juni 1964, Abb.

IfZArch, ED 379-7-173

Hildegard Hamm-Brücher, die ihre politische Laufbahn zunächst in der Kommunal- und Landespolitik begann, setzte sich bereits im Bayerischen Landtag gegen Tendenzen zur Verharmlosung der NS-Vergangenheit ein. 1964 geriet der bayerische Kultusminister und Staatsrechtler Theodor Maunz unter öffentlichen Druck, als seine frühen, den nationalsozialistischen Staat verherrlichenden Schriften bekannt wurden. Eine Anfrage Hamm-Brüchers an den Bayerischen Ministerpräsidenten wurde nur ausweichend beantwortet. Nach Protesten aus den Reihen des Landtages erklärte Maunz seinen Rücktritt als Staatsminister. Er blieb aber Hochschullehrer an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

4.8

Postkarte mit unbekanntem Absender an die Landtagsabgeordnete Hildegard Hamm-Brücher (FDP), 25. Juni 1964, Abb.

IfZArch, ED 379-360-7

Hamm-Brüchers Eintreten für eine konsequente Aufarbeitung der Vergangenheit ehemaliger Funktionäre und Amtsträger des NS-Regimes wurde von vielen begrüßt, stieß aber in der bayerischen Öffentlichkeit auch auf Kritik.

„Seit Jahren beeilen sich die Bundesregierung und parteilich ähnlich zusammengesetzte Landesregierungen, hektisch jeden fallen zu lassen, gegen den irgendeine inkompetente Stelle irgendeinen inkompetenten Vorwurf wegen seiner Vergangenheit erhebt – und zwar immer gerade dann, wenn es opportun erscheint.“

Bayerischer Rundfunk, Politische Redaktion, Kommentar der Woche von Winfried Martini, 11. Juli 1964, 19:15–19:30 Uhr



B.6

Streitbare Liberale – Hildegard Hamm-Brücher (1921–2016)

Hildegard Hamm-Brücher wächst als Vollwaise in den 1930er Jahren bei ihren Großeltern in Dresden auf. Wegen ihrer jüdischen Großmutter muss sie das Internat in Schloss Salem verlassen, kann aber 1939 in Konstanz das Abitur ablegen. Während des Zweiten Weltkriegs studiert sie in München Chemie bei dem Nobelpreisträger Prof. Heinrich Wieland. Nach eigener Aussage schützt er sie vor den Nachstellungen der Gestapo. Hier lernt sie auch Mitglieder der Gruppe „Weiße Rose“ um die Geschwister Scholl kennen – ohne jedoch von deren Widerstandsaktivitäten zu wissen. Zwei Brüder sind in dieser Zeit zur Zwangsarbeit bei der „Organisation Todt“ eingesetzt.

Nach Kriegsende arbeitet Hamm-Brücher zunächst als Journalistin, bis sie – unterstützt von Theodor Heuss und Thomas Dehler – ab 1948 als Stadträtin in München und ab 1950 als Abgeordnete im Bayerischen Landtag für die FDP politisch tätig wird. Hamm-Brücher wirbt für eine Bildungs- und Kulturpolitik der Chancengleichheit für alle sozialen Schichten und wendet sich dagegen, dass ehemalige Nationalsozialisten wieder in öffentlichen Ämtern eingesetzt werden.

In der Bundespolitik wirkt Hamm-Brücher in der Zeit der sozial-liberalen Koalition als Staatssekretärin im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (1969–1972) und im Auswärtigen Amt (1976–1982) sowie als Bundestagsabgeordnete (1976–1990). Wiederholt bezeichnet sie die zögerliche Aufarbeitung der NS-Vergangenheit als eine Belastung für die demokratische Kultur der Bundesrepublik. 1994 kandidiert sie als Bundespräsidentin.

Aufarbeitung im Zeichen des Ost-West-Konflikts

Die Aufarbeitung des Nationalsozialismus geriet früh ins Fahrwasser des eskalierenden Ost-West-Konflikts.

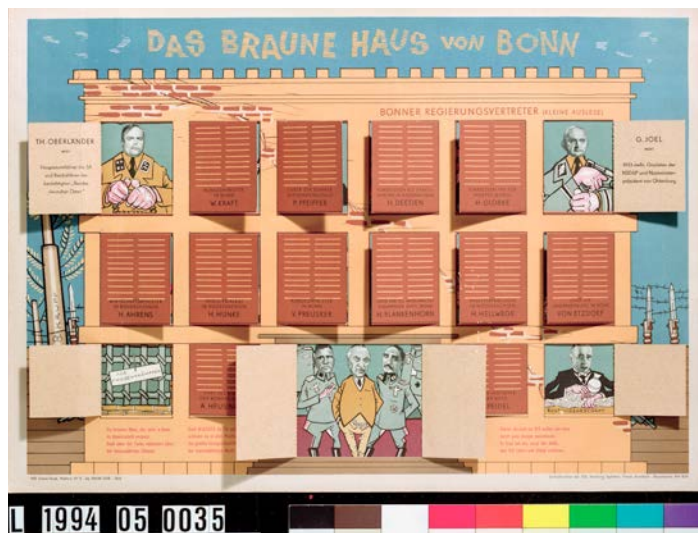
Im geteilten Land propagierte die SED-Führung ihr Selbstbild als antifaschistischer Staat. Mit Pressekampagnen, „Braunbüchern“ und Schauprozessen nutzte die DDR die personellen Kontinuitäten in der Bundesrepublik, um den „Klassenfeind“ an den Pranger zu stellen. Die NS-Vergangenheit eigener Parteimitglieder und Führungskader wurde dagegen verschwiegen.

In der Polarisierung des Kalten Krieges erschwerte die DDR-Propaganda gleichzeitig die kritische Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit in der Bundesrepublik. Nicht zuletzt hemmte sie Betroffene zusätzlich, ihre Verfolgung öffentlich zu thematisieren. In Politik und Gesellschaft drohte als Teil der Schuldabwehr schnell der Vorwurf, mit einer „Schmutzkampagne“ das Geschäft der DDR zu betreiben.

4.9

Das braune Haus von Bonn. Plakat der Abteilung Agitation im SED-Zentralkomitee im Stile eines Adventskalenders, 1956, Abb.

Stiftung Haus der Geschichte/ Foto: Axel Thünker



4.10

**Ausschuss für Deutsche Einheit (Hrsg.),
Wir klagen an. 800 Nazi-Blutrichter – Stützen
des Adenauer-Regimes, Ost-Berlin,
1959, Abb. der Titelseite**

Als Volkskammer- und Politbüromitglied und DDR-Chefpropagandist steuerte Albert Norden mediale Kampagnen zur NS-Vergangenheit westdeutscher Politiker und Juristen. Norden, 1904 im polnischen Mysłowitz als Sohn eines Rabbiners geboren, hatte sich als Sozialist früh von seinen jüdischen Wurzeln entfernt. 1946 kehrte er aus dem Exil in den USA in die Sowjetzone zurück. Die Broschüre „Wir klagen an. 800 Nazi-Blutrichter – Stützen des Adenauer-Regimes“ war Teil einer mehrjährigen Kampagne, aus der 1965 das „Braunbuch der DDR“ mit Namen von über 1800 ehemaligen Nationalsozialisten in westdeutschen Führungspositionen hervorging.

4.11

**Urteilsverkündung im Schauprozess gegen
Theodor Oberländer (GB/BHE, fraktionslos, ab
1956 CDU) vor dem Obersten Gericht der DDR,
Fotografie 29. April 1960**

BA Bild 183-72704-0001/Foto: Rudolf Hesse

Bundesvertriebenenminister Theodor Oberländer und der Staatssekretär im Bundeskanzleramt Hans Globke wurden zu Symbolfiguren der personellen Kontinuitäten in den Eliten der Bonner Republik. Den Hinweis auf das „braune Erbe“ in der Bundesrepublik nutzte das SED-Regime dazu, sich moralisch über den „Klassenfeind“ zu erheben. In Schauprozessen wurden Oberländer und Globke in Abwesenheit zu lebenslanger Haft verurteilt. Propaganda-Kampagnen, auch mit gefälschten Dokumenten, begleiteten die Prozesse. Dabei setzte die SED-Führung auch auf die Autorität prominenter Juden, darunter der Remigrant Arnold Zweig. Das DDR-Urteil gegen Oberländer von 1960 wurde 1993 vom Landgericht Berlin als „rechtsstaatswidrig“ aufgehoben.

4.12

**Porträtfotografie Theodor Oberländer (1905–1998),
GB/BHE, fraktionslos, ab 1956 CDU**

BA Bild, B 145-F001146-0007/Foto: Rolf Unterberg

Wegen seiner Teilnahme am Hitlerputsch 1923, seiner Mitgliedschaft in NSDAP und SA sowie seiner Tätigkeit als „Ostexperte“ im Nationalsozialismus stand Oberländer als Vertriebenenminister im Fokus einer kritischen Öffentlichkeit. Formal galt er zwar als im Entnazifizierungsverfahren „entlastet“, er wurde aber ab 1959 mit dem Vorwurf der Beteiligung an Kriegsverbrechen konfrontiert und in einem Schauprozess der DDR verurteilt. Der „Fall Oberländer“ löste in der Bundesrepublik eine heftige öffentliche Debatte aus und führte 1960 zu Oberländers Rücktritt. Oberländer wehrte sich über Jahre juristisch. Alle rechtsstaatlichen Verfahren wurden mangels Tatverdacht eingestellt. Von 1963 bis 1965 gehörte er dem Bundestag erneut an.

4.13

Hans Globke, Staatssekretär und Chef des Bundeskanzleramtes, Fotografie 1963

BA Bild, B 145-F015051-0001/Foto: Renate Patzek

Der Verwaltungsjurist arbeitete nach 1933 im Reichsinnenministerium u. a. mit an gesetzlichen Vorgaben zur Diskriminierung und Verfolgung der jüdischen Bevölkerung. Zudem verfasste er als Hauptautor den maßgeblichen Kommentar zu den Nürnberger Rassegesetzen. Bereits im ersten Deutschen Bundestag wurde Kritik an seiner Rolle im Nationalsozialismus laut. Globke verteidigte sich, führte an, Regelungen zur Verfolgung von Juden abgeschwächt und Kontakte zu oppositionellen Kreisen gehalten zu haben. Trotz des jahrelangen Streits hielt Adenauer an seinem engsten Mitarbeiter fest.

4.14

Brief von Gerd Bucerius an Erik Blumenfeld (CDU), 5. Juli 1960, Abb.

ACDP, III-010-03, A15

„Was ist mit den Nazis in Bonn?“. Unter diesem Titel forderte der Verleger und CDU-Bundestagsabgeordnete Gerd Bucerius im Januar 1960 in der ZEIT den Rücktritt Oberländers. Erik Blumenfeld unterstützte seinen Freund Bucerius nachdrücklich. Beide sahen sich durch Oberländer parteigerichtlichen Verfahren ausgesetzt. An Globke schieden sich dagegen die Geister: Während Adolf Arndt den mächtigen Bonner Beamten früh angriff, trat Bucerius öffentlich für ihn ein. Und Blumenfeld, den die „Rassegesetze“ nach Auschwitz gebracht hatten, zeigte einen bemerkenswerten Pragmatismus: Für ihn war Globke als Chef des Kanzleramts vor allem Türöffner zu Adenauer.

„Für uns ist das Wesentliche, dass der Name Globke für immer mit den Nürnberger Gesetzen verknüpft ist. [...] Wenn es irgendeine Vermessenheit, eine Hybris gibt, die schlechterdings tödlich für eine Wiedergenesung Deutschlands wirken müsste, so ist es die Verblendung, wir könnten so tun, als hätte sich zwischen 1933 und 1945 überhaupt nichts ereignet.“

Adolf Arndt 1950 im Deutschen Bundestag

4.15

Plenum des Deutschen Bundestages, Fotografie erste Wahlperiode

BA Bild, B 145 -F091457-0005/Foto: Georg Munker

Auch im Bundestag war die NS-Vergangenheit immer wieder Teil hochemotionaler Ost-West-Kontroversen. Als 1951 ein KPD-Abgeordneter politisch inhaftierte Jugendliche in der DDR als „kriminelle und arbeits-scheue Elemente“ diffamierte, widersprachen ihm Jeanette Wolff und Peter Blachstein vehement. Letzterer entlarvte mit der eigenen Lagererfahrung den „Nazi-Jargon“ des Redners. Und Wolff antwortete mit der Autorität der Holocaust-Überlebenden. Als sie den Verlust ihrer Familie in den Konzentrationslagern offen ansprach, lachten die KPD-Abgeordneten.

Ausschnitte aus den Bundestagsreden von Jeanette Wolff und Peter Blachstein hören:



„Jedes System der Diktatur trägt den Keim des Todes in sich.“

Jeanette Wolff

4.16

Zweite Plenarsitzung der Volkskammer, am Redepult Ministerpräsident Otto Grotewohl, Fotografie vom 15. November 1950

BA Bild 183-S95784/Foto: Helmut Rudolph

Die Volkskammer war laut Verfassung der DDR das höchste Staatsorgan. Ihr gehörten neben Parteien auch Massenorganisationen, Status- und Berufsgruppen an, darunter bis zu ihrer Auflösung 1953 die Vereinigung für die Verfolgten des Naziregimes (VVN). Faktisch nutzte die Sozialistische Einheitspartei (SED) die Volkskammer als Mittel zum Machterhalt. Bei Wahlen wurde über eine Einheitsliste abgestimmt, die Sitzverteilung stand bereits fest. Eine freie Debatte im Plenum war unmöglich, die Volkskammer war durchgängig von der SED kontrolliert.

Informationen zu einem biografischen Forschungsprojekt der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien e.V. zur DDR-Volkskammer hier:



4.17

Pressekonferenz im Gebäude der Volkskammer – mit Victor Klemperer (am Kopfende des Tisches rechts), als Vertreter des Kulturbundes Mitglied der Volkskammer, Fotografie vom 13. September 1956
BA Bild 183-41367-0001/Foto: Rudolf Hesse

„Statistenrolle u. Zeitvergeudung langweiligster Art, leerstes Repräsentationsspiel: die Volkskammer.“

Victor Klemperer, Tagebuch, 8. November 1950

4.18

Plakat zur Uraufführung des Oratoriums „Die Ermittlung“ von Peter Weiss, einer szenischen Darstellung des Frankfurter Auschwitz-Prozesses, Abb. DHM

1965 sorgte das Theaterstück „Die Ermittlung. Oratorium in 11 Gesängen“ des Dramatikers Peter Weiss für großes Aufsehen. Es basiert auf Protokollen der Frankfurter Auschwitz-Prozesse. Durch den Einsatz des hessischen Generalstaatsanwalts Fritz Bauer hatten von 1963 an zwei Dutzend SS-Angehörige in Frankfurt vor Gericht gestanden. Als szenische Dokumentation war „Die Ermittlung“ für die bundesdeutsche Erinnerungskultur von großer Bedeutung. Der Emigrant und Sozialist Peter Weiss verzichtete in seinem Stück auf das Wort „Jude“, da er die Auschwitz-Protokolle universalistisch und antikapitalistisch verstand. Diese Entscheidung löste heftige Kontroversen aus.

Die Ermittlung		
Oratorium in 11 Gesängen von Peter Weiss		
Musik: Paul Dessau		
MITWIRKENDE		
RICHTER	7 Wolf Kaiser	2 Norbert Christian
Hilmar Thate	8 Horst Drinda	3 Ernst Busch
ANKLÄGER	9 Helmut Baierl	4 Georgia Peet
Alfred Müller	10 Bruno Carstens	5 Helene Weigel
VERTEIDIGER	11 Bert Heller	6 Alexander Abusch
Dieter Knaup	12 Ekkehard Schall	7 Fritz Cremer
ANGEKLAGTE	13 Klaus Wittkugel	8 Raimund Schelcher
1 Stephan Hermlin	14 Werner Klemke	9 Erwin Geschonneck
2 Bruno Apitz	15 Maxim Vallentin	REGIEKOLLEKTIV
3 Eberhard Esche	16 Bruno Carstens	Karl von Appen
4 Rolf Ludwig	17 Peter Sturm	Lothar Bellag
5 Wolfgang Heinz	18 Wieland Herzfelde	Erich Engel
6 Albert Hetterle	ZEUGEN	Manfred Wekwerth
	1 Peter Edel	Konrad Wolf
KOMMENTATOR: Robert Siewert		

4.19

Theaterzettel der Ost-Berliner Akademie der Künste zur Lesung der „Ermittlung“ im Haus der Volkskammer, 19. Oktober 1965, Abb. AdK, Peter-Weiss-Archiv, Sign. 2478

Der ideologische Schlagabtausch zwischen der DDR und der Bundesrepublik erfasste 1965 auch eine Ring-Aufführung der „Ermittlung“ in west- und ostdeutschen Theatern. Die DDR-Führung nutzte das Stück propagandistisch gegen die Bundesrepublik. Im Oktober 1965 wurde es im Haus der Volkskammer aufgeführt – zeitgleich zur Inszenierung von Erwin Piscator an der West-Berliner Freien Volksbühne. Am Folgetag wurde das Oratorium im DDR-Fernsehen ausgestrahlt. An der Aufführung beteiligt waren neben Schauspielern, Regisseuren und Schriftstellern auch Funktionäre. Fast alle waren im Nationalsozialismus verfolgt worden.

4.20

Fotografie der Lesung „Die Ermittlung“ in der Volkskammer, im Bild Alexander Abusch
BA Bild 183-D1018-0010-010/Foto: Preuß

4.21

Zeit im Bild Nr. 45. Interview mit Alexander Abusch zur Aufführung von „Die Ermittlung“ in der DDR-Volkskammer, 1. Novemberheft 1965, Abb. Privatbesitz

Mit Alexander Abusch las bei der Aufführung in der Volkskammer auch ein Mitglied des Zentralkomitees. Abusch hatte im mexikanischen Exil überlebt und zahlreiche Angehörige im Holocaust verloren. Unter dem Druck eines antisemitisch motivierten Parteiausschlussverfahrens 1950 gab er zu Protokoll: „Ich hatte – seit ich als Lehrling beim Januarstreik 1918 in die Arbeiterbewegung eintrat, nachdem ich mich unter schweren häuslichen Kämpfen vom Einfluss des Judentums freimachte – mich nie wieder für jüdische Fragen interessiert.“ 1965 diente dem linientreuen Dogmatiker die Aufführung der „Ermittlung“ allein zum Angriff auf die „westdeutsche Klassenjustiz“. Die rassistischen Motive der Vernichtung kommen im Interview dagegen kaum zur Sprache.

„Wiedergutmachung“ durch Gesetz?

Das Luxemburger Abkommen vom 10. September 1952 stand am Anfang der deutsch-israelischen Beziehungen. Es markierte das Bestreben der jungen Bundesrepublik, ihrer historischen Verantwortung gegenüber den NS-Opfern gerecht zu werden. Großen Anteil daran hatte der jüdische Abgeordnete Jakob Altmaier (SPD), der für die Adenauer-Regierung vermittelnd tätig wurde.

Zeitgleich signalisierte der Deutsche Bundestag das Bekenntnis zur moralischen und demokratischen Neuausrichtung. Das Parlament schuf als Gesetzgeber einen bundeseinheitlichen Rechtsrahmen, um körperliche, materielle und berufliche Schäden durch die Verfolgung individuell zu entschädigen – auch auf Drängen der Holocaust-Überlebenden Jeanette Wolff (SPD).

4.22

Georg Blessin/Hans Wilden/Hans-Georg Ehrig, Bundesentschädigungsgesetze. Kommentar, München und Berlin 1957 (2), Abb.

Foto: Deutscher Bundestag

Die Entschädigung für überlebende NS-Opfer stand auf der politischen Agenda des ersten Bundestages nicht weit oben. Es fehlte Regierung und Opposition am Interesse an einer auch in der Bevölkerung unpopulären Debatte. Erst kurz vor Ende der Legislaturperiode stellte der Gesetzgeber Rechtsgleichheit im gesamten Bundesgebiet her. Die Behörden setzten die Regelungen allerdings oft nur schleppend und äußerst bürokratisch um. Anpassungen im Rahmen des 1956 verabschiedeten Bundesentschädigungsgesetzes (BEG) folgten. Die Möglichkeit, Ansprüche anzumelden, bestand jedoch nur bis zum 31. Dezember 1969. Rund 49 Milliarden Euro wurden nach dem BEG ausgezahlt. Alle Leistungen auf dem Gebiet der Wiedergutmachung belaufen sich bislang auf rund 85 Milliarden Euro.

4.23

Karikatur „Mensch ärgere Dich nicht über die Wiedergutmachung“, 1. Juni 1950

Abb. aus: Allgemeine Jüdische Illustrierte, Nr. 19, 1.6.1950/Zeichnung: Peter Holstein

4.24

Jeanette Wolff (SPD) als Rednerin, undatierte Fotografie

Stadtarchiv Dinslaken, Nachlass Jeanette Wolff, SP 52-F002

Jeanette Wolff war eine der beharrlichen Einzelstimmen im Bundestag, die auf Vereinheitlichung und Verbesserung der Entschädigungsregelungen drängten. Aus ihrem sozialen Engagement in Berlin und ihrer Tätigkeit im Petitionsausschuss kannte sie die bedrückenden Lebensumstände vieler Überlebender. Unerschrocken hielt sie der Regierung und den Abgeordneten die gravierenden Unterschiede bei der Unterstützung von Hinterbliebenen der NS-Opfer und von Wehrmachtsgenerälen vor. Besonders empört war sie über die demütigende Bürokratie und die langwierigen Verfahren. Die geringen Summen, die ausbezahlt wurden, erbitterten sie. Ihre Unterstützung half jedoch vielen Verfolgten, als entschädigungsberechtigt anerkannt zu werden.

„Ich spreche für jene, denen es nicht wie mir vom Schicksal gegeben war, noch einmal wieder eingreifen zu können in den Beruf oder in die Geschicke des Staates [...] Ich spreche für jene Kreise, die noch heute Not leiden. Ich spreche für jene Kreise, die heute am Rande des Grabes stehen.“

„Es wenden sich ca. 20 Wiedergutmachungsberechtigte in der Woche an mich, deren Angelegenheiten ich, wenn möglich, selbst bearbeite und ihnen helfe, ansonsten aber ihnen Rat und Antwort erteile.“

„Herr Bundesfinanzminister – Sie haben hinter dem Projekt, dass diejenigen umfasst, die als Widerstandskämpfer oder als religiös oder rassistisch Verfolgte in der Nazizeit gelitten haben, nicht die Wärme entgegengebracht, die Sie bei der Ausweitung des Gesetzes zum Artikel 131 bewiesen haben. Da hätten Sie am liebsten noch die gesamte Gestapo und den SD hineingenommen.“

Jeanette Wolff

Das Luxemburger Abkommen

Das „Luxemburger Abkommen“ zwischen der Bundesrepublik Deutschland, dem Staat Israel und der Jewish Claims Conference regelte 1952 deutsche Zahlungen und Sachleistungen in Höhe von 3,5 Milliarden DM als Entschädigung („Wiedergutmachung“) für die Verbrechen an den Jüdinnen und Juden. Mit individuellen Leistungsansprüchen von Opfern war das Abkommen völkerrechtlich ungewöhnlich. In Israel lehnten es zunächst viele als Freikauf der Deutschen durch Zahlung eines „Blutgeldes“ ab. Und auch in der Bundesrepublik fehlte es an Akzeptanz. Das Abkommen stärkte jedoch das außenpolitische Ansehen der jungen Republik und ebnete den Weg zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen beider Staaten.

4.25

Wiedergutmachungsabkommen zwischen der Bundesrepublik und Israel (Luxemburger Abkommen) 1952 – Urkunde, Abb.

Bundesregierung / Foto: Engelbert Reineke

4.26

Erklärung des Alterspräsidenten Paul Löbe (SPD) zur Wiedergutmachung und zur Aussöhnung mit dem Staat Israel: handschriftlicher Entwurf von Adolf Arndt (SPD), 27. September 1951, Abb.

AdsD, Nachlass Adolf Arndt, SPD-BTF, 1. Wahlperiode, 2BTFA000020

„Wir Sozialdemokraten werden deshalb diesen Schritt der Bundesregierung vorbehaltlos von Herzen unterstützen und bedauern, dass er nicht schon längst und mit noch größerer Entschiedenheit getan wurde.“ [...]

„Jeder Deutsche ist deshalb aufgerufen, das den Juden in unserer Mitte zugefügte Unrecht wiedergutzumachen.“

Jeder Deutsche ist deshalb auch aufgerufen, die Pest des Judenhasses zu bekämpfen und durch die Ehrfurcht vor den Mitmenschen zu überwinden.“

Ausschnitt aus der Rede Paul Löbes hier hören:



Obwohl Bundeskanzler Konrad Adenauer für das Luxemburger Abkommen eintrat, regte sich innerhalb seiner Koalition großer Widerstand – aus Sorge, arabische Staaten könnten im Gegenzug die DDR anerkennen, und wegen der breiten Ablehnung in der Bevölkerung. Der Sozialdemokrat Paul Löbe erklärte dagegen für seine Fraktion im Bundestag die uneingeschränkte Unterstützung und kritisierte die wankelmütige Haltung der Regierungsfractionen. Entworfen hatte die Rede Adolf Arndt. Die Ratifizierung durch den Bundestag am 18. März 1953 kam am Ende nur durch das geschlossene Votum der oppositionellen SPD zustande.

4.27

Jakob Altmaier (SPD) bei der Unterzeichnung des Luxemburger Abkommens am Tische rechts, Fotografie 10. September 1952

BA Bild-F000276-0011

Dass sieben Jahre nach Ende des Holocaust ein deutsch-israelisches Abkommen zu Entschädigungsleistungen unterzeichnet werden konnte, war auch das Verdienst von Jakob Altmaier (SPD). Trotz vieler Widerstände und Hürden gelang es ihm immer wieder, geheime Kontakte zu offiziellen israelischen Stellen herzustellen. Das Abkommen wurde 1952 im Beisein Altmaiers unterzeichnet.



4.28

Dienstpass von Jakob Altmaier (SPD) – mit Visumstempel Luxemburg, Abb.

AdsD, Nachlass Jakob Altmaier, Bd. 1

Jakob Altmaier kehrte 1949 auf Bitten des SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher aus dem langjährigen Exil zurück – „um der Aussöhnung zwischen Deutschland und dem Judentum willen“. Mit Schumachers Rückendeckung unterstützte er als Oppositionsmitglied Bundeskanzler Adenauer bei der Anbahnung der Verhandlungen mit Israel. Später kämpfte er darum, dass sein Beitrag am Erfolg des Luxemburger Abkommens anerkannt wird. Zuletzt zeigte er sich enttäuscht, dass es wegen der bundesdeutschen Angst vor einer Anerkennung der DDR durch die arabischen Staaten lange keine diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel gab. Er starb 1963 in seinem Bonner Büro.

„Von der ersten Stunde an hatte ich keine andere Idee. Der Weg war hart und lang. Der Zweck meines Daseins scheint sich zu erfüllen.“

Jakob Altmaier

Brief an US-Brigadegeneral Julius Klein, der als Adenauer-Vertrauter 1960 die Zusammenkunft mit Israels Premier David Ben-Gurion im New Yorker Waldorf Astoria vermitteln sollte, über sein Mitwirken am Luxemburger Abkommen, 27. Juni 1952

4.29

Die Bundesrepublik Deutschland und der Staat Israel hinterlegen die Ratifizierungsurkunde über das Luxemburger Abkommen bei den Vereinten Nationen, Fotografie 27. März 1953

ullstein bild – ullstein bild

Am 27. März 1953 hinterlegten die Bundesrepublik und der Staat Israel die Ratifizierungsurkunde über das Luxemburger Abkommen bei den Vereinten Nationen (UN). Für die Bundesrepublik unterzeichnete Hans Riesser, Generalkonsul in New York und ständiger deutscher Beobachter bei den UN. Er war der Sohn und Großneppe von Jacob und Gabriel Riesser, beide ehemals Parlamentsvizepräsidenten. Hans Riesser hatte im Exil überlebt; seine Mutter war im Konzentrationslager Theresienstadt gestorben (siehe Abschnitt 1).



B.7

Unbequemer Vermittler – Jakob Altmaier (1889–1963)

Jakob Altmaier gehört zu den Bundestagsabgeordneten der ersten Stunde. Nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten wird er 1933 als Jude, Sozialdemokrat und Homosexueller gleich mehrfach verfolgt. Ihm gelingt die Flucht ins Exil, wo er zunächst aus Paris und später aus Spanien als Journalist über den Spanischen Bürgerkrieg berichtet. Nach der Besetzung Frankreichs wird er interniert, flieht erneut und schließt sich in Belgrad dem britischen Geheimdienst an. Fortan widmet er sich der Widerstandsarbeit gegen das NS-Regime.

1949 kehrt Altmaier auf Bitten des SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher zurück und wird Mitglied des ersten Deutschen Bundestages. Dort engagiert er sich insbesondere für die Entschädigung der Opfer des Nationalsozialismus und die Aussöhnung mit Israel. Obwohl er in der Opposition ist, bietet er Bundeskanzler Konrad Adenauer 1951 an, geheime Kontakte zur israelischen Regierung aufzunehmen. Sie münden im Luxemburger Abkommen von 1952 – ein Meilenstein in den deutsch-israelischen Beziehungen.

Trotz seines Einsatzes stößt Altmaier häufig auf Ablehnung, auch in den eigenen Reihen. Die mangelnde Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit lässt ihn zunehmend resignieren. Am 8. Februar 1963 stirbt er mit 73 Jahren in seinem Bundestagsbüro an einem Herzinfarkt. Seine letzte Ruhe findet er auf dem jüdischen Friedhof im hessischen Flörsheim, seiner Heimatstadt.

4.30

Hermann Axen nach der Ankunft auf dem Washingtoner Regierungsflughafen, Fotografie 1. Mai 1988

BA, 183-1988-0502-020/Foto: Peter Koard

Hermann Axen (1916–1992), aus einer jüdischen Familie Galiziens stammend, trat als Jugendlicher aus der jüdischen Gemeinde aus. Als Kommunist im Widerstand wurde er 1942 aus dem französischen Internierungslager Le Vernet an die Gestapo ausgeliefert. Er überlebte Auschwitz, später Buchenwald. Seine Familienangehörigen wurden ermordet. In der DDR stieg Axen zum Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der SED auf.

Die DDR verstand sich als Gegenentwurf zum nationalsozialistischen Deutschland – und lehnte es deshalb ab, moralische und materielle Verantwortung für die Verbrechen zu übernehmen. Erst ab Mitte der 1970er Jahre nahm die SED-Führung Verhandlungen mit der Jewish Claims Conference auf, gekoppelt an Verhandlungen mit den USA über offene Vermögensfragen. Das Ziel: Der stark geschwächten DDR-Wirtschaft Zugang zu amerikanischen Märkten verschaffen. Die USA-Reise 1988 von Volkskammer- und Politbüromitglied Hermann Axen, selbst Auschwitz-Überlebender, erwies sich als Fehlschlag: Die erstarrte DDR-Riege hielt am Mythos vom antifaschistischen Staat fest. Erst nach der Wiedervereinigung wurden enteignete jüdische Vermögenswerte auf dem Gebiet der DDR zurückgegeben. Die Bundesregierung einigte sich zudem 1990 mit der Jewish Claims Conference darauf, bedürftige und bisher gering entschädigte Holocaust-Überlebende zu unterstützen.

4.31

Parteiinternes Schreiben von Leo Zuckermann an Paul Merker über die ablehnende Haltung der SED-Führung zur Wiedergutmachung, 30. April 1948, Abb.

BA, DY 30/68822, Image 129, 135-157.

Leo Zuckermann, der sich im mexikanischen Exil intensiv mit Fragen der Wiedergutmachung beschäftigt hatte, war nach Rückkehr in die Sowjetzone mit Paul Merker an der Ausarbeitung eines Restitutionsgesetzes beteiligt. Sein Ansatz, Jüdinnen und Juden als Gruppe besondere Entschädigungsansprüche zuzusprechen, widersprach völlig der Linie Moskaus. Die SED-Führung gab ihre anfängliche Offenheit gegenüber dem Gesetzentwurf schnell auf. Später wurden Zuckermann und Merker wegen ihres Einsatzes für die jüdische Restitution verfolgt. Das Gesetz wurde nie verabschiedet.

4.32

Erklärung jüdischer Bürger der DDR zum Sechstage-Krieg 1967, Abb.

„*Neues Deutschland*“, 9. Juni 1967, S. 2. Mit freundlicher Genehmigung der Stiftung „Willi Münzenbergs Erben“

In der DDR wurde die anfängliche Hoffnung auf ein sowjetfreundliches Israel bald enttäuscht. Das Land orientierte sich hin zu den Westmächten. Einen Anspruch des Staates Israel auf Entschädigungen lehnten die DDR-Machthaber ab. Im Sechstagekrieg 1967 unterstützte die DDR uneingeschränkt die arabischen Staaten. Albert Norden, Mitglied des Politbüros der SED, versuchte, prominente jüdische DDR-Bürger zur Unterzeichnung eines offenen Briefs zu drängen. Israel wurde darin zum alleinigen „Aggressor“ und zu einem „unrechtmäßigen“ Staat erklärt. Mehrere Prominente, darunter Arnold Zweig, verweigerten die Unterschrift.

„*Arnold Zweig hat rundheraus erklärt, daß er mit dem Inhalt der Erklärung nicht einverstanden sei. Das ist angesichts seiner althergebrachten prozionistischen Einstellung nicht erstaunlich.*“

Politbüro-Mitglied Albert Norden in einem Brief an Walter Ulbricht, 8. Juni 1967

4.33

Staatssekretär für Kirchenfragen Klaus Gysi bei einer Rede auf einem jüdischen Friedhof, Fotografie 1980er Jahre

Bundesstiftung Aufarbeitung, Eastblockworld, Bild EBW_PH_1206922

Klaus Gysi (1912–1999), mütterlicherseits jüdischer Herkunft, war im Zweiten Weltkrieg in Berlin im kommunistischen Widerstand tätig. In der DDR gehörte er der Volkskammer an und machte unter anderem als Verlagsleiter und Kulturminister Karriere; über Jahre arbeitete er auch für die Staatssicherheit. Marcel Reich-Ranicki sagte 1966 über ihn: „Er ist ein Funktionär geworden und ein Intellektueller geblieben, [...] ein Fanatiker, mit dem sich dennoch reden lässt.“

In den 1980er Jahren änderte die SED den Umgang mit den verbliebenen Jüdinnen und Juden in der DDR, um ihren außenpolitischen Ruf zu verbessern. Den Kurswechsel verantwortete der Staatssekretär für Kirchenfragen, Klaus Gysi, der im Nationalsozialismus als „Halbjude“ und als Kommunist bedroht gewesen war. Er setzte sich nachdrücklich für die Rückgabe von Immobilien an die jüdischen Gemeinden ein. Der geplante Straßenneubau durch den Jüdischen Friedhof Weißensee wurde auf öffentlichen Druck hin abgesagt. Das Gedenken zum 50. Jahrestag der Novemberpogrome 1938 und die symbolische Grundsteinlegung für den Wiederaufbau der zerstörten Neuen Synagoge in der Oranienburger Straße mit einem Centrum Judaicum nutzte die DDR, um sich als „antifaschistische Heimstätte“ für Juden zu inszenieren.



Darf Mord verjähren?

1965 stand der Bundestag vor einem Rechtsdilemma: Sollte die Verjährung von NS-Morden rückwirkend aufgehoben werden? Nach geltender Frist waren sie ab dem 8. Mai 1965 strafrechtlich nicht mehr zu verfolgen.

Innerhalb der Fraktionen gingen die Meinungen auseinander. In einer intensiven Debatte trafen rechtstaatliche Grundsätze („Nulla poena sine lege“ – Keine Strafe ohne Gesetz) auf die moralische Pflicht gegenüber den Opfern – eine Sternstunde des Parlaments. Am Ende stand zunächst ein Kompromiss: Die Verjährung wurde aufgeschoben.

Erst 1979 folgte der Bundestagsbeschluss, dass Mord nicht mehr verjährt – auch aufgrund eines gewandelten Geschichtsbewusstseins. Das Zeugnis des Auschwitz-Überlebenden Erik Blumenfeld in der Debatte verstärkte das moralische Gewicht der Gesetzesänderung. Die Entscheidung bedeutete ein Bekenntnis zur dauerhaften Verantwortung – ein Meilenstein in der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit.

Auszüge aus der Verjährungsdebatte im Deutschen Bundestag am 10. März 1965 hier hören:



„Es hat, glaube ich, wenig Debatten in diesem Hause gegeben, die so an die Wurzel unserer moralischen politischen Existenz greifen, in der wir uns, die wir diese Zeit noch miterlebt haben, selber zu verstehen suchen.“

Adolf Arndt

4.34

Porträtfotografie Bundesjustizminister Ewald Bucher, (DVP, FDP)

Deutscher Bundestag

Der Bundesjustizminister war als junger Mann NSDAP- und SA-Mitglied gewesen. Er trat 1965 aus Protest gegen die Verlängerung der Verjährungsfrist zurück.

„[M]it dem Bekanntwerden neuer Taten oder Täter [kann] kaum noch gerechnet werden. [...] Wir müssen mit den Mördern leben. [...] Wir müssen es.“
Ewald Bucher in der Verjährungsdebatte 1965

4.35

Thomas Dehler (FDP) bei seiner Rede in der Verjährungsdebatte, Fotografie 1965

Bundesregierung / Foto: Gerhard Heisler

Der Bundestagsvizepräsident und ehemalige Bundesjustizminister hatte 1925 eine Jüdin geheiratet und im Nationalsozialismus jüdische Mandate vertreten. In seiner Rede bekannte er dennoch: „Jeder von uns, der damals Verantwortung getragen hat, hat das Empfinden, daß er zuwenig für das Recht gekämpft hat, daß er zuwenig Mut zur Wahrheit gehabt hat, nicht stark genug war in der Abwehr des Bösen.“

„Die Verjährung hat einen tiefen rechtspolitischen Sinn, auch bei den Straftaten, die wir hier im Auge haben. Die Verjährung verzichtet der Rechtssicherheit, des Rechtsfriedens wegen auf die letzte Gerechtigkeit.“

Thomas Dehler in der Verjährungsdebatte 1965

4.36

Rainer Barzel (CDU) bei seiner Rede in der Verjährungsdebatte, Fotografie 1965

Bundesregierung / Foto: Gerhard Heisler

Der Vorsitzende der Unionsfraktion war als 17-Jähriger 1941 in die Wehrmacht eingezogen worden.

„Wer nur die reine Luft des freiheitlichen Rechtsstaates kennt, der wird leicht mit zu hartem, mit zu ungerechtem, zu lebensfremdem, zu wenig sachkundigem, ja zu grobem Maß die Lebensumstände, die Möglichkeiten und das Verhalten der Menschen in der Diktatur beurteilen.“

Rainer Barzel in der Verjährungsdebatte 1965

4.37

Adolf Arndt (SPD) in der Verjährungsdebatte, Fotografie 1965

Bundesregierung / Foto: Gerhard Heisler

Arndt wandte sich mit einem prinzipiellen Nein zu Sonderstrafatbeständen und Ausnahmebehandlungen gegen eine bloße nachträgliche Verlängerung der Verjährungsfrist durch einfaches Gesetz: „Auch die Mörder stehen in einem Verfassungsstaat in der Hand des Rechts.“

„Es geht darum, daß wir dem Gebirge an Schuld und Unheil, das hinter uns liegt, nicht den Rücken kehren, sondern daß wir uns als das zusammenfinden, was wir sein sollen: kleine, demütige Kärner, Kärner der Gerechtigkeit, nicht mehr.“

Adolf Arndt in der Verjährungsdebatte 1965

4.38

Ernst Benda (CDU) in der Verjährungsdebatte, Fotografie 1965

picture-alliance / dpa | dpa

Ernst Benda (CDU) und Adolf Arndt (SPD) prägten die Debatte. Beide wichen in ihrer Haltung von der eigenen Fraktionsmehrheit ab. Benda gehörte als junger Abgeordneter zur Minderheit in seiner Fraktion, die in einem Antrag die Verlängerung oder Aufhebung der Verjährungsfrist forderte. Beide teilten Diskriminierungserfahrungen wegen ihrer jüdischen Herkunft – und thematisierten es beide in ihren Reden nicht.

„Für die Antragsteller steht über allen Erwägungen juristischer Art ganz einfach die Erwägung, dass das Rechtsgefühl eines Volkes in unerträglicher Weise korumpiert werden würde, wenn Morde ungesühnt bleiben müssten, obwohl sie gesühnt werden könnten.“

Ernst Benda in der Verjährungsdebatte 1965



4.39

Fotografie Ernst Benda (1925–2009), CDU

Gade_Medienarchiv / Foto: Richard Kitschgin

„Ich bestehe darauf zu sagen, dass es diesem Volke doch erlaubt sein muss, daß es mit diesen Mördern nicht identifiziert wird, sondern daß es von diesen Mördern befreit wird, besser gesagt, sich selber von diesen Mördern befreien kann.“

Ernst Benda, dessen Großvater bereits getauft worden war, galt den Nationalsozialisten als „Mischling 2. Grades“. Die Eltern waren in der Bekennenden Kirche aktiv. In seiner Kindheit wurde er von Gleichaltrigen wegen seiner Herkunft gemieden; auch vom Studium blieb er ausgeschlossen. Der Großvater musste den „Judenstern“ tragen und wurde tätlich angegriffen, der Vater verrichtete Zwangsarbeit. Nach dem Abitur 1943 leistete Benda Arbeits- und Kriegsdienst bei der Kriegsmarine. Seine Rede 1965 schloss Benda mit einem Zitat des jüdischen Mystikers Baal Shem Tov. Zwanzig Jahre später griff es Bundespräsident Richard von Weizsäcker in seiner epochenmachenden Rede zum 8. Mai 1985 auf:

„Das Vergessenwollen verlängert das Exil, und das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung.“

Der Jurist Benda wurde 1968/69 Bundesinnenminister und war von 1971 bis 1983 Präsident des Bundesverfassungsgerichts.

Ernst Benda am 8. März 1965 im NDR-Interview über die Verjährungsfrist für Naziverbrechen hier sehen:



4.40

Adolf Arndt und Max Brauer (beide SPD) in der Verjährungsdebatte des Deutschen Bundestages, Fotografie 10. März 1965

picture-alliance / dpa | Kurt Rohwedder

„Ich weiß mich mit in der Schuld. Denn sehen Sie, ich bin nicht auf die Straße gegangen und habe geschrien, als ich sah, daß die Juden aus unserer Mitte lastkraftwagenweise abtransportiert wurden. Ich habe mir nicht den gelben Stern umgemacht und gesagt: Ich auch!“

Das Schuldeingeständnis ausgerechnet von Adolf Arndt, der wegen seiner jüdischen Herkunft im Krieg selbst Zwangsarbeit leisten musste, beschämte viele. Arndt betonte deshalb: „Ich habe einiges als ganz persönliches Bekenntnis gesagt, was Ihnen zu weit gegangen ist, Sie erregt hat. Aber verstehen Sie bitte: In dieser Sache muß das Herz sprechen, da kann man sich kein Blatt vor den Mund nehmen.“

Arndts Redebeitrag erregte großes Aufsehen und wurde allgemein als ein Höhepunkt der Debatte gewertet.

4.41

Zwei Fernschreiben zur Rede von Adolf Arndt (SPD): eines von Rudolf Augstein, dem Herausgeber des Magazins „Der Spiegel“, o. D., und eines von Robert Kempner, dem ehemaligen stellvertretenden Hauptankläger in den Nürnberger Prozessen, 12. März 1965, Abb.

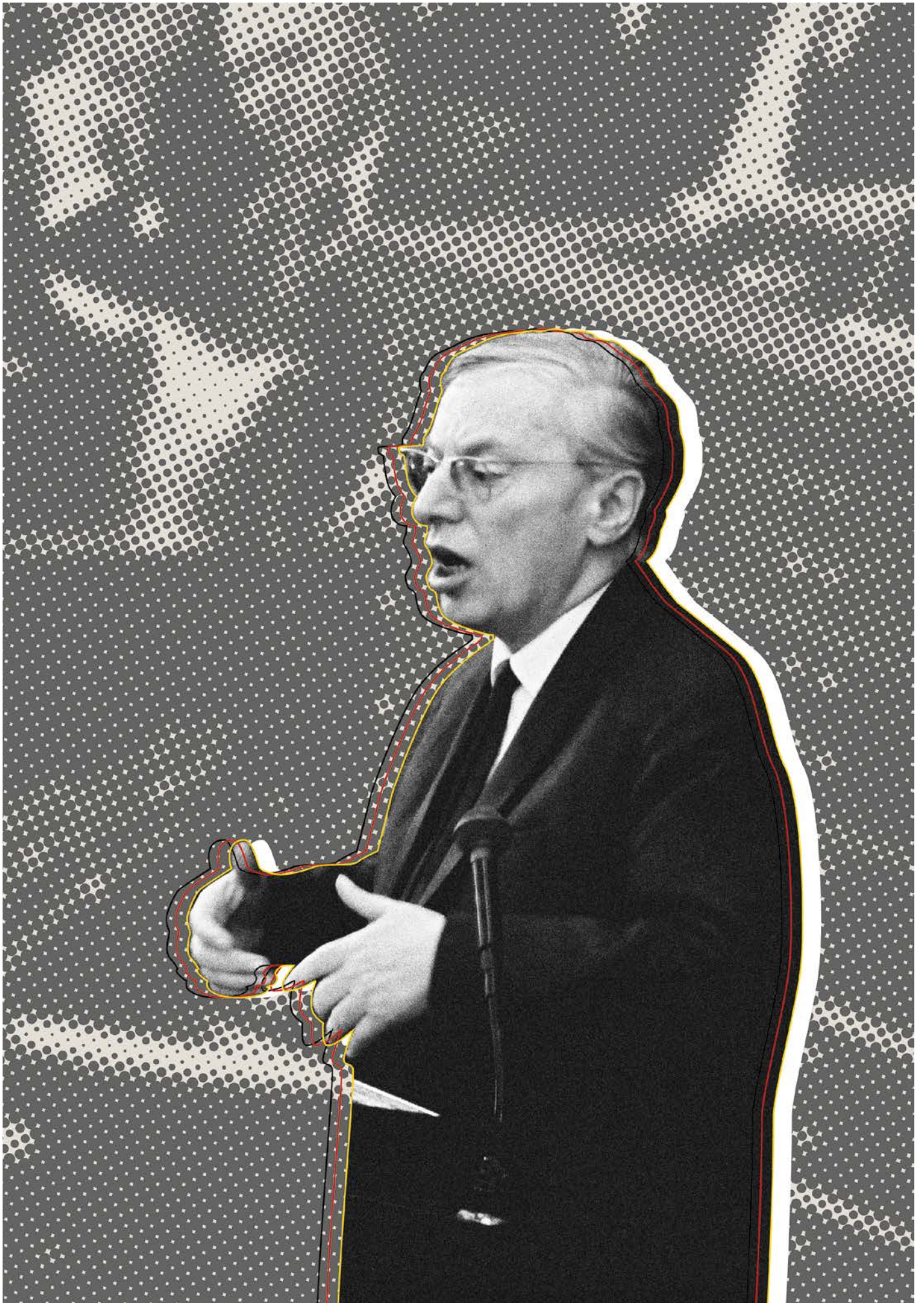
AdsD, Nachlass Adolf Arndt, Box 92, Mappe 312 und 313

Adolf Arndts Bekenntnis zu einer moralischen Mitschuld an den Verbrechen des NS-Regimes fand deutschlandweit und international große Aufmerksamkeit. Zahlreiche Presseberichte wie private Zuschriften würdigten Arndts Bereitschaft, persönlich Verantwortung zu übernehmen und diese auch von anderen einzufordern.

4.42

Collage aus Presseberichten zur Rede von Adolf Arndt (SPD), Abb.

AdsD, Nachlass Adolf Arndt, Box 92, Mappe 316



B.8

„Kronjurist“ der SPD – Adolf Arndt (1904–1974)

Adolf Arndt ist Sohn des in Fachkreisen sehr angesehenen, zum Protestantismus konvertierten jüdischen Staatsrechtlers Gustav Adolf Arndt. In den Augen der Nationalsozialisten gilt er deshalb als „Halbjude“. Er wird daher 1933 aus seinem Amt als Richter am Landgericht III in Berlin-Moabit gedrängt. Als Anwalt in Berlin vertritt er mit seinem Partner Fritz Schönbeck auch politisch Verfolgte, darunter die sozialdemokratischen Gewerkschafter Wilhelm Leuschner und Theodor Leipart.

Mit Beginn des Krieges wird Arndt aus der Anwaltskammer ausgeschlossen und 1943 zur Zwangsarbeit in der „Organisation Todt“ verpflichtet. Er ist in Frankreich, später im Saargebiet eingesetzt. Anfang 1945 flüchtet er zu seiner Familie nach Schlesien, von dort weiter nach Westfalen.

Im August 1945 wird Adolf Arndt in Marburg als Rechtsanwalt und Notar zugelassen und kurz darauf zum Oberstaatsanwalt ernannt. 1946 tritt er in die SPD ein und engagiert sich im hessischen Justizministerium für den rechtsstaatlichen Neubeginn. Ab 1949 setzt er sich im Deutschen Bundestag als „Kronjurist der SPD“ für die Reform der Gerichtsbarkeit und die Stärkung des neu gegründeten Bundesverfassungsgerichts ein. Als Justiziar vertritt er die SPD in zahlreichen Prozessen und muss sich auch selbst mehrfach gegen antisemitische Angriffe wehren. Berühmt wird Arndts Redebeitrag in der „Verjährungsdebatte“ 1965. Trotz seines eigenen Schicksals bekennt er sich zu moralischer Mitschuld wegen der eigenen Passivität angesichts der nationalsozialistischen Verbrechen.

4.43

„Schuldfrage gleich Zeitfrage?“ – Interview mit Gerhard Jahn (SPD) in: frontal. Zeitschrift für demokratische Studenten, Januar 1965, Abb. AdsD, Nachlass Gerhard Jahn, 1_GJAA001627

Ermittlungen und Strafverfahren zu NS-Taten verliefen meist nur schleppend und wurden häufig sogar eingestellt. Das lag nicht zuletzt an unklaren Zuständigkeiten der föderal organisierten Justizbehörden und fehlenden Beweismitteln aus der ehemals nationalsozialistischen Verwaltung. Gerhard Jahn forderte, Ermittlungsverfahren stärker zu zentralisieren und Aktenbestände aus der DDR und Osteuropa einzubeziehen. Damit zielte er auf die Intensivierung der Strafverfolgung jenseits formalrechtlicher oder politischer Bedenken.

4.44

Erik Blumenfeld (CDU) in der Verjährungsdebatte im Deutschen Bundestag, Fotografie 1979
Deutscher Bundestag / Foto: Heribert Bode

Neben Ernst Benda zeigte der Auschwitz-Überlebende Erik Blumenfeld eine besondere Sensibilität im Umgang mit der NS-Vergangenheit. Amnestieforderungen war Blumenfeld in den 1950er Jahren entgegengetreten. Er gehörte zu den wenigen Abgeordneten, die nach 1965 auch 1979 an der Verjährungsdebatte teilhatten. Blumenfelds persönliche Reden hinterließen 1979 tiefen Eindruck im Plenarsaal. Angesichts einer stärkeren Öffnung der Gesellschaft für die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit gab Blumenfeld als Zeitzeuge nun freimütiger Auskunft über sein persönliches Schicksal.



4.45

Interview mit Erik Blumenfeld (CDU), in: Heinrich Breloer/Horst Königstein, Blutgeld. Materialien zu einer deutschen Geschichte, Köln 1982
Deutscher Bundestag, Bibliothek

4.46

Holocaust – Die Geschichte der Familie Weiss. Serie von Marvin J. Chomsky, DVD, 1978/2011
Privatbesitz

Die Verjährungsentscheidung 1979 begleitete ein Medienereignis: Im Januar wühlte die US-amerikanische Serie „Holocaust – Die Geschichte der Familie Weiss“ auch die bundesdeutsche Öffentlichkeit auf. Die Vernichtung der europäischen Juden kam als Familienserie in die Wohnzimmer – und etablierte den Begriff „Holocaust“. Sie lief in den Dritten Programmen, weil sich einige ARD-Sender widersetzt hatten, sie im Hauptprogramm ausstrahlen. Rechtsextremisten sprengten im Vorfeld Sendemäste. Erik Blumenfeld begrüßte trotz dokumentarischer Schwächen die Serie – und forderte ihre Ausstrahlung auch in der DDR.

4.47

Agenturmeldung zum Interview von Erik Blumenfeld (CDU) im Deutschlandfunk zur Serie „Holocaust“ und ihrer Wirkung auf die Verjährungsdebatte. Kopie
Deutscher Bundestag, Pressearchiv

4.48

Agenturmeldung zur Forderung von Erik Blumenfeld (CDU), die Serie „Holocaust“ auch in der DDR zu zeigen, Kopie
Deutscher Bundestag, Pressearchiv

4.49

Gesetzblatt der DDR, Gesetz über die Nichtverjährung von Nazi- und Kriegsverbrechen, Berlin, 10. September 1964, Abb.

Da sich die DDR als „antifaschistischer“ Staat sah, verabschiedete die Volkskammer 1964 demonstrativ ein Gesetz zur Nichtverjährung von Kriegs- und NS-Verbrechen. In den Redebeiträgen appellierten die Abgeordneten öffentlichkeitswirksam an den „Klassenfeind“ im Westen, die Verbrechen nicht verjähren zu lassen.

Die „Aktuelle Kamera“ der DDR zum Appell der Volkskammer am 4. Februar 1965 hier sehen:



Chronologie

Etappen der NS-Aufarbeitung innerhalb und außerhalb des Bundestages bis 1979

1945/46: Nürnberger Prozesse

Mit den Prozessen gegen die Hauptkriegsverbrecher beginnt die juristische Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur.

1946: „Der SS-Staat“ von Eugen Kogon erscheint, im Kino läuft „Die Mörder sind unter uns“

Das Buch des ehemaligen KZ-Häftlings Eugen Kogon beschreibt und analysiert erstmals Terror und Verfolgung. Der Film von Wolfgang Staudte thematisiert das Aufeinandertreffen von Kriegstraumatisierten, NS-Opfern und Tätern in Berlin.

1946–1949: Entnazifizierung und DDR-Antifaschismus

In den westlichen Besatzungszonen werden Millionen Deutsche in Spruchkammerverfahren auf ihre NS-Belastung überprüft. In der sowjetischen Zone etabliert sich eine antifaschistische Staatsdoktrin, die zum Gründungsmythos der späteren DDR werden soll.

1949: Grundgesetz

Das in Artikel 1 formulierte Postulat „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ ist die direkte Antwort auf die Verbrechen des Nationalsozialismus.

1950: NS-Prozesse in der DDR

In Waldheim finden rund 3400 Schnellverfahren gegen NS-Täter statt; etwa 30 Todesurteile werden vollstreckt. International werden massive Rechtsstaatsdefizite kritisiert. In Weimar und Dresden kommt es zu Schauprozessen, die die DDR als „antifaschistischen Staat“ präsentieren.

1950: Das Tagebuch der Anne Frank erscheint

1949: Streit um die erste Regierungserklärung

Die Opposition kritisiert mangelnde Klarheit in der Rede Konrad Adenauers zu den Verbrechen an den Jüdinnen und Juden im Nationalsozialismus.

1949: Straffreiheitsgesetz vom 31. Dezember

Als eines der ersten Gesetze im Deutschen Bundestag stellt dieses Gesetz unter bestimmten Voraussetzungen Straftaten und Ordnungswidrigkeiten straffrei. Betroffen sind alle Taten, die vor dem 15. September 1949 begangen worden waren und die mit bis zu sechs Monaten Gefängnis oder bis zu einem Jahr auf Bewährung bestraft werden können.

1951: Das „131er-Gesetz“

Durch das Gesetz erhalten viele frühere Beamte, darunter auch NS-Belastete, das Recht, in den Staatsdienst zurückzukehren oder eine Pension zu beziehen. Es markiert die politische Entscheidung, Integration vor Strafverfolgung zu stellen.

1952: Luxemburger Abkommen

Unter maßgeblicher Mitwirkung des Abgeordneten Jakob Altmaier einigt sich die Bundesregierung mit dem Staat Israel auf umfangreiche Zahlungen, unter anderem an die Jewish Claims Conference.

1952: Staatliche Antisemitismuswelle in der DDR

Vor dem Hintergrund antisemitischer Schauprozesse in der Sowjetunion beginnt auch die SED-Führung, Jüdinnen und Juden in der DDR systematisch zu „überprüfen“. Besonders verdächtigt werden Remigranten aus dem West-Exil, da ihnen eine Nähe zum „Klassenfeind“ unterstellt wird.

1953: Bundesentschädigungsgesetz

Das Gesetz regelt die individuellen Entschädigungen für Opfer der NS-Verfolgung und wird in den folgenden Jahrzehnten mehrfach erweitert.

1954: Straffreiheitsgesetz

Die weitergehende Straffreiheit für zahlreiche NS-Straftaten markiert den Beginn einer frühen Form der „Schlussstrichpolitik“, die jedoch bald wieder infrage gestellt wird.

1958: Ulmer Einsatzgruppen-Prozess

Vor dem Landgericht Ulm stehen Mitglieder der Einsatzgruppe Tilsit wegen Massenmorden in Osteuropa vor Gericht. Das Verfahren führt zur Gründung der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg – dem bis heute zentralen Ermittlungsort für NS-Verbrechen.

1959: „Rosen für den Staatsanwalt“ läuft im Kino

Die bissige Satire thematisiert die Besetzung von Stellen mit NS-Personal in der bundesdeutschen Justiz.

1959: Eine Welle antisemitischer Schmierereien und Übergriffe erschüttert die Bundesrepublik

1960: Antisemitische Übergriffe lösen Justizdebatte um die Neufassung des § 130 Strafgesetzbuch aus: Volksverhetzung

Adolf Arndt, der grundsätzlich daran zweifelt, dass Antisemitismus strafrechtlich wirksam zu bekämpfen ist, will eine Diskriminierung in verdeckter Form durch ein Sondergesetz gegen Rassismus vermeiden. Das Gesetz spricht schließlich vom Angriff auf die „Menschenwürde anderer“.

1960/1963: Schauprozesse gegen West-Politiker

1960 und 1963 verurteilt das Oberste Gericht der DDR mit Theodor Oberländer und Hans Globke zwei hochrangige westdeutsche Politiker in Abwesenheit wegen Kriegsverbrechen und schlachtet die Prozesse propagandistisch aus.

1961: Prozess gegen Adolf Eichmann in Jerusalem

Der zuvor aus seinem Versteck in Argentinien entführte Adolf Eichmann wird als „Schreibtischtäter“ in Jerusalem für den millionenfachen Mord an den europäischen Juden zum Tode verurteilt. Der Prozess erregt weltweit Aufmerksamkeit.

1963–1965: Frankfurter Auschwitz-Prozesse

Die Prozesse gegen frühere SS-Angehörige des KZ Auschwitz thematisieren erstmals den Holocaust in der breiteren bundesdeutschen Öffentlichkeit.

1961/1965: Gedenkstätten

In der DDR wird 1961 die Gedenkstätte Sachsenhausen eröffnet, in der Bundesrepublik 1965 die Gedenkstätte Dachau. 1945 bis 1949 war das ehemalige KZ Buchenwald als Sowjetisches Speziallager Nr. 2 genutzt und dann weitgehend abgerissen worden. 1958 wurde es als Nationale Mahn- und Gedenkstätte eingeweiht – zur Erinnerung an den kommunistischen Widerstand.

1965: „Braunbuch“ der DDR

In der DDR werden die Namen von über 1800 ehemaligen Nationalsozialisten in westdeutschen Führungspositionen veröffentlicht. Die Publikation wird Teil einer mehrjährigen Propaganda-Kampagne der DDR.

1965: Erste Verjährungsdebatte zu NS-Mordverbrechen

Im Bundestag wird erstmals darüber beraten, ob Mordtaten aus der NS-Zeit verjähren sollen. Die Verlängerung der Verjährungsfrist um fünf Jahre wird beschlossen.

1966: DDR-Todesurteil für KZ-Arzt

Nach einem Schauprozess wird der Arzt Horst Fischer für „fortgesetzt begangene Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ im KZ Auschwitz zum Tode verurteilt und in Leipzig hingerichtet.

1967/1968: Studentenbewegung

Die Vergangenheit wird stärker in die Familien und den öffentlichen Diskurs getragen, dabei aber stark politisiert und ideologisiert.

1969: Zweite Verjährungsdebatte

Erneut steht die Frage nach der Verjährung von NS-Straftaten auf der Tagesordnung. Die Verjährungsfrist wird ausgesetzt, um weitere Ermittlungen zu ermöglichen.

1970: Brandts Kniefall in Warschau

Bundeskanzler Willy Brandt kniet vor dem Denkmal des Warschauer Ghettos nieder.

1970er Jahre: „Grabe, wo du stehst!“

Unter diesem Motto intensiviert sich an vielen Orten der Bundesrepublik die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit – lokal und „von unten“.

1979: Ausstrahlung der TV-Serie „Holocaust“

Die amerikanische Serie über das Schicksal der jüdischen Familie Weiss erreicht in der Bundesrepublik ein Millionenpublikum.

1979: Dritte Verjährungsdebatte

Anlässlich des bevorstehenden Fristablaufs diskutiert der Bundestag erneut intensiv über die Verjährung von Straftaten. Das Ergebnis: Mord kann nicht verjähren. Damit ist die juristische Aufarbeitung dauerhaft gesichert.



Epilog

Bundespräsident Roman Herzog am Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus bei einer Sonderveranstaltung des Deutschen Bundestages, Fotografie 19. Januar 1996
Deutscher Bundestag /Foto: Presse-Service Steponaitis

In den 1970er Jahren entstand aus der Gesellschaft heraus eine neue Dynamik der Aufarbeitung, bei der die Stimmen der Opfer verstärkt Gehör fanden. Seitdem wurde in der Bundesrepublik immer wieder kontrovers über das Erbe des Nationalsozialismus diskutiert. Im Bundestag kam es zu leidenschaftlich geführten Vergangenheitsdebatten. Unter den Parlamentariern befanden sich aber nur noch vereinzelt Abgeordnete, in deren Familienbiografie sich der Holocaust – wie bei Freimut Duve, Gregor Gysi, Jerzy Montag oder Jutta Oesterle-Schwerin – eingeschrieben hat.

Seit der Friedlichen Revolution in der DDR und mit der Wiedervereinigung hat sich gesamtdeutsch eine Kultur des Erinnerns aus historischer Verantwortung herausgebildet. Die Erfahrung zeigt jedoch: Sie allein schützt nicht vor Revisionismus oder Geschichtsverfälschung – auch nicht vor neuen Formen des Rassismus und des Antisemitismus. Darauf wirksame Antworten zu finden, ist deshalb bleibender Auftrag.

Vergangenheitsaufarbeitung – Kontroversen, Debatten, Entscheidungen seit den 1980er Jahren

Chronologie

1985: Rede Richard von Weizsäckers zum 8. Mai

Der Bundespräsident bezeichnet in der Gedenkstunde zum 40. Jahrestag des Kriegsendes im Deutschen Bundestag den 8. Mai 1945 als „Tag der Befreiung“. Wenige Tage zuvor löste der Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl mit US-Präsident Ronald Reagan auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg, wo auch Soldaten der Waffen-SS bestattet sind, heftigen Streit aus.

1986/87: Historikerstreit

Die öffentliche Debatte über die Singularität des Holocaust und seine Einordnung in die Geschichte prägt als ein „Historikerstreit“ das Selbstverständnis der Bundesrepublik Mitte der 1980er Jahren. Zuvor wurden bereits die Gründungen des Deutschen Historischen Museums und des Hauses der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland kontrovers diskutiert,

1990: Erklärung der frei gewählten Volkskammer zu NS-Verbrechen

Nach der friedlichen Revolution bekennt sich die erste und einzige frei gewählte Volkskammer „zur Verantwortung der Deutschen in der DDR für ihre Geschichte und ihre Zukunft“ und zur Mitverantwortung für die NS-Verbrechen.

1996: Holocaust-Gedenktag

Der 27. Januar wird zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus. Seither findet im Deutschen Bundestag jährlich eine offizielle Gedenkstunde im Plenum statt. Im selben Jahr löst Daniel Goldhagens Buch „Hitlers willige Vollstrecker“ eine öffentliche Debatte über „ganz normale Deutsche“ als Täter im Holocaust aus.

1997: Debatte um die Wehrmachtsausstellung

Die Ausstellung über Verbrechen der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg wühlt die Gesellschaft auf und führt zu einer hochemotionalen Parlamentsdebatte.

1998: Gesetz zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile in der Strafrechtspflege (NS-AufhG)

Der Deutsche Bundestag hebt zahlreiche politisch motivierte NS-Strafurteile auf. 2002 wird der Anwendungsbereich erweitert, u. a. für Deserteure und Verurteilte nach § 175 (Strafbarkeit von Homosexualität unter Männern).

1998: Walser-Bubis-Debatte

In seiner Friedenspreisrede am 11. Oktober 1998 in der Frankfurter Paulskirche spricht der Schriftsteller Martin Walser u. a. von der „Monumentalisierung der Schande“ durch das Berliner Holocaust-Mahnmal. Ignaz Bubis widerspricht, es entsteht eine heftige öffentliche Kontroverse über das Erinnern und Gedenken.

1999/2005: Holocaust-Mahnmal in Berlin

Nach intensiven Debatten beschließt der Deutsche Bundestag den Bau des Denkmals für die ermordeten Juden Europas. 2005 wird es eröffnet. Der Kuratoriumsvorsitz liegt bei der Bundestagspräsidentin/dem Bundestagspräsidenten.

2000: Gesetz zur Errichtung der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“

Die Stiftung diene zunächst der Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter und unterstützt bis heute Projekte zur Bildungs- und Erinnerungsarbeit.

Dezember 1999/1999–2000: Umsetzung der Washingtoner Prinzipien (Gemeinsame Erklärung)

Der Deutsche Bundestag stimmt für die Umsetzung der Washingtoner Prinzipien zur Rückgabe NS-ge-raubter Kunst.

2011–2016: Späte NS-Prozesse

Mit den Verfahren gegen John Demjanjuk, Oskar Gröning und andere ändert sich die Rechtsprechung. Nun können auch NS-Täter verurteilt werden, ohne dass eine konkrete Einzeltat nachgewiesen werden muss – die nachweisliche Beteiligung am Vernichtungsprozess reicht aus.

2013–2015: Förderung der Provenienzforschung

Der öffentliche Skandal um die Kunstsammlung Gurlitt führt zu Parlamentsdebatten über die Restitution von Raubkunst. In der Folge unterstützt der Bund Maßnahmen zur Provenienzforschung und Förderung zentraler Institutionen.

Seit 1990er Jahre: Rahmenkonzeption Gedenkstätten

Seit den 1990er Jahren führt der Deutsche Bundestag wiederholt Debatten über eine „Gesamtkonzeption“ des Bundes für Mahn- und Gedenkstätten, beschließt Finanzhilfen und berät Förder- bzw. Gesetzesinitiativen zur Stärkung der Gedenkstätten- und Erinnerungslandschaft.

Seit 2010er Jahren: Anerkennungs- und Aufarbeitungsanträge im Parlament

Der Deutsche Bundestag berät und beschließt fortlaufend Initiativen zu Anerkennung einzelner Opfergruppen (z. B. von Opfern der NS-Euthanasie und Zwangssterilisation) sowie zur Stärkung der Bildungs- und Forschungsförderung rund um das NS-Unrecht.

Ep.1

Bundespräsident Richard von Weizsäcker bei seiner Ansprache zum 8. Mai im Plenum des Deutschen Bundestages, Fotografie 1985

Deutscher Bundestag

Ep.2

Denkmal für die Ermordeten Juden Europas des Architekten Peter Eisenman, Fotografie

Deutscher Bundestag/Foto: Lichtblick/Achim Melde

Ep.3

Antrag aller Fraktionen der 10. Volkskammer der DDR zu einer Gemeinsamen Erklärung, 12. April 1990, Abb.

bpb, Fotocollage: Holger Kulick

Als Konsequenz der Friedlichen Revolution wählten die Bürgerinnen und Bürger der DDR am 18. März 1990 in gleicher und geheimer Wahl die Abgeordneten der 10. Volkskammer. Das erste und einzige frei gewählte Parlament der DDR verabschiedete gleich zu Beginn eine fraktionsübergreifende Erklärung, in der „die Juden in aller Welt um Verzeihung“ gebeten werden – auch „für Heuchelei und Feindseligkeit der offiziellen DDR-Politik“. Die Abgeordneten bekannten sich zur Verantwortung für eine „gerechte Entschädigung“ und zum Schutz jüdischen Lebens. Im Juli 1990 sicherte die Volkskammer sowjetischen Jüdinnen und Juden ein unbürokratisches Bleiberecht zu – eine im vereinten Deutschland übernommene Regelung, die in den jüdischen Gemeinden zu einer immensen Dynamik und einem Aufblühen jüdischer Kultur in Deutschland führte.

Die Gemeinsame Erklärung der freien DDR-Volkskammer vom 12. April 1990 im Wortlaut hier:



Weitere Hintergründe in einem Video der Bundesstiftung Aufarbeitung hier:



Das erste frei gewählte Parlament der DDR bekennt sich im Namen der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes zur Mitverantwortung für Demütigung, Vertreibung und Ermordung jüdischer Frauen, Männer und Kinder. Wir empfinden Trauer und Scham und bekennen uns zu dieser Last der Deutschen Geschichte.

Wir bitten die Juden in aller Welt um Verzeihung. Wir bitten das Volk in Israel um Verzeihung für Heuchelei und Feindseligkeit der offiziellen DDR-Politik gegenüber dem Staat Israel und für die Verfolgung und Entwürdigungen jüdischer Mitbürger auch nach 1945 in unserem Lande.

Wir erklären, alles uns mögliche zur Heilung der seelischen und körperlichen Leiden der Überlebenden beitragen zu wollen und für eine gerechte Entschädigung materieller Verluste einzutreten.

Ep.4

Hinweisschild auf Neugestaltung der Gedenkstätte Sachsenhausen, Metall, 150 x 200 x 0,3 cm, 1991, Abb.

Stiftung Haus der Geschichte/Foto: Axel Thünker

Mit Überwindung der SED-Diktatur veränderten sich die Gedenkstätten, die von der DDR an den Orten der NS-Verbrechen errichtet worden waren: Der Blick öffnetet sich nun auch auf die Opfergruppen, die mit Fokus auf den antifaschistischen Widerstand unterbelichtet geblieben waren.

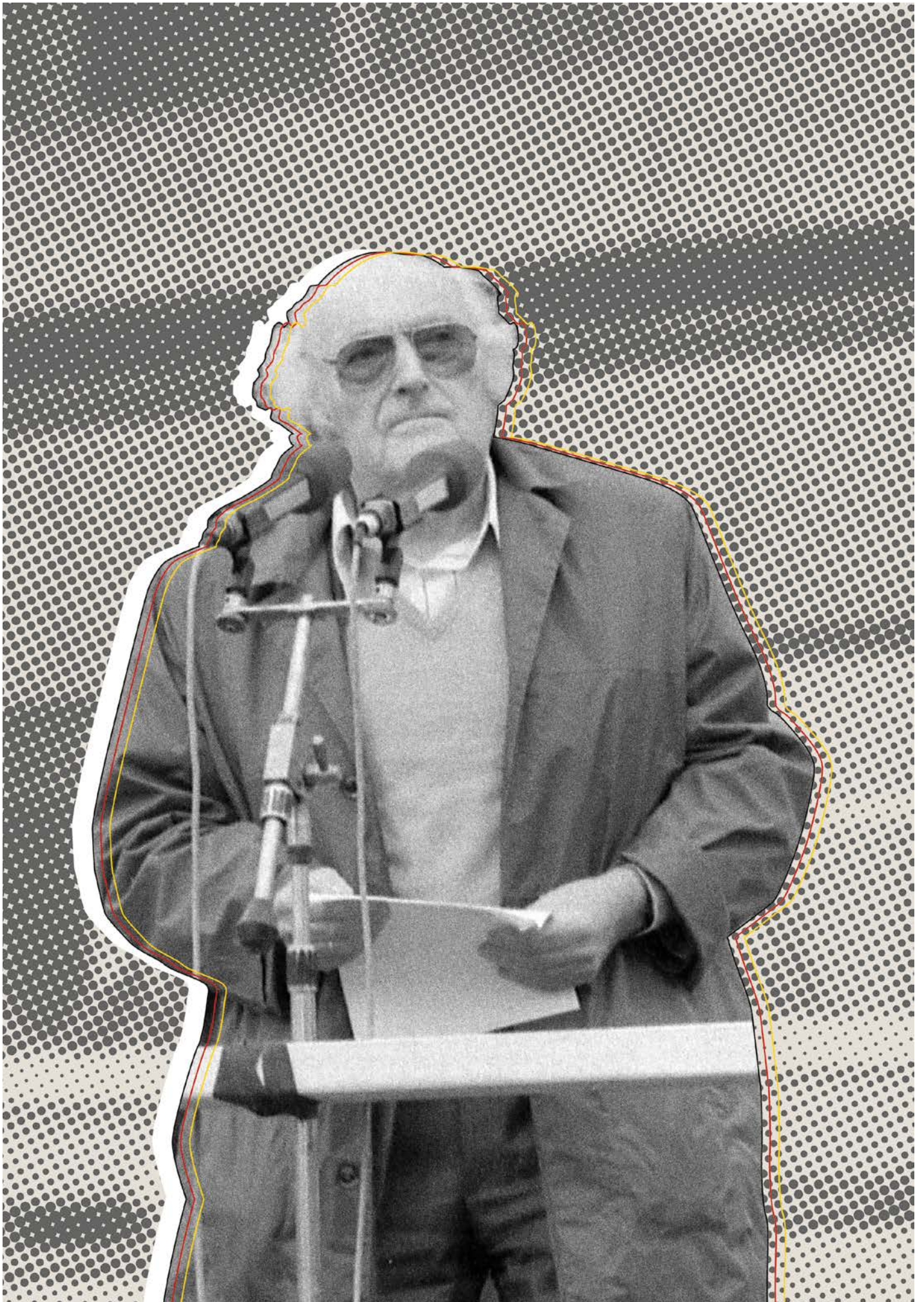
Liebe Besucher,

diese Gedenkstätte wurde von den kommunistischen Machthabern vor der Perestroika und der Wende zum Gedenken an die Opfer der Nazi-verbrecher errichtet und gestaltet.

Die überbetonte, sehr plakative Darstellung des kommunistischen Widerstandes drängt die übrigen Opfer des Naziterrors in den Hintergrund. Die objektive Darstellung der Leiden der rassisch und wegen ihrer Religionszugehörigkeit Verfolgten, insbesondere die Vernichtung des jüdischen Volkes, der Opfer von Sinti und Roma sowie der übrigen Gruppen von Verfolgten wird die Aufgabe einer Neugestaltung sein.

Das Ende der kommunistischen Herrschaft und die Vereinigung unseres Landes in Frieden und Freiheit machen es möglich, auch derer zu gedenken, die nach 1945 unter der sowjetischen Besatzungsmacht und dem DDR-Unrechtsstaat im Widerstand Freiheit, Gesundheit und Leben geopfert haben.

DIE LEITUNG DER GEDENKSTÄTTE



B.9

Literat und Alterspräsident – Stefan Heym (1913–2001)

Stefan Heym, der aus einer jüdischen Familie stammt, wird bereits als Schüler wegen seiner antifaschistischen Gedichte von den Nationalsozialisten verfolgt. Sein Vater begeht Selbstmord, im Holocaust verliert er zahlreiche Familienmitglieder. 1935 gelingt ihm die Flucht in die USA. Im Zweiten Weltkrieg kämpft er mit den „Ritchie Boys“ in der US-Armee gegen das NS-Regime.

Gemeinsam mit seiner amerikanischen Frau remigriert Heym unter dem Eindruck des Antikommunismus der McCarthy-Ära 1953 in die DDR. Zunächst als antifaschistischer und sozialistischer Schriftsteller hofiert, gerät er schnell in Konflikte mit der DDR-Führung. Immer wieder kritisiert er die repressive Politik der SED. Einige seiner Werke, die literarisch das Zeitgeschehen dokumentieren, sind in der DDR verboten und erscheinen nur im Westen.

Während der Friedlichen Revolution 1989 setzt er sich für einen demokratischen Sozialismus ein. Im November 1989 spricht er vor einer halben Million Menschen auf dem Berliner Alexanderplatz und ermutigt zur eigenständigen politischen Teilhabe.

1994 tritt er als parteiloser Kandidat der PDS für die Bundestagswahl an und eröffnet als Alterspräsident den 13. Deutschen Bundestag. Antifaschismus und soziale Gerechtigkeit sind seine zentralen politischen Anliegen, außerdem eine stärkere Berücksichtigung ostdeutscher Ideen und Interessen im Prozess der inneren Einheit nach der Wiedervereinigung. 1995 gibt er aus Protest gegen eine Diätenerhöhung der Abgeordneten sein Mandat zurück.

Ep.5

Stefan Heym eröffnet als Alterspräsident den 13. Deutschen Bundestages, Fotografie 10. November 1994

Bundesregierung/Foto: Arne Schambeck

Ep.6

Werbepostkarte für Stefan Heym zur Bundestagswahl 1994

Ep.7

Hut von Stefan Heym

Ep.8

Briefpapier und Visitenkarte von Stefan Heym als Alterspräsident des 13. Deutschen Bundestags

Alle: Leihgaben Internationales Stefan-Heym-Forum

Vier Jahre nach der Wiedervereinigung eröffnete der Schriftsteller Stefan Heym als Alterspräsident den 13. Deutschen Bundestag. Das Parlament trat dazu fünf Jahre vor dem Umzug nach Berlin im Reichstagsgebäude zusammen. In seiner Rede verband Heym die Geschichte des Ortes mit seiner Biografie:

„Das Reichstagsgebäude, in dem wir uns heute befinden, brannte. Ich selber habe den Brand gesehen. Kurz darauf musste ich Deutschland verlassen und sah es erst in amerikanischer Uniform wieder — ein Überlebender — und kehrte Jahre später dann in den östlichen Teil des Landes, in die DDR, zurück, wo ich auch bald in Konflikt mit den Autoritäten geriet.“

Der Auftritt des streitbaren parteilosen Sozialisten jüdischer Herkunft, der auf der Liste der PDS ins Parlament eingezogen war, polarisierte. Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion verweigerten Heym den Beifall und verließen teilweise den Saal.

Auszüge aus der Rede von Alterspräsident Stefan Heym am 10. November 1994 hier hören:



„Wenn einer wie ich, mit dieser Lebensgeschichte, sich jetzt von hier aus an Sie wenden und den 13. Deutschen Bundestag, den zweiten des wiedervereinigten Deutschlands, eröffnen darf, so bestärkt das meine Hoffnung, dass unsere heutige Demokratie doch solider gegründet sein möchte als es die Weimarer war, und dass diesem Bundestag wie auch jedem künftigen ein Schicksal wie das des letzten Reichstages der Weimarer Republik erspart bleiben mag.“

Stefan Heym

Ep.9

Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941–1944. Eine Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung, 1995 ff., Fotografie

ullstein bild - amw

Ab Mitte der 1990er Jahre machte die Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung zur Rolle der Wehrmacht im NS-Vernichtungskrieg öffentlich Furore. Am 13. März 1997 diskutierte auch der Deutsche Bundestag darüber. Die Debatte mit sehr persönlichen Redebeiträgen gilt als eine „Sternstunde“ des Parlaments. Die hoch emotionale Kontroverse um die „Wehrmachtsausstellung“ zeigte eindrücklich: Sich deutscher Täterschaft zu stellen, ist ein individuell schmerzhafter und gesellschaftlich langwieriger Prozess.

Ep.10

Bundespräsident Roman Herzog am Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus bei einer Sonderveranstaltung des Deutschen Bundestages, Fotografie 19. Januar 1996

Deutscher Bundestag/Foto: Presse-Service Steponaitis

1996 proklamierte Bundespräsident Roman Herzog den 27. Januar, das Datum der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz 1945, zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus. Der Deutsche Bundestag bekennt sich in der jährlichen Gedenkstunde zur Selbstverpflichtung von Staat und Parlament, die Erinnerung an die Opfer deutscher Verbrechen wachzuhalten.

Dokumentation der Gedenkstunden hier:



Aus Gedenkreden zum 27. Januar

„Immer weniger Zeitzeugen können uns ihre Geschichte erzählen. Aber wir können – und müssen! – uns ihr Leid auf andere Weise vergegenwärtigen. Und ihr Zeugnis weitertragen. Wir müssen in der Erinnerungskultur neue Wege gehen.“

Bärbel Bas, 2023

„Es ist niederschmetternd, eingestehen zu müssen: Unsere Erinnerungskultur schützt nicht vor einer dreisten Umdeutung oder sogar Leugnung der Geschichte. Sie schützt auch nicht vor neuen Formen des Rassismus und des Antisemitismus... Wir müssen die Formen des Erinnerns erneuern. Unsere kollektive Verantwortung bleibt. Sie schließt auch nachfolgende Generationen ein. Und Deutsche, deren Familien erst nach dem Nationalsozialismus nach Deutschland gekommen sind. Machen wir uns bewusst: Das Selbstverständnis unseres Landes steht auf dem Spiel!“

Wolfgang Schäuble, 2021

„Für die schreckliche Vergangenheit unseres Landes sind die Nachgeborenen nicht verantwortlich, für den Umgang mit dieser Vergangenheit aber schon.“

„Manches ist verhandelbar, das Existenzrecht Israels nicht.“

Norbert Lammert, 2011 und 2015

„Wenn wir eines aus der Geschichte gelernt haben, dann doch dies: Es wäre fatal, wenn sich eine schweigende Mehrheit nicht „zuständig“ fühlte für das, was in unserem Land passiert.“

Wolfgang Thierse, 2000

„Die Erinnerung an die Jahre der Inhumanität in Deutschland sollte uns vor allzu großer Selbstsicherheit warnen.“

Rita Süßmuth, 1996

Anhang

Den dokumentarischen Charakter der Ausstellung unterstreichen zahlreiche in den Ausstellungsabschnitten und über eine Medienstation bereitgestellte Archivalien und Originalaufnahmen aus Interviews und Reden:

- Briefe von Jacob Riesser an seinen Sohn Hans Eduard Riesser, 19. Juli 1922 (*Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, NL 244/2*) und an den Stadt-
magistrat Frankfurt a.M., 24. April 1923 (*Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main A.02.01,R 154-2,f.92*); Brief von Otto Riesser an Oberbürgermeister Walter Kolb, o.D. (*Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main A.02.02,Bd. 270, f.617*)
- Jeanette Wolffs Bericht über den 9. November 1938 (Manuskript), (*Stadtarchiv Dinslaken, Nachlass Jeanette Wolff*)
- Zum jüdischen Familienhintergrund Helmut Schmidts: Brief von Friederike Feind an Gustav Schmidt vom 10. Juni 1942 über seine uneheliche Herkunft (*Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-Stiftung*)
- Ansprache von Bundeskanzler Helmut Schmidt anlässlich der Gedenkfeier zur Reichspogromnacht am 9. November 1938 in der Kölner Synagoge, 9. November 1978 (*Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-Stiftung*)
- Aussage des Pastors Gerhard Salzsieder zum Schicksal der Familie von Adolf Arndt an ihrem Zufluchtsort Beerberg in Schlesien, 16. Januar 1946; und: Eidesstattliche Versicherung des ehemaligen Berliner Kanzleipartners Fritz Schönebeck zur Verfolgung von Adolf Arndt durch das NS-Regime, um 1952 (*AdsD, Nachlass Arndt*)
- Manuskript von Georg Schulhoffs Erinnerungen aus dem Jahr 1987 an die Zeit der Verfolgung im Nationalsozialismus und des Neuanfangs nach 1945 (*Privatbesitz Esther und Tanja Schulhoff*)
- „K-Z Hohnstein“ – Artikelserie von Will Greif (Peter Blachstein) aus der Zeitschrift „Freies Deutschland“, März bis Juli 1939 und Will Greiff (Peter Blachstein), Ein Prozess. Ein deutsches Schauspiel aus dem Jahre 1934 (Norwegen 1936) (*abgedruckt in: Peter Blachstein – „In uns lebt die Fahne der Freiheit“. Zeugnisse zum frühen Konzentrationslager Burg Hohnstein, hrsg. von der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft (Heftreihe „Lebenszeugnisse – Leidenswege“, 18), eingeleitet und bearbeitet von Norbert Haase und Mike Schmeitzner, Dresden 2005; https://www.stsg.de/cms/sites/default/files/upload/dokumente/pdf/1l_heft_18.pdf*)

- „Das Wesentliche fasse ich immer kurz. Und das verhilft auch zu angemessener Distanz“: Erik Blumenfeld in Selbstzeugnissen über sein Überleben im Nationalsozialismus (Auszüge aus u.a.: „Meine Härte habe ich in Auschwitz verbraucht“ (Die ZEIT, 6.4.1979), Auf vielfache Weise den NS-Mördern entkommen (WELT, 15.3.1985), Interview mit Herlinde Koelbl 1989 (BArch, N 1388/64, Image 0475, 0477, 0479, 0481, 0483 0485).
- Selbstverfasster Lebenslauf von Julius Meyer, 5. Januar 1953 (BA, DY 30 71281, S. 86,88,90)
- Rede Jeanette Wolffs beim 2. Parteitag der SPD 1947 (*Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Nürnberg, 29. Juni bis 2. Juli, 1947, S. 82-85*; <https://library.fes.de/parteitage/pdf/pt-jahr/pt-1947.pdf>)
- Jeanette Wolff: Sadismus oder Wahnsinn. Erlebnisse in den deutschen Konzentrationslagern im Osten. Mit einem Geleitwort von Bärbel Bas, hrsg. vom Deutschen Bundestag und der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas Berlin 2025 (um einen biografischen Essay erweiterter Nachdruck der Originalausgabe von 1947)
- Auszüge aus der Rede Erik Blumenfelds am 23. April 1947 in der Hamburgischen Bürgerschaft zum Thema Wiedergutmachung und Entnazifizierung (*Stenographische Berichte über die Sitzungen der Bürgerschaft zu Hamburg im Jahre 1947, 9. Sitzung vom 23.4.1947, S. 220-223*)
- Auswahl an publizistischen Arbeiten von Peter Blachstein zum Antisemitismus: „Wehrt dem Antisemitismus“, „Rasse richtig gesehen“, Wandsbeker Weckruf: „Richter fördern Antisemitismus“ (AdsD, *Nachlass Peter Blachstein*)
- Brief von Erik Blumenfeld an einen Bürger zur Auschwitz-Lüge, 24. März 1975 (BA, N 1388/20, Image 1177, 1179, 1181)
- Jeanette Wolff, Zur Lage der Juden in der Bundesrepublik, 1967 (Manuskript), (*Stadtarchiv Dinslaken, Nachlass Jeanette Wolff*)
- Jeanette Wolff über ihre Israelreise 1956 (Manuskript), (*Stadtarchiv Dinslaken, Nachlass Jeanette Wolff*)
- Auszüge aus der Entschädigungsakte Julius Meyer (*Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO) – Entschädigungsbehörde, AZ: 347.149, M18, 1. Juli 1958 und B1, 25. Februar 1958 und der Prozessakte Julius Meyer: AZ: 347.149 R351*)
- Causa Wolfgang Hedler: Auszug aus dem Plenarprotokoll (*Deutscher Bundestag, 1. Wahlperiode. Protokoll der 46. Sitzung, 10. März 1950, S. 1560f.*; <https://dserver.bundestag.de/btp/01/01046.pdf>)
- Zur Aufführung von „Die Ermittlung“ in der Volkskammer 1965: Offizielle Anleitung der Agitationskommission beim Zentralkomitee der SED an die Redaktionen in Funk und Presse (BA, VVN-BdA); Auszüge aus Günter Zehm: Gehirnwäsche auf der Bühne. „Die Ermittlung“ von Peter Weiss – Dokumentation oder Kunstwerk?, in: *Die Welt*, 125.10.1965 und Dieter E. Zimmer: Die Lesung in der Volkskammer der DDR, in: *Die Zeit*, Nr. 44, 29. Oktober 1965
- Rede Jeanette Wolff zur Novelle des Bundesentschädigungsgesetzes 1955 (*Deutscher Bundestag, 2. Wahlperiode. Protokoll der 90. Sitzung, 22. Juni 1955, S. 5089-5091*; <https://dserver.bundestag.de/btp/02/02090.pdf>)
- Jakob Altmaier, Meine Arbeit und Mitwirkung am „Israel-Vertrag“ (Manuskript), (*AdsD, Nachlass Jakob Altmaier*)
- Leo Zuckermann: Restitution und Wiedergutmachung, in: *Die Weltbühne*, Nr. 17 (27. April 1948), S. 430-432 (*Auszüge*)
- Rede Gerhard Jahn zur Rechtspolitik der Bundesregierung und zur Rechtsprechung in NSG-Verfahren (*Deutscher Bundestag, 3. Wahlperiode. Protokoll der 56. Sitzung, 22. Januar 1959, S. 2069–3076*)
- Antrag aller Fraktionen der 10. Volkskammer der DDR zu einer Gemeinsamen Erklärung, 12. April 1990 (*Drucksache-Nr.4_Beschluss-Volkskammer.pdf*)
- Eröffnungsrede von Stefan Heym als Alterspräsident des 13. Deutschen Bundestages 1994 (*Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode. Protokoll der 1. Sitzung, 10. November 1994, S. 1-3*; <https://dserver.bundestag.de/btp/13/13001.pdf>)

Außerdem abrufbar auf der Hör- und Medienstation in der Ausstellung u. a.:

- Ausschnitt Interview mit Jeanette Wolff zum Thema „Juden nach 1945“, *Berliner Fenster - Jüdische Gemeinde zu Berlin*, 13.12.1971, RBB-Archiv
- Ernst Benda im Gespräch mit Werner Reuß, *Baye-rischer Rundfunk, alpha-Forum*, 27. April 1999
- Erik Blumenfeld im Interview von Rainer Krawitz zum 40. Jahrestag der Pogrome 1938, *Deutschland-funk*, 9. November 1978, 06.05 Uhr
- Gespräch der Bundestagsabgeordneten Erik Blumenfeld (CDU) und Franz Ludwig Graf von Stauffenberg (CSU) zur Verjährungsdebatte, 9. November 1978, ZDF
- Ausschnitte der szenischen Aufführung von „Die Ermittlung“ in der DDR-Volkskammer, 1965 (*Deut-sches Rundfunkarchiv*)
- Wolfgang Schulhoff über seinen Vater und das Überleben im Nationalsozialismus, Auszüge aus: *Düsseldorf 1933-1945. Filmdokumentation von Volker Ackermann, dembach mediaworks 2007*

Experteninterviews

In der Ausstellung ordnen Prof. Dr. Frank Bajohr, Dr. Kristina Meyer und Prof. Dr. Miriam Rürup die Inhalte der Ausstellungsabschnitte wissenschaftlich ein.

Ihre Beiträge können hier abgerufen werden:



Prof. Dr. Frank Bajohr

ist Senior Research Fellow am Zentrum für Holocaust-Studien des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin (IfZ). Er zählt zu den besten Kennern der Geschichte des Nationalsozialismus und des Holocaust und ist Biograf von Erik Blumenfeld.



Dr. Kristina Meyer

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung. Sie forscht zur Geschichte der Sozialdemokratie, zur Nachgeschichte des Nationalsozialismus, zur Geschichte der deutsch-israelischen Beziehungen und zur deutsch-jüdischen Geschichte.



Prof. Dr. Miriam Rürup

ist Direktorin des Moses-Mendelssohn-Zentrums für europäisch-jüdische Studien an der Universität Potsdam. In ihren aktuellen Forschungen beschäftigt sie sich u.a. mit Fragen der deutsch-deutschen jüdischen Erinnerungskultur seit 1945.

Alle Fotos: Deutscher Bundestag

Nachkommen und Angehörige
der Abgeordneten berichten über
das Fortwirken der Verfolgungs-
erfahrung in den Familien



Martin Doerry

über die Ermordung seiner
Großmutter Lilli Jahn im Kon-
zentrationenlager Auschwitz und
das Verstummen seines Onkels
Gerhard Jahn.

Foto: Privat

Hier hören:



Barbara Dröschner

über ihren Vater Wilhelm
Dröschner und sein Familien-
geheimnis aus dem Zweiten
Weltkrieg.

Foto: Privat

Hier hören:





Nina Ruge

über die Deportation ihrer Urgroßmutter im Konzentrationslager Theresienstadt, das Schicksal ihrer Großmutter und ihres Vaters und dessen Schweigen in der Familie.

Foto: Axel Springer

Hier hören:



Esther Schulhoff

über ihren Großvater Georg Schulhoff, der im Kellerversteck überlebte, und ihren Vater Wolfgang Schulhoff.

Foto: Privat

Hier hören:



Brigitte Lichtenauer-Blumenfeld

über ihren Mann Erik Blumenfeld, das Schweigen und sein Verhältnis zu Israel.

Foto: Privat

Hier hören:



Auswahlliteratur

Albrecht, Willy (2001): Jeanette Wolff, Jakob Altmaier und Peter Blachstein. Die drei jüdischen Abgeordneten des Bundestags bis zum Beginn der sechziger Jahre, 236-253, in: Schoeps, Julius H. (Hrsg.), Leben im Land der Täter. Juden in Nachkriegsdeutschland (1945-1952). Berlin: Jüdische Verlagsanstalt, S. 236-253.

Bajohr, Frank (2010): Hanseat und Grenzgänger: Erik Blumenfeld – eine politische Biographie. Göttingen: Wallstein Verlag.

Bästlein, Klaus (2018): Der Fall Globke: Propaganda und Justiz in Ost und West. Berlin: Metropol Verlag.

Benz, Wolfgang (2025): Exil: Geschichte einer Vertreibung 1933-1945. München: CH Beck.

Dahrendorf, Ralf (2000): Liberal und unabhängig: Gerd Bucerius und seine Zeit. München: Beck Verlag.

Doerry, Martin (2002): »Mein verwundetes Herz«. Das Leben der Lilli Jahn 1900-1944. Stuttgart/München: Deutsche Verlags-Anstalt.

Dröscher, Barbara (2016): Wer sagt, dass Zwiespalt Schwäche sei? Das Leben des jungen Wilhelm Dröscher 1920-1948. Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH.

Dubiel, Helmut (1999): Niemand ist frei von Geschichte. Die nationalsozialistische Herrschaft in den Debatten des Deutschen Bundestages. München 1999: Carl Hanser Verlag.

Faulenbach, Bernd (2003): „Habt den Mut zu menschlichem Tun“: Die Jüdin und Demokratin Jeanette Wolff in ihrer Zeit (1888-1976). Essen: Klartext-Verlag.

Frei, Norbert (2013): Der Führerstaat: nationalsozialistische Herrschaft 1933 bis 1945. München: CH Beck.

Ders. (1996): Vergangenheitspolitik: die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit. München: CH Beck.

Ganzenmüller, Jörg (Hrsg.) (2020): Jüdisches Leben in Deutschland und Europa nach der Shoah : Neubeginn - Konsolidierung – Ausgrenzung (Europäische Diktaturen und ihre Überwindung ; Band 26). Köln/Weimar/Wien: Böhlau Verlag.

- Gosewinkel, Dieter (1991): Adolf Arndt. Die Wiederbegründung des Rechtsstaats aus dem Geist der Sozialdemokratie (1945-1961), Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH.
- Graf, Philipp (2024): Zweierlei Zugehörigkeit: Der jüdische Kommunist Leo Zuckermann und der Holocaust. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Hafkemeyer, Jörg (2012): Der Patriot: Der lange Weg des Egon Bahr. Berlin: Vorwärts-Buch.
- Hamm-Brücher, Hildegard (1996): Freiheit ist mehr als ein Wort. Eine Lebensbilanz 1921-1996, Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Hammerstein, Katrin (2017): Gemeinsame Vergangenheit – getrennte Erinnerung? Der Nationalsozialismus in Gedächtnisdiskursen und Identitätskonstruktionen von Bundesrepublik Deutschland, DDR und Österreich. Göttingen: Wallstein Verlag.
- Hartewig, Karin (2004): A German Jewish Communist of the Second Generation. The Changing Personae of Klaus Gysi, in: Fraenkel, Jonathan/ Diner, Dan (Hrsg.), Dark Times, Dire Decisions: Jews and Communism. New York: Oxford University Press, S. 255–274
- Hartung, Günter (2025): Victor Klemperer (1881-1960): Unnachgiebiger Nazi-Gegner, rationaler Aufklärer und humaner Pädagoge. Leipzig: Leipziger Uni-Verlag.
- Hockerts, Hans Günther/Moisel, Claudia/Winstel, Tobias (Hrsg.) (2006): Grenzen der Wiedergutmachung: die Entschädigung für NS-Verfolgte in West- und Osteuropa 1945-2000. Göttingen: Wallstein Verlag.
- Hofmann, Gunter (2015): Helmut Schmidt: Soldat, Kanzler, Ikone; Biographie. München: Beck Verlag.
- Hupka, Herbert (1994): Unruhiges Gewissen: Ein deutscher Lebenslauf; Erinnerungen. München: Langen Müller Verlag.
- Hutchinson, Peter (1999): Stefan Heym – Dissident auf Lebenszeit. Würzburg: Königshausen & Neumann Verlag.
- Kailitz, Steffen (2008): Die Gegenwart der Vergangenheit. Der „Historikerstreit“ und die deutsche Geschichtspolitik. Wiesbaden: Springer VS.
- Koelbl, Herlinde (1989): Jüdische Porträts. Photographien und Interviews. Frankfurt/M: S. Fischer Verlag.
- Lewinsky, Tamara/Lüdicke, Martina/Ziehe, Theresia (Hrsg.) (2023): Ein anderes Land. Jüdisch in der DDR (Katalog zur Ausstellung des Jüdischen Museums Berlin). Berlin: Ch.Links Verlag.
- Lillteicher, Jürgen (2007): Raub, Recht und Restitution. Die Rückerstattung jüdischen Eigentums in der frühen Bundesrepublik. Göttingen: Wallstein Verlag.
- Lorenz, Robert (2010): Siegfried Balke. Grenzgänger zwischen Wirtschaft und Politik in der Ära Adenauer. Stuttgart: ibidem-Verlag.
- Lühe, Irmela von der (Hrsg.) (2008): „Auch in Deutschland waren wir nicht wirklich zu Hause“: jüdische Remigration nach 1945. Göttingen: Wallstein Verlag.
- Martens, Holger (2020): Wilhelm Dröscher (1920-1977): Ein Leben für die Sozialdemokratie. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Meyer, Beate (2011): „Jüdische Mischlinge“: Rassenpolitik und Verfolgungserfahrung 1933-1945. Hamburg: Bölling und Galitz Verlag.
- Meyer, Kristina (2015): Die SPD und die NS-Vergangenheit 1945-1990. Göttingen: Wallstein Verlag.
- Dies. (2022): Zwischen Neuanfang und Vereinsamung: die drei jüdischen SPD-Bundestagsabgeordneten in den 1950er und 1960er Jahren, in: Altieri, Riccardo/Hüttner, Bernd/Weis, Florian (Hrsg.), „Wenn du ausgegrenzt wirst, gehst du zu anderen Ausgegrenzten“. Jüdinnen und Juden in der internationalen Linken, Bd. 2. Berlin: Rosa Luxemburg Stiftung, S. 83-93
- Moß, Christoph (2003): Jakob Altmaier: Ein jüdischer Sozialdemokrat in Deutschland (1889-1963). Wien/Köln: Böhlau Verlag.
- Nicola, Karl-Günter, et al. (1973): Georg Schulhoff, Präsident der Handwerkskammer Düsseldorf: 25 Jahre für das Handwerk. Recklinghausen: Bitter Verlag.
- Pohl, Dieter (2022): Nationalsozialistische Verbrechen 1939-1945. Gebhardt: Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 20., zehnte, völlig neu bearbeitete Auflage. Stuttgart: Klett-Cotta Verlag.
- Proffittlich, Sonja (2010): Mehr Mündigkeit wagen: Gerhard Jahn (1927-1998); Justizreformer der sozial-liberalen Koalition. Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH.

Schmeitzner, Mike (2005): Diktaturerfahrung und politische Konsequenz: Zur Biografie des deutsch-jüdischen Sozialisten Peter Blachstein, in: Peter Blachstein, „In uns lebt die Fahne der Freiheit“. Zeugnisse zum frühen Konzentrationslager Burg Hohnstein. Eingeleitet und bearbeitet von Norbert Haase und Mike Schmeitzner im Auftrag der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft, Dresden, S. 23-56.

Schreiber, Hermann/Honisch, Dieter/Simoneit, Ferdinand (1980): Die Rosenthal Story: Menschen, Kultur, Wirtschaft. Düsseldorf: Econ Verlag.

Schüler-Springorum, Stefanie (2025): Unerwünscht: Die westdeutsche Demokratie und die Verfolgten des NS-Regimes. Frankfurt/M: S. Fischer

Seemann, Birgit (2000): Jeanette Wolff: Politikerin und engagierte Demokratin (1888-1976). Frankfurt am Main: Campus Verlag.

Soell, Hartmut (2003): Helmut Schmidt 1918-1969. Vernunft und Leidenschaft. München: Deutsch Verlags-Anstalt.

Sternburg, Wilhelm von (1998): „Um Deutschland geht es uns“. Arnold Zweig. Die Biographie. Berlin: Aufbau Verlag.

Strnad, Maximilian (2021): Privileg Mischehe? Handlungsräume »jüdisch versippter« Familien 1933-1949 (Reihe: Hamburger Beiträge zur Geschichte der deutschen Juden; Bd. 54). Göttingen: Wallstein Verlag.

Weinke, Annette (2002): Die Verfolgung von NS-Tätern im geteilten Deutschland: Vergangenheitsbewältigungen 1949-1969 oder eine deutsch-deutsche Beziehungsgeschichte im Kalten Krieg. Paderborn: Brill Schöningh.

Wengst, Udo (1997): Thomas Dehler, 1897-1967: Eine politische Biographie. De Gruyter Oldenbourg.

Westermann, Daniel (2021): Ernst Eichelbaum – Soldat, politischer Beobachter, Bürgermeister, Politiker in Ost und West. Vom Kaiserreich bis zu Wiedervereinigung, in: Historisch-Politische Mitteilungen. Archiv für Christlich-Demokratische Politik, 28 Jg. Wien/Köln: Böhlau Verlag, S.

Wüstenberg, Jenny (2020): Zivilgesellschaft und Erinnerungspolitik in Deutschland seit 1945. Münster: LIT Verlag.

Materialien für Schulen

Zur Ausstellung erscheint für die Klassenstufen 9–12 Materialien zum Besuch in der Ausstellung und zur Nutzung im Unterricht.

Die Materialien sind als pdf hier abrufbar:



Wissenschaftliches Symposium: „Der frühe Bundestag. Personal und Praktiken nach dem National- sozialismus“

26. und 27. Februar 2026, Anhörungssaal im
Marie-Elisabeth-Lüders-Haus

Die Ausstellung „An eine Zukunft glauben. Jüdische Biografien in der parlamentarischen Gründergeneration“ nähert sich den parlamentarischen Anfängen biografisch – aus der Perspektive von Abgeordneten, die als Jüdinnen und Juden oder wegen ihrer jüdischen Herkunft Diskriminierung und Verfolgung erlitten haben.

Mit ihren biografischen Schlaglichtern versteht sich die Ausstellung als ein Impuls in die Wissenschaft hinein, biografische Forschungen für den parlamentarischen Raum weiter zu intensivieren. Ein öffentliches, interdisziplinär ausgerichtetes Symposium wird ausstellungsbegleitend einen thematisch erweiterten Blick auf die parlamentarische Gründergeneration werfen.

Veranstalter der Tagung im Auftrag des Deutschen Bundestages sind die Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien e. V., das Institut für Zeitgeschichte München–Berlin und das Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam.



Kommission für Geschichte
des Parlamentarismus
und der politischen Parteien e.V.

Leibniz Institute
for Contemporary History

 **Institut für
Zeitgeschichte**
M ü n c h e n – B e r l i n



Leibniz-Zentrum für
Zeithistorische
Forschung Potsdam

**Alle Informationen zum Symposium
finden Sie hier:**



Impressum

Eine Ausstellung des Fachbereichs Geschichte, Politik und Kultur (WD 1) in den Wissenschaftlichen Diensten des Deutschen Bundestages



Deutscher Bundestag

Unterstützt durch



Ausstellungsteam: Florian Dierl, Theresa Essers, Jan-Gottfried Esser, Monique Jajo, Lina Kujak, Petra Lehmann, Johanna Luther, Can Nohl, Dr. Hilmar Sack (verantwortlich), Anton Alexander Schober, Dr. Klaus Seidl, Natalie Weis

Gestaltung: REDPEAR, Potsdam

Ausstellungsbau: mediapool. Agentur für Inszenierungen – Veranstaltungen – Ausstellungen, Berlin

Dank

Diese Ausstellung wurde ermöglicht durch umfangreiche Unterstützung zahlreicher Fachreferate in der Bundestagsverwaltung. Den Kolleginnen und Kollegen danken wir herzlich!

Für das Einbringen ihrer wissenschaftlichen Expertise in Experteninterviews danken wir Prof. Dr. Frank Bajohr (Institut für Zeitgeschichte München-Berlin), Dr. Kristina Meyer (Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung) und Dr. Miriam Rürup (Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien e.V., Potsdam). Zur DDR-Volkskammer gaben Wilma Schütze und Dr. Bettina Tüffers von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien e.V. (KGParl) wichtige Hinweise.

Leihgaben stellen das Jüdische Museum Westfalen in Dorsten, das Stadtarchiv Dinslaken, das Stadtmuseum Berlin und das Stefan-Heym-Forum in Chemnitz zur Verfügung. Ein besonderer Dank gilt den Angehörigen und Nachkommen von Abgeordneten, die uns Zugang zu Privatsammlungen gewährt und ihre Erinnerungen in Interviews mit uns geteilt haben: Martin Doerry, Barbara Dröscher, Brigitte Lichtenauer-Blumenfeld, Nina und Ulrich Ruge, Esther und Tanja Schulhoff.

Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dieser Archive, Bibliotheken und Medieneinrichtungen danken wir für die Unterstützung bei der Recherche und Bereitstellung von Archivalien und Abbildungen:

Akademie der Künste

Archiv der Medizinischen Hochschule Hannover:
Archiv der Deutschen Gesellschaft für experimentelle und klinische Pharmakologie und Toxikologie (DGPT)

Friedrich-Ebert-Stiftung – Archiv der sozialen Demokratie (AdsD)

Aufbau-Verlage

Bayerischer Rundfunk (BR) Unternehmensarchiv

Bundesarchiv und Bundesarchiv Bild, Koblenz (BA)

Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-Stiftung

Deutsches Rundfunkarchiv. Stiftung von ARD und Deutschlandradio (DRA)

Deutschlandradio Archiv

Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH)

Gedenkstätte Deutscher Widerstand (GDW)

Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Berlin e.V.

Institut für Stadtgeschichte, Frankfurt a. M. (ISG FFM)

Institut für Zeitgeschichte München - Berlin (IfZ)

International Institute of Social History, Amsterdam (IISG)

Internationale Stefan-Heym-Gesellschaft, Chemnitz

Jüdisches Museum Berlin

Jüdisches Museum Dorsten

Konrad-Adenauer-Stiftung – Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP)

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten Beglaubigungen, Apostillen und Legalisationen (LABO Berlin)

Landesamt für Finanzen Rheinland-Pfalz

Landesarchiv Baden-Württemberg – Hauptstaatsarchiv Stuttgart

Landesarchiv Berlin

Landesarchiv Nordrhein-Westfalen (LAV NRW)

Landesarchiv Rheinland-Pfalz

Landesgeschichtliche Vereinigung für die Mark Brandenburg e.V.

Leo-Baeck-Institut

Münchner Stadtmuseum

Museum für Hamburgische Geschichte

Museum Voswinckelshof, Dinslaken

Neues Deutschland Archiv

Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes

Porzellanikon - Staatliches Museum für Porzellan in Selb & Hohenberg a.d. Eger

rbb Media GmbH

Staatliches Museum Auschwitz-Birkenau

Staats- und Universitätsbibliothek Dresden (SLUB Dresden)

Staatsarchiv München (StAM)

Staatsarchiv Nürnberg (StAN)

Staatsbibliothek zu Berlin - Preußischer Kulturbesitz

Schweizerisches Bundesarchiv

Stadtarchiv Dinslaken

Stadtmuseum Berlin

Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas

Stiftung Deutsches Historisches Museum (DHM)

Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (HdG)

Stiftung Sächsische Gedenkstätten (StSG)

Wien Museum

Yad Vashem – Internationale Holocaust Gedenkstätte

ZDF Unternehmensarchiv

Bildnachweis der Abgeordnetenfotos

(Montage: REDPEAR, Potsdam):

Jakob Altmaier: AdsD/FES, 6/FOTA015613 – Adolf Arndt: Bundesregierung, Foto: Gerhard Heisler – Peter Blachstein: AdsD/6-FOTA033969 – Erik Blumenfeld: ullstein bild - Günther Krüger – Wilhelm Dröscher: Privatbesitz Barbara Dröscher/ Foto: Jupp Darchinger – Hildegard Hamm-Brücher: IfZArch, ED 379/1364, BA-012106 – Stefan Heym: BA, Bild 183-1989-1104-039, Foto: Hubert Link – Gerhard Jahn: Landesarchiv Berlin, F Rep. 290 (06), Nr. 0163001 – Philip Rosenthal: ullstein bild – Georg Schulhoff: Privatbesitz Esther und Tanja Schulhoff – Jeanette Wolff: Stadtarchiv Dinslaken

Wir haben uns darum bemüht, alle Rechteinhaber ausfindig zu machen und zu kontaktieren. Wo uns das nicht möglich gewesen sein sollte, bitten wir etwaige Rechteinhaber, sich mit uns in Verbindung zu setzen.

Alle digitalen Geschichtsangebote des Deutschen Bundestages finden Sie hier:



Impressum

Herausgeber: Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste, Fachbereich WD 1 – Geschichte, Politik und Kultur
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
www.bundestag.de

Bundestagsadler: Urheber Prof. Ludwig Gies, Bearbeitung 2008 büro uebele
Gestaltung: Deutscher Bundestag, Referat BI 3 – Infrastrukturelle Dienste
Druck: Kern GmbH, Bexbach

Stand: November 2025; © Deutscher Bundestag, Berlin
Alle Rechte vorbehalten.

Diese Publikation wird vom Deutschen Bundestag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig.

„Man kann doch nicht sagen: Ich war noch nicht geboren, dieses Erbe geht mich gar nichts an.“

Adolf Arndt

„Ich habe mir damals geschworen, falls ich aus dieser Hölle herauskäme, dass ich an einem Wiederaufbau, an einem demokratischen Neubeginn mitwirken würde.“

Erik Blumenfeld

„Wir haben die Verpflichtung, im Interesse all der Menschen, die aus dem Inferno des Naziregimes übriggeblieben sind, eine andere Welt zu schaffen, aus der wir hinausjagen die Diktatur und die Unterdrückung und in die wir hineinbringen müssen das Menschenrecht für alles, was ein menschliches Antlitz trägt.“

Jeanette Wolff